



Hintergrundtexte auf

www.freiburg-postkolonial.de

Siehe zu diesem Thema dort auch die umfangreiche [Pressedokumentation](#)

„Si vita yawele chani?“*

Presse und Kolonialpolitik:

Der Maji-Maji-Krieg in ‘Deutsch-Ostafrika’

von Sonja Mezger

© Alle Rechte bei der Autorin

Freie wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Grades einer Magistra Artium am Fachbereich
Afrika- und Asienwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin am Institut für
Afrikawissenschaften

eingereicht am 16. Januar 2004 von Sonja Mezger

Erstgutachter: Prof. Dr. Andreas Eckert

Zweitgutachterin: Dr. Silke Strickrodt

* „If this was not war, then what was it?“ (Abdul Karim bin Jamaldini o.J.:342, Vers 162)

Inhalt

Danksagung	3
1. Einleitung	4
1. Das Wilhelminische Deutschland	10
1.1. Kaiser und Politik	10
1.2. Des ‚Volkes‘ Vertretung	14
1.3. Fokus: Kolonialpolitik	16
2. Wilhelminische Öffentlichkeit	22
2.1. Kolonien und bürgerliche Öffentlichkeit	24
2.2. Kolonien und proletarische Öffentlichkeit	31
3. Das Phänomen <i>Maji Maji</i>	38
3.1. ‚Deutsch-Ostafrika‘ 1905	38
3.2. Geschichte und ihre Interpretationen.....	41
3.3. Krieg oder Aufstand?.....	47
4. <i>Maji Maji</i> in der deutschen Parteipresse	49
4.1. Einschätzungen	52
4.2. ‚Naturvölker‘ versus ‚Zivilisation‘	61
4.3. Christliche Kulturträger	68
4.4. Kolonisatoren und Kollaborateure	79
4.5. Militärische Machtdemonstration	88
5. Schlussbetrachtung	99
6. Bibliographie	110
6.1. Nachschlagewerke	110
6.2. Quellen	110
6.3. Monographien	110
6.4. Artikel und Einzelbeiträge.....	115
Eidesstattliche Erklärung	118

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, mich bei Andreas Eckert, Sebastian von Eichborn, Nicole Wiederroth, Myriam Richter, Christian Herz und Viola Prüschenk herzlich für ihre freundschaftliche Unterstützung und wissenschaftliche Beratung zu bedanken. Familie von Eichborn danke ich ebenso herzlich für das Büro mit Vollverpflegung und Tina Sommer für das gemütlichste Schreibzimmer in ganz Berlin. Ein besonderer Dank gilt meiner Mutter und meinen Brüdern für die stete Aufmunterung aus der Ferne. Für die Hilfe bei den Recherchen danke ich den MitarbeiterInnen der Universitätsbibliothek Köln und des Zeitungsarchivs der Staatsbibliothek Berlin vielmals. Last but not least danke ich der Heinrich-Böll-Stiftung für die finanzielle Unterstützung meines Studienabschlusses.

1. Einleitung

Wir schreiben das Jahr 2004: Einhundert Jahre ist es her, dass der drei Jahre andauernde Herero-Nama-Krieg in ‚Deutsch-Südwestafrika‘ (1904-1907) begann.¹ Der Sieg der deutschen ‚Schutztruppe‘ trug Züge eines Völkermords. Vor 120 Jahren lud Otto von Bismarck zur Westafrika-Konferenz nach Berlin. Zwischen November 1884 und Februar 1885 trafen sich dreizehn europäische Staaten, die USA und Vertreter des Osmanischen Reiches, um bestehende koloniale Streitigkeiten beizulegen und weiteren vorzubeugen: Sie teilten den afrikanischen Kontinent unter sich auf.² Es ist wahrlich ein koloniales Jubiläumsjahr und es folgt ein weiteres: 2005 jährt sich zum hundertsten Mal der Maji-Maji-Krieg (1905-1907) in der ehemaligen Kolonie ‚Deutsch-Ostafrika‘ und auch dieser hatte für die afrikanische Bevölkerung verheerende Auswirkungen, man spricht von bis zu 300 000 Toten. Im kollektiven Gedächtnis der deutschen Gesellschaft scheint dies alles jedoch nicht präsent, denn – so der häufig zu vernehmende Tenor – Deutschland verfüge im Vergleich zu anderen Staaten nur über eine kurze Vergangenheit als Kolonialmacht (1884-1914). *Kolonialgeschichte* wird folglich kaum als *deutsche* Geschichte wahrgenommen, scheint sie doch untrennbar mit *Kolonialbesitz* verbunden – und zwar mit dem Kolonialbesitz anderer. Der Historiker Albert Wirz bezeichnete die koloniale Expansion der europäischen Großmächte als „prägende[n] Bestandteil der modernen Geschichte“ (Wirz 2001: 493). Und in diese – in die Moderne – will deutsche (Kolonial-)Geschichte sehr wohl eingeordnet werden. Den geistigen Einflüssen des kolonialen Denkens, das im Zuge der Expansion gefestigt wurde, konnte sich auch die deutsche Gesellschaft nicht entziehen; sie gingen nicht gemeinsam mit den Kolonien durch den Versailler Vertrag verloren. Im Gegenteil: Die ‚amputierten‘ Kolonien bewirkten bis in die 1940er Jahre hinein Phantomschmerzen, die sogar zur Erhaltung eines funktionierenden Kolonialapparats führten, inklusive der Ausarbeitung kolonialer Organisationspläne für den Zeitpunkt, an dem das Deutsche Reich seine Kolonien wiederhaben würde.³ Deutsche Kolonialgeschichte betrifft eben nicht nur die historische Epoche, die mit Kolonialbesitz verbunden war, und nicht nur die Folgen für die kolonisierten Gesellschaften in entfernten Ländern, sondern – und das ist für die Fragestellung dieser Arbeit von Bedeutung – insbesondere die Auswirkungen der kolonialen Erfahrung auf Gesellschaft und Kultur der kolonisierenden deutschen Nation.⁴

¹ Die ehemaligen deutschen Kolonien werden in dieser Studie bei ihrem damaligen Namen genannt, obgleich sich diese Arbeit vom kolonialen Zeitgeist distanziert. Eine Verwendung aktueller Ländernamen bedeutete eine Verschleierung der historischen Tatsachen. Außerdem entsprechen die heutigen Staaten nicht der geographischen Ausdehnung der ehemaligen Kolonien.

² Details zur Westafrika-Konferenz vgl. Gründer 2002:19-23.

³ Vgl. dazu Laak 2003.

⁴ Vgl. Eckert 2002.

Dieses Wechselverhältnis von Kolonisierenden und Kolonisierten gewann ebenso wie die Orientierung auf die Metropole – im Gegensatz zur Peripherie – in der jüngeren Kolonialismusforschung an Bedeutung: WissenschaftlerInnen aus den Disziplinen der Kultur-, Sozial- und Geschlechtergeschichte und VertreterInnen der Literaturwissenschaften beschäftigten sich mit Themenfeldern, die Kategorien wie Nationalismus, ‚Rasse‘⁵, Imagination oder Fremd- und Selbstbilder umfassten. So erforschte Heiko Möhle (1999) den von ökonomischen Interessen geleiteten Kolonialismus, der die Hansestadt Hamburg bis heute mit dem afrikanischen Kontinent verbindet und in Stadtbild, Wissenschaft, Wirtschaft und Diplomatie erkennbar wird.⁶ Die Historiker Ulrich van der Heyden und Joachim Zeller präsentierten drei Jahre später die *Kolonialmetropole Berlin* und wendeten sich mit ihrer populärwissenschaftlichen Darstellung der kolonialhistorischen Zeugnisse und Ereignisse der Berliner Stadtgeschichte an eine breite Leserschaft.⁷ Fatima El-Tayeb legte 2001 eine historische Studie zu Schwarzen in der deutschen Geschichte vor, in der sie die Verknüpfung von Kolonialismus und gesellschaftlicher Ordnung anhand des Diskurses um ‚Rasse‘ und nationale Identität – sowohl zu Zeiten des wilhelminischen Kaiserreichs als auch der Weimarer Republik – aufzeigte.⁸ Diesen Diskurs führte Birthe Kundrus in ihrem (kultur-)historischen Werk *Moderne Imperialisten* (2003) weiter und arbeitete dort die Verschränkung von Nationalismus und Kolonialismus klar heraus; sie widmete sich der Projektionsfläche ‚Deutsch-Südwestafrika‘, auf der das nationale Bewusstsein der deutschen Kolonialinteressierten verhandelt wurde.⁹ Im gleichen Jahr gab sie eine Aufsatzsammlung heraus, deren Leitmotiv die Bedeutung von kolonialen Vorstellungswelten für die Selbstbilder der deutschen Gesellschaft ist. Vierzehn AutorInnen aus Literatur- und Geschichtswissenschaften beleuchteten politische, kulturelle, soziale und auch physische Dimensionen kolonialer Imaginationen.¹⁰

Die vorliegende Untersuchung möchte auf dem Gebiet der zentrumsorientierten Kolonialismusforschung den Faden aufnehmen, indem sie sich in einen bislang kaum bearbeiteten Bereich begibt, in dem besonders viele gesellschaftliche Diskurse geführt wurden: die Parteipresse der wilhelminischen Epoche – genauer gesagt der Zeitraum von 1905 bis 1908.

Die beiden großen Massenorganisationen – das Zentrum und die Sozialdemokratie – wurden stellvertretend für die deutsche Parteienlandschaft betrachtet. Das Zentrum, die Partei des politischen Katholizismus, spielte im Parlament die ausschlaggebende Rolle. Die Sozialdemokratie,

⁵ Der Begriff der ‚Rasse‘ gründet sich auf ideologische Grundlagen, von denen diese Arbeit sich distanziert. Gleichwohl wird er zur Analyse der Quellen als Ordnungskategorie verwendet.

⁶ Vgl. Möhle 1999.

⁷ Vgl. Heyden 2002.

⁸ Vgl. El-Tayeb 2001.

⁹ Vgl. Kundrus 2003a.

¹⁰ Vgl. Kundrus 2003b.

die Vertreterin des Proletariats, stand in Opposition zur Regierung und allen anderen parlamentarischen Vertretungen. Die wichtigste tägliche Publikation des Zentrums war die *Kölnische Volkszeitung (KVZ)*. Gegründet 1860 bestand sie bis 1941 und befand sich im Privatbesitz der Familie Bachem. Die *KVZ* war im Jahr 1870 maßgeblich an der Gründung der Zentrumsfraktion beteiligt, entsprechend war sie auf ein bürgerliches Publikum zugeschnitten.¹¹ Die Sozialdemokratie gründete 1891 nach dem Fall des Sozialistengesetzes wieder ein deutsches Zentralorgan: den *Vorwärts*. Als Projekt der Partei war die Zeitung in die Massenorganisation integriert und wurde von der Parteiführung herausgegeben, bis ihr Erscheinen in der Nacht des Reichstagsbrandes 1933 verhindert und der Betrieb des Vorwärts-Verlags eingestellt werden musste. Der *Vorwärts* diente sowohl der Arbeiterschaft als auch dem Kleinbürgertum als Informationsquelle.¹²

Die Parteipresse fungierte als repräsentatives Organ der Parteien, sie machte politische Forderungen publik, sie war die „Fanfare [...], die ihre eigene Meinung dem Publikum, wie den verantwortlichen Stellen in Staat und Regierung zu Gehör brachte“ (Rieger 1957:79). Die meisten Studien zur Presse des Kaiserreichs fokussierten besonders auf die Geschichte des ökonomischen Unternehmens Zeitung. Der Einfluss der politischen Presse auf historisch wichtige Debatten wurde anhand innen- und außenpolitischer Ereignisse dargelegt, die Kolonialpolitik blieb in der publizistischen Forschung weitgehend ausgeblendet.¹³ Lediglich Isolde Rieger nahm in ihrem Standardwerk *Die wilhelminische Presse im Überblick* auf die Kolonialpolitik peripher Bezug, allerdings beschränkte sie sich auf Beispiele, die Konflikte zwischen englischer bzw. französischer Kolonialpolitik und deutscher Außenpolitik beschrieben.¹⁴ Eine Analyse der beiden gewählten Zeitungen in Zusammenhang mit dem deutschen Kolonialismus fand bisher geringfügig in Arbeiten zur Kolonialpolitik politischer Parteien statt: In einer sehr frühen Studie zur Kolonialpolitik des Zentrums befasste sich Hans Pehl vor allem mit den Akten des Reichsarchivs und des Reichskolonialamts.¹⁵ Er benutzte die Ausgaben der von 1870 bis 1938 in Berlin erschienenen *Germania*¹⁶ zur Dokumentation der Dispute zwischen Regierung und Zentrumsabge-

¹¹ Für einen Überblick über die Parteipresse des Zentrums vgl. Rieger 1957:114-118. Zu den ersten 50 Jahren der Geschichte der *Kölnischen Volkszeitung* vgl. Cardauns 1910. Der hier verwendete Begriff des Bürgertums lehnt sich eng an die Darstellungen Thomas Nipperdeys an. Vgl. Nipperdey 1992.

¹² Zur sozialdemokratischen Presse vgl. Rieger 1957:103-111. Zur Geschichte des *Vorwärts* vgl. Oschilewski 1975:127-137.

¹³ Als Standardwerk zur wilhelminischen Presse gilt bis heute Rieger 1957. Kurt Koszyk gab einen Überblick über die Presse des 19. Jahrhunderts, vgl. Koszyk 1966. Heinz-Dietrich Fischer stellte besonders rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen zur Presse in Deutschland zusammen, vgl. Fischer 1981. Speziell zu Berlin: Oschilewski 1975. Die detaillierte Studie Bernhard Rosenbergers untersuchte die Einflüsse der deutschen politischen Presse auf den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Vgl. Rosenberger 1998.

¹⁴ Im einzelnen waren dies Reaktionen der deutschen Presse auf den Burenkrieg und die Marokkokrise. Vgl. Rieger 1957:88.

¹⁵ Die Schrift von Hans Pehl entstand unter den ideologischen Vorzeichen des Nationalsozialismus. Dies muss bei der Verwendung der Fakten berücksichtigt werden. Vgl. Pehl 1934.

¹⁶ Die *Germania* war die zweite national anerkannte Zeitung des Zentrums. Vgl. Rieger 1957:117.

ordneten. Wilfried Loth hingegen bezog sich in seinem Ende der 1980er Jahre veröffentlichten Aufsatz zur Kolonialpolitik des Zentrums fast ausschließlich auf Sekundärliteratur, unternahm er doch eher den Versuch einer Erklärung der politischen Position und weniger eine historische Darstellung. Einige Ausschnitte aus der *KVZ* nutzte er gleichwohl als Beleg für innerparteiliche Spannungen.¹⁷ Trotz der Einschätzung, dass die *KVZ* nur marginal als Quelle diene, erwiesen sich diese beiden Schriften als nützliche Hilfestellung zur parteipolitischen Einordnung der *KVZ*. Etliche Jahre vor Loth erarbeitete Hans-Christoph Schröder seine Studie *Sozialismus und Imperialismus* auf der Grundlage von Reichstagsberichten und Archivbeständen der SPD und des Auswärtigen Amtes.¹⁸ Zusätzlich zog er den *Vorwärts* und den *Sozialdemokrat*¹⁹ als Quellen hinzu und gelangte dadurch zu einer sehr umfassenden Darstellung des Themenkomplexes Kolonialpolitik und sozialdemokratische Partei.

Als konkretes historisches Ereignis der deutschen Kolonialgeschichte wird für diese Untersuchung der eingangs erwähnte Maji-Maji-Krieg bearbeitet, der offiziell zwischen 1905 und 1907 in der seit 1885 bestehenden Kolonie ‚Deutsch-Ostafrika‘ geführt wurde. In der deutschen Forschung stand dieser Krieg zwar stets im Schatten des Herero-Nama-Kriegs in ‚Deutsch-Südwestafrika‘,²⁰ dennoch wurden dazu einige Werke von deutschen AutorInnen publiziert. Die grundlegenden Forschungen wurden vom britischen Historiker John Iliffe und vom tansanischen Geschichtswissenschaftler G.C.K. Gwassa im *Maji Maji Research Project* in den 1960er Jahren durchgeführt.²¹ Die daraus resultierenden Schriften Iliffes, bis heute internationaler Standard der Forschung, stellten den komplexen Verlauf des Krieges in drei Phasen dar und interpretierten *Maji Maji* vor allem als identitätsstiftende Bewegung.²² In Deutschland untersuchte Rainer Tetzlaff *Maji Maji* im Rahmen ökonomischer und sozialer Zusammenhänge in der Kolonie.²³ Der Historiker Karl-Martin Seeberg hingegen konzentrierte sich in Anlehnung an Iliffe darauf, die Bedeutung des Widerstands gegen die deutsche Kolonialmacht als historische Grundlage für nationale Identitätsfindung in Tansania zu klären.²⁴ In einem Sammelband zeitgenössischer Swahili-Dichtung aus der Kolonie ‚Deutsch-Ostafrika‘ – herausgegeben von Gudrun Mieke, Katrin Bromber, Said Khamis und Ralf Grosserhode – erschien kürzlich anhand des historio-

¹⁷ Vgl. Loth 1987.

¹⁸ Vgl. Schröder 1968.

¹⁹ Der *Sozialdemokrat* erschien in Zürich und später in London anstelle des *Vorwärts*, der zwischen 1878 und 1890 aufgrund des Sozialistengesetzes verboten war. Vgl. Fischer 1981:214ff.

²⁰ Dies war dem Stellenwert der Siedlerkolonie ‚Südwest‘ geschuldet; außerdem waren fast 15 000 deutsche Soldaten dort eingesetzt und die planmäßige Vernichtungsstrategie des Generals Lothar von Trotha erregte besondere Aufmerksamkeit.

²¹ Die Ergebnisse des *Maji Maji Research Project* von Iliffe und Gwassa standen für diese Arbeit leider nicht zur Verfügung.

²² Vgl. Iliffe 1967 und 1979.

²³ Vgl. Tetzlaff 1970.

²⁴ Vgl. Seeberg 1989.

graphischen Gedichtes *Utenzi wa Vita vya Maji-Maji* von Abdul Karim bin Jamaldini eine Darstellung des Krieges, die sich ebenfalls an Iliffe orientierte.²⁵ Bis in die 1990er Jahre hinein blieben Iliffes Ergebnisse unangefochten, dann veröffentlichten Thaddeus Sunseri (1997) und Jamie Monson (1998) im *Journal of African History* ihre Neuinterpretationen innerhalb anderer zeitlicher, geographischer sowie sozialer Dimensionen. In einem weiteren Aufsatz führte Sunseri (2000) aus, welche Schwerpunkte der deutsche, der britische und der tansanische Staat in ihrer jeweiligen Historiographie des *Maji Maji* setzten.²⁶ Allen diese Studien ist eines gemeinsam: Sie orientierten sich vornehmlich auf die Auswirkungen des Krieges in der *Peripherie*.

In der vorliegenden Arbeit diente als Untersuchungszeitraum nicht nur die offizielle Dauer des Maji-Maji-Krieges (1905-1907). Es wurden darüber hinaus Quellen bis zum März 1908 ausgewertet. Der Kaiserliche Erlass, der das Kriegsende auf Februar 1907 datierte, erfolgte erst im Februar 1908. Die kurzfristigen Folgen des Kriegs waren in ‚Deutsch-Ostafrika‘ bis zum Jahr 1908 spürbar. Die Veränderungen, die unter anderem *Maji Maji* in der deutschen Kolonialpolitik hervorgerufen hatte, zeigten Ende 1907 erste Wirkungen. Aus diesen Gründen erwies es sich als günstig, auch das gesamte Jahr 1907 und die ersten Monate 1908 in die Analyse einzubeziehen.

Die Auswertung der *Kölnischen Volkszeitung* erschloss etwa 70 Artikel, die des *Vorwärts* etwa 50 Texte mit direktem Bezug zu *Maji Maji*. Weitere 70 relevante Artikel pro Zeitung, die im geistigen Kontext des Krieges standen, sind in die Analyse eingeflossen. Da es sich bei Parteipresse stets um Gesinnungspresse handelte²⁷, war die Bandbreite der verwendbaren Textsorten sehr groß: Leitartikel, Augenzeugenberichte, Presseschauen, Wochenrückblicke, Lageberichte und formale Meldungen. Vor allem der *Vorwärts* praktizierte keine exakte Trennung von Beschreibung und Wertung, so dass sämtliche Artikel sozialdemokratisch – wenn nicht sozialistisch – gefärbt waren. Alle Texte mussten vor der Veröffentlichung von der Parteiführung bzw. von einer Pressekommission autorisiert werden; eine namentliche Kennzeichnung erfolgte nur dann, wenn eine abweichende Meinung dargestellt wurde oder Autoren – zumeist sozialdemokratische Politiker – dies ausdrücklich wünschten. Die *Kölnische Volkszeitung* zeigte ihre Zentrums-Gesinnung ebenso unverfroren, wenngleich die Verquickung von Meldung und Kommentar nicht so weit ging wie beim *Vorwärts*. Die Missionsberichte in der *KVZ* waren stets vom Autor signiert, während die Leitartikel mit einem graphischen Symbol zur Identifikation des Urhebers versehen waren.

²⁵ Vgl. Jamaldini o.J. bzw. Mieke 2002.

²⁶ Vgl. Monson 1998, Sunseri 1997 und 2000.

²⁷ Vgl. Rieger 1957:79.

Innerhalb des abgesteckten Rahmens möchte diese Studie sich der Untersuchung des folgenden Fragenkomplexes widmen: Inwieweit diente den Publikationsorganen des Zentrums und der Sozialdemokratie der Maji-Maji-Krieg als Projektionsfläche für politische Positionierungen und Forderungen? Welche Argumentationslinien wurden bei der Berichterstattung und Beurteilung von *Maji Maji* verfolgt? Wie veränderten sich diese im Laufe des Krieges und in der folgenden Zeit?

Die Arbeit ist in sechs Teilen aufgebaut: Der Einleitung folgend dient der zweite Teil der Einführung in die Epoche des wilhelminischen Kaiserreichs. Im Mittelpunkt der ersten beiden Kapitel stehen der Einfluss Wilhelms II. auf Politik und Gesellschaft, die politischen Entscheidungsträger des Deutschen Reiches sowie die Zentrumspartei und die Sozialdemokratie. Das dritte Kapitel legt die Grundzüge deutscher Kolonialpolitik dar. Der dritte Teil der Studie beschäftigt sich mit der Präsenz der Kolonien und des Kolonialismus in der Öffentlichkeit. Darunter werden in Anlehnung an Jürgen Habermas²⁸ öffentliche Diskurse, die öffentliche Meinung und öffentliche Räume verstanden, in denen sich sowohl die Agenten des Kolonialismus als auch die Parteipresse in Bezug auf ihr Publikum verorteten. Ein Exkurs – der vierte Teil – klärt über den Maji-Maji-Krieg auf. Es werden Verlauf, Ursachen und Folgen des *Maji Maji* vor dem Hintergrund der kolonialen Situation in ‚Deutsch-Ostafrika‘ dargestellt und verschiedene Interpretationsansätze der neueren Forschung zum Maji-Maji-Krieg herausgestellt. Anschließend wird die Frage geklärt, ob *Maji Maji* als Aufstand oder als Krieg zu bezeichnen ist. Im fünften Teil steht schließlich die Quellenarbeit im Vordergrund: Als Grundlage für die Analyse wird der Stellenwert von *Maji Maji* innerhalb der kolonialen Debatten in der Parteipresse bestimmt. Im ersten Kapitel wird die Gesamtbeurteilung des Krieges aus Sicht der Presse untersucht und die Veränderungen, die daran durch die Zeitungen während und nach *Maji Maji* vorgenommen wurden, werden herausgearbeitet. Das zweite Kapitel erforscht die Strukturen kolonialen Denkens, die der Berichterstattung zugrunde lagen; der Schlüssel liegt in der Darstellungsweise von AfrikanerInnen. Das dritte Kapitel konzentriert sich auf die Beteiligung von Missionaren am Kriegsgeschehen und dessen Folgen, wozu die *Kölnische Volkszeitung* besonders geeignet scheint. Im vierten Kapitel wird die Rolle von Kolonisatoren und Kollaborateuren analysiert; die *KVZ* interpretierte sie als Konkurrenten der Missionen, der *Vorwärts* als Vertreter des Kapitalismus. Das fünfte und letzte Kapitel befasst sich mit der ‚Kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika‘ und dem militärischen Vorgehen bei *Maji Maji*; die antimilitaristische Haltung der Sozialdemokratie läßt insbesondere im *Vorwärts* Kritik an der Kriegsführung erwarten. Der sechste Teil fasst die Ergebnisse des Quellenstudiums zusammen und gibt einen Forschungsausblick.

²⁸ Vgl. Habermas 1993.

2. Das wilhelminische Deutschland

Einem kurzen Überblick über einige Merkmale des Deutschen Kaiserreichs sei vorausgeschickt, dass sich hinter dem Begriff Wilhelminismus²⁹ eine ausgeprägt innenpolitische Sicht auf das Deutsche Reich verbirgt, während aus einem weltpolitischen Blickwinkel die Bezeichnung Imperialismus³⁰ zutreffender wäre. Es ist nicht zu bestreiten, dass Dominanz und Charakter Kaiser Wilhelms II. den Zeitraum zwischen der Entlassung Bismarcks 1890 und dem Ende des Ersten Weltkriegs 1918 entscheidend bestimmten, und dass er mit seiner Amtsauffassung und seinem Auftreten den Lebensstil des Teils der deutschen Gesellschaft repräsentierte, der vornehmlich von Großindustriellen, Bankiers und Großgrundbesitzern, von Offizieren, Beamten-schaft, Hochschulprofessoren und wohlhabendem Bürgertum – kurz von den alten und neuen Machteliten – beeinflusst wurde. Wesentlich bedeutender für diese Zeit waren allerdings die expansiven Bestrebungen der europäischen und außereuropäischen Großmächte, der Wettkampf um die Eroberung und Unterwerfung größtmöglicher Gebiete anderer Kontinente. Öffentliche Rechtfertigung dafür waren zunächst wirtschaftliche und politische Interessen, die nach der Ernüchterung der ersten Jahre in den Hintergrund traten. Der ‚Platz an der Sonne‘ wurde zum „Attribut weltpolitischen Ansehens“ (Baumgart 1986:67) und damit zum Prestigeobjekt. Obwohl das Selbstverständnis der Zeit, vom Primat der Außenpolitik auszugehen, berücksichtigt werden muss und obwohl HistorikerInnen immer wieder vom Primat der Innenpolitik ausgehen, zeigt ein historischer Blick vielmehr die Interdependenz von Innen- und Außenpolitik, die ihren Ausdruck vor allem in der Kolonialpolitik des Kaiserreichs fand. Wirtschaftliche und politische Tatsachen können dies belegen, aber auch der Einfluss, den die koloniale Idee und ihre Phantasien auf die deutsche Gesellschaft nahmen und bis heute nehmen.³¹

2.1. Kaiser und Politik

Als Wilhelm II. im Jahre 1888 zum Kaiser gekrönt wurde, war er 29 Jahre jung. Im Gegensatz zu seinem liberalen Elternhaus hatte er romantische spätabolutistische Vorstellungen von Herrschaft und wollte die Politik in eigene Hände nehmen. Häufig wurde Wilhelm II. als sprunghaft und oberflächlich charakterisiert – zwei Eigenschaften, die ihn daran hinderten, das von ihm gewünschte *persönliche Regiment* zu führen. Eine daraus entstehende Unsicherheit überspielte er durch forsches, impulsives Auftreten, das zumeist als Säbelrasseln wahrgenommen wurde, aber auch durch spontane Entscheidungen, basierend auf Ratschlägen von Freunden und Beratern. Ein

²⁹ Für einen detaillierten Überblick über den Wilhelminismus vgl. Nipperdey 1992:621-757.

³⁰ Zum Thema Imperialismus vgl. Baumgart 1986 und Fröhlich 1994.

³¹ Vgl. Kundrus 2003a und Kundrus 2003b.

solches Verhalten hatte die Folge, dass die verschiedensten Interessensgruppen ebenso wie starke Einzelpersonen um die Gunst des Kaisers rangen. So war die tatsächliche Herrschaftsweise weit entfernt vom politischen Selbstbild Wilhelms II. und führte in Verbindung mit der mangelnden Durchsetzungskraft der Reichskanzler gegenüber dem Kaiser zu einer Regierungspolitik, die eine klare Linie vermissen ließ. „Es war ein Kurs, der [...] außenpolitisch wie im Innern im Zickzack verlief.“ (Baumgart 1986:11).

Im Überblick gesehen trug der sogenannte *Neue Kurs* viel dazu bei, dass sich die Balance der europäischen Großmächte langsam aber stetig verschob. Auf deutscher Seite stand die Nicht-Verlängerung des Rückversicherungsvertrags mit Russland und der Helgoland-Zanzibar-Vertrag mit England zu Buche. Für Russland ergab sich daraus die Gelegenheit, mit Frankreich eine Allianz einzugehen. Gleichzeitig lief einer deutschen Annäherung an England der unerbittliche Flottenbau Deutschlands seit 1898, der die Konkurrenz der beiden Staaten verschärfte, zuwider. Eine ungesunde Überschätzung der politischen Bedeutung des Deutschen Reiches seitens des Deutschen Kaisers und seiner Kanzler tat ein übriges, die *Entente cordiale* und schließlich die Verständigung zwischen England und Russland im Jahr 1907 zu ermöglichen. Innenpolitisch zeigte sich der *Neue Kurs* im Versuch Wilhelms II., die Arbeiterschaft enger an Krone und Regierung zu binden. Der Fall des Sozialistengesetzes 1890 und die Einführung von Arbeitsschutzbestimmungen sollten der Sozialdemokratie die Unterstützung der ArbeiterInnen entziehen und damit ihren politischen Einfluss mindern. Auf handelspolitischer Ebene stand vor allem die Erschließung internationaler Märkte durch neue Handelsabkommen im Vordergrund; sie bedeutete einen wirtschaftlichen Aufschwung der deutschen Industrie, für deutsche Großagrarien führte sie aber zu Verlusten.

Der Einfluss des Kaisers auf die Gesellschaft wurde besonders an der Militarisierung des öffentlichen Lebens sichtbar. In glanzvollen Paraden, Siegesfeiern, militärischen Volksfesten und der Verwendung militärischer Umgangsformen drückte sich die Vorliebe des Kaisers für das Militär aus. Dem Deutschen Reich trug es den zweifelhaften Ruf einer Hochburg des Militarismus ein, der gemessen an anderen europäischen Großmächten allerdings nicht gerechtfertigt war. In England, Frankreich und Russland spielte der Militarismus in dieser Epoche eine ebenso große Rolle wie im Kaiserreich. Hier wie dort nahm das Militär eine bevorzugte Stellung ein und war in die Gesellschaft eingebettet. Verwaltung, Regierung und Parlament waren vom Militär durchdrungen, denn schließlich war das Erreichen verantwortlicher Positionen direkt an eine militärische Karriere gebunden. Die Überlagerung ziviler Lebensbereiche³² durch militärische Formen und entsprechendes Denken wurde unter anderem darin sichtbar, dass auch Zivilisten, wie zum

³² Vgl. Nipperdey 1992:230-238.

Beispiel Reichskanzler, Minister oder hohe Beamte, Uniformen trugen. Und schließlich war es gerade die unerschütterliche Uniformgläubigkeit, die den Streich des Hauptmanns von Köpenick gelingen ließ.

Innerhalb des Militärs genoss die Marine eine Vorzugsstellung, sie war sozusagen ‚des Kaisers liebstes Kind‘. Wilhelm II. betrieb den Flottenbau gemeinsam mit Alfred von Tirpitz, der sich mit der Gründung des Deutschen Flottenvereins eine vortreffliche Propagandaorganisation schuf. Deren vehemente Agitation für die Flotte sorgte in der deutschen Öffentlichkeit für ein Klima der Begeisterung, die unter anderem im modischen Marinelook ihren Ausdruck fand. Sozialpolitisch gesehen sollte die „große nationale Aufgabe“ (Baumgart 1986:53) des Flottenbaus alle Schichten vereinen und so dazu beitragen, innenpolitische Spannungen aufzufangen. Der Reichstag stellte problemlos die Finanzen bereit, deren Bewilligung damit begründet wurde, dass die angestrebte Weltmachtposition nur durch eine starke Streitmacht auf See abzusichern sei: Handelsinteressen sollten gewahrt, deutsche Kolonien geschützt werden. Doch Admiral Tirpitz hatte eher die Konkurrenz mit England im Sinn und verfolgte daher das Konzept einer Risikoflotte, die ob ihrer Größe England von einem möglichen Angriff abschrecken, gleichzeitig aber auch die Bündnisbereitschaft des Konkurrenten erhöhen sollte.³³

Flotte und Kolonien waren eng miteinander verbunden. Die zeitgenössischen Argumentationen verwiesen eindringlich darauf, dass der Flottenbau für den Schutz des Kolonialbesitzes und die Kolonien als unentbehrliche Flottenstützpunkte notwendig wären.³⁴ Flotte und Kolonien waren die beiden Prestigeobjekte, mit denen Wilhelm II. in Wettstreit mit England zu treten gedachte und an denen er seine persönliche Weltgeltung und die des Deutschen Reiches maß. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Wilhelm II. die Identifikationsfigur einer noch recht jungen deutschen Nation war, deren nationales Selbstwertgefühl an Macht und Prestige des Kaisers gekoppelt war. Wie in anderen europäischen Ländern auch, stand im Deutschen Reich Kolonialismus in direkter Beziehung zur Entwicklung eines – in diesem Falle deutschen – Nationalismus.³⁵

Zwei Beispiele für die Auftritte des Deutschen Kaisers auf der Bühne der Diplomatie seien noch hinzugefügt: die Haager Friedenskonferenzen und die Marokkokrisen. Auf den Haager Friedens-

³³ Zur Flottenpolitik vgl. Baumgart 1986:53-64 und Nipperdey 1992:629-654.

³⁴ Vgl. u. a. Smith 1978:125.

³⁵ Vgl. Kundrus 2003a:1-8.

konferenzen 1898 und 1907 präsentierte sich das Deutsche Reich nicht friedliebend, sondern undiplomatisch. Wie auf der ersten, so auch auf der zweiten Konferenz lehnte die deutsche Delegation eine Schiedsstelle zur Beilegung von internationalen Konflikten scharf ab und Wilhelm II. weigerte sich strikt, über ‚seine Flotte‘ bzw. deren Abrüstung zu verhandeln. Ähnlich diplomatisches Geschick ließ sich hinter den willentlich herbeigeführten Marokkokrisen erahnen, die sowohl 1906 als auch 1911 auf eine Niederlage der deutschen Gesandten hinausliefen. Ob Wilhelm II. seine außenpolitischen Auftritte selbst zu verantworten hatte oder auf Geheiß der Berater improvisiertes Theater spielte, tat seinerzeit nichts zur Sache: Wilhelm II. galt in der europäischen Öffentlichkeit als Autokrat und scharfer Militarist.

Zuhause, im Deutschen Reich, schränkte die Verfassung des Kaisers Staatsgewalt ein. Dennoch gestand ihm die konstitutionelle Monarchie beinahe sämtliche Macht über die Exekutive zu, da er den Reichskanzler ernannte und sowohl den Bundesrat als auch den Reichstag einberufen oder auflösen konnte. Wilhelm II. – gleichzeitig König von Preußen – übernahm die völkerrechtliche Vertretung des Reiches, entschied über Bündnisse, Krieg und Frieden und hatte den Oberbefehl über die Armee. Für das Gegengewicht sollte der Reichskanzler sorgen, dessen Gegenzeichnung für kaiserliche Regierungsakte notwendig war. Der Kanzler war juristisch nur dem Kaiser Rechenschaft schuldig, hatte aber die Pflicht, dem Parlament Rede und Antwort zu stehen. Als Vorgesetzter führte er die Regierung, die aus von ihm benannten Staatssekretären bestand. Fast das gesamte erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts war Bernhard Fürst von Bülow deutscher Reichskanzler – und preußischer Ministerpräsident. Daran ließ sich erkennen, dass in der Verfassung des Deutschen Reiches die Vormachtstellung Preußens festgeschrieben war. Sie kam gleichermaßen im Bundesrat zum Tragen, dessen Mitglieder von den Regierungen der einzelnen Bundesstaaten berufen wurden. Dieses Gremium hatte vor allem Kontrollrechte und teilte sich zu gleichen Teilen mit dem Reichstag die Legislative – Initiativrecht wie Vetorecht. Dem Reichstag, als parlamentarische Vertretung von den über 25-jährigen männlichen Staatsbürgern gewählt, standen drei Mittel zur Verfügung, um politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen: die schon erwähnte Legislative, die Budgetgewalt und das Interpellationsrecht, mit dem die Verantwortlichkeit der Regierung eingefordert werden konnte. Das Budgetrecht war wohl die effektivste Möglichkeit, Einfluss auf die Regierungspolitik zu nehmen.³⁶

In der Verfassungsrealität sah es anders aus als auf dem Papier, denn der politische Betrieb wurde keineswegs durch den Kaiser bestimmt und die Reichskanzler konnten seit dem Abgang Bismarcks mit der Machtfülle ihrer Position nicht umgehen. Die fortschreitende Parlamen-

³⁶ Zu Verfassungskonstruktion und –realität vgl. Baumgart 1986:114-122.

tarisierung des politischen System machte sich darin bemerkbar, dass der Reichstag immer häufiger von seinen Rechten Gebrauch machte.

2.2. Des ‚Volkes‘ Vertretung

Die Parlamentsmitglieder wurden aus den Reihen von Parteien³⁷ gewählt, die sich aus den verschiedenen Interessensgruppen im Laufe des 19. Jahrhunderts formiert hatten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren sie schon weitgehend zu Massenparteien geworden, die einen gezielten Wahlkampf betreiben und auf hauptamtliche Funktionäre zurückgreifen konnten. Von rechts nach links saßen im Parlament die konservative Fraktion, die Nationalliberalen, in der Mitte die Zentrumspartei, die Linksliberalen und schließlich die Sozialdemokraten. Besonders kleine Fraktionen waren die der Polen, Elsaß-Lothringer und der Antisemiten. Der Aufstieg der beiden Massenparteien, Zentrum und Sozialdemokratie, war besonders der Einführung des allgemeinen Wahlrechts geschuldet. Ebenso großen Einfluss hatte die veraltete Einteilung der Wahlkreise³⁸, die dem Zentrum nützte, der Sozialdemokratie aber eher schadete. So war nach den Wahlen 1903 das Zentrum stärkste und die Sozialdemokratie zweitstärkste Kraft im Reichstag. Zusammen hielten sie etwa 45% der Mandate, so dass die Regierung auf die Verständigung mit einer dieser Parteien nicht verzichten konnte – und das war das Zentrum.

Für das Zentrum bildete der katholische Glauben und dessen Institutionen den existentiellen Kern. Deshalb war es zunächst nicht notwendig, eine eigene Organisationsform für die Partei zu schaffen, denn man konnte sich auf ein Netzwerk katholischer Vereine stützen und deren Generalversammlung, der Katholikentag, hatte die Funktion eines Parteitages. War die katholische Minderheit des Deutschen Reiches gemeinsam mit ihrer Sammlungsorganisation während des Kulturkampfes stark diskriminiert worden, so bemühte sich das Zentrum – anders als die Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes – seit Anfang der 1890er Jahre, seine Marginalisierung zu überwinden, die Rolle der Opposition zu verlassen und eine gesellschaftliche Integration zu erreichen. Dieses Bestreben wurde unterstützt durch die Verdrängung der katholischen Aristokratie aus der Parteiführung, die mit der Entwicklung zur Massenpartei

³⁷ Für einen sehr detaillierten Überblick über die Entwicklung der Parteien und die Parteienlandschaft zwischen 1890 und 1914 vgl. Nipperdey 1992:471-620.

³⁸ Die bestehenden Wahlkreise waren 1867/71 in Einheiten zu je 100 000 EinwohnerInnen eingeteilt worden. Die Landflucht, ausgelöst durch die Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat, bewirkte über die Jahrzehnte, dass in den ländlichen Wahlkreisen immer weniger Wählerstimmen immer mehr Gewicht bekamen, während in den urbanen Zentren die Stimmen an Einfluss verloren. Dies erklärte auch, weshalb in der Gesamtrechnung prozentuale Stimmanteile nicht in direkter Relation zu den Mandaten standen. Das Gesamtbild des Reichstags zeigte also ein verzerrtes Bild des politischen Willens der Bevölkerung. Vgl. Nipperdey 1992:518f und Baumgart 1986:153f.

einherging. Anstelle der Aristokraten wurden Vertreter des Bürgertums – zum Teil sogar vom modernen Typ des Berufspolitikers – wegweisend für die politische Richtung des Zentrums; sie waren es, die der Partei dazu verhalfen, in der Öffentlichkeit als loyal zu Reich und Verfassung wahrgenommen zu werden. Die Zustimmung zur ersten Flottenvorlage im Jahr 1898 stellte klar, dass das Integrationsziel erreicht war: „Das Zentrum wurde zum Mitträger der nun imperialen Machtpolitik“ (Nipperdey 1992:547) und damit, wenn nicht Regierungspartei, so doch zumindest regierende Partei. In den folgenden Jahren verfügte die Partei über eine Schlüsselrolle im Parlament, die sie für ihre politischen Ziele auszunutzen wusste.³⁹ Nicht umsonst wurde das Zentrum immer wieder als Konzessionspartei, als „Partei des unentwegten Umfalls“ (VOR 22, 258: 03.11.1905) beschimpft und zuweilen als solche auch beneidet. Aber ganz so einfach war es nicht: Die Spannungen zwischen Basis und Fraktion und zwischen den politischen Flügeln sorgten dafür, dass die Parteipolitik komplizierte Formen annahm. War die Politik des Zentrums im Parlament von Kompromissen und Regierungsnähe geprägt, so zogen sich Kommunalpolitiker noch immer das Mäntelchen der Opposition über – als ausgleichendes Moment diente stets die Berufung auf kirchenpolitische Ziele, manchmal aber auch das Einbringen populistischer Forderungen ins Parlament als Zugeständnis an die Basis.⁴⁰ Das Bedürfnis nach Einheit in der Volkspartei erforderte Kompromisse zwischen den Interessen der verschiedenen Flügel, die sich entlang der Grenzlinien sozialer Schichten ausgebildet hatten. Das Betreiben von Agrar- und Mittelstandspolitik, welche die KonsumentInnen belastete, und die Kompensation dieser Belastung durch Sozialpolitik ließen in der Zentrumspartei ein „hohe[s] Maß von Taktik, Opportunismus oder Flexibilität im politischen Prozeß“ (Nipperdey 1992:550) erwachsen. Diese parteiinterne Spannung wirkte sich auch auf die Kolonialpolitik aus.

Die Sozialdemokratie, die zweitstärkste Fraktion im Reichstag von 1903, deren Geschichte erst mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert begonnen hatte, charakterisierte Nipperdey mit drei wichtigen Aspekten in der wilhelminischen Epoche. Erstens entwickelte sich die Sozialdemokratische Partei zu einer hierarchischen Massenorganisation, deren innerparteiliche Demokratie durch ein Delegations- und Antragssystem gesichert war und deren Wähler vor allem aus dem handwerklichen Sektor in den Städten stammten. Sie wurde eine Identifikationspartei und „das Interesse des Proletariats [wurde] geradezu zu einer klassenkämpferischen Weltanschauung“ (Baumgart 1986:152) – eine Unterscheidung zwischen Interesse und Ideologie war beinahe unmöglich.⁴¹ Deshalb verwundert es nicht, dass ein verhältnismäßig großer Teil – etwa 20% – der sozialdemokratischen Wählerschaft auch Mitglied war. Die Parteizugehörigkeit zog ein wechsel-

³⁹ Vgl. u. a. Loth 1987:71.

⁴⁰ Dieses Handlungsmuster des Zentrums wurde vom politischen Gegner registriert und nach Bedarf verwendet. Vgl. z. B. in der Diskussion um einen Wechsel in der Kolonialabteilung im Herbst 1905, siehe VOR 22, 267: 14.11.1905.

⁴¹ Sich selbst sah die Sozialdemokratie als ‚marxistische‘ Weltanschauungspartei. Vgl. Schröder 1968:28.

seitiges Verhältnis nach sich, bei dem sowohl die Partei Einfluss auf das Handeln der Mitglieder nahm als auch umgekehrt die Mitglieder Inhalte und Form der Partei bestimmten. Durch die Notwendigkeit eines hohen Organisationsgrads war die Partei aber auch eine „Funktionärspartei“ (Nipperdey 1992:558), in der sich allmählich eine Oligarchie der Funktionärselite herausbildete. Zweitens schuf die Sozialdemokratische Partei eine komplett eigene Lebenswelt und ‚Kultur‘ für ihre Mitglieder, die als *Gegenwelt* zur bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet werden kann.⁴² Es darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, dass trotz des Falls des Sozialistengesetzes 1890 die Sozialdemokratie noch immer als Staats- und Gesellschaftsfeind identifiziert wurde. Diese Marginalisierung wurde für die Arbeiterschaft erträglicher durch eine umfassende ‚Arbeiterkultur‘, die damit wiederum eine Integration in die Gesamtgesellschaft bewirkte: Die tägliche Konfrontation mit den Ausschlussmechanismen war nicht mehr nötig. Ein wichtiger Teil dieser *Gegenwelt* waren die Gewerkschaften, die für die Sozialdemokratie eine ähnliche Bedeutung hatten wie die katholischen Vereine für das Zentrum. Drittens bildeten sich in der Sozialdemokratie verschiedene politische Flügel heraus. 1891 hatten Karl Kautsky und Eduard Bernstein mit dem *Erfurter Programm* die theoretische Grundlage der Partei gelegt, die eine Verbindung von „Revolutionserwartung und radikalem Reformaktivismus“ (Nipperdey 1992:564) war. Der sogenannte revolutionäre Attentismus, der den Kern des theoretischen Gebäudes ausmachte, bot zunächst durch den immanenten Zwiespalt ein gemeinsames Dach für den linken wie den rechten Parteiflügel, doch unter Einwirkung der russischen Revolution 1905 wurde diese bisher vereinende Parteideologie in eine politische Mitte innerhalb der Sozialdemokratie gerückt. Der linke Flügel formierte sich in deutlicher Abgrenzung zur Mitte und zu den revisionistischen und reformerischen Kräften, die fortan die Parteirechte bildeten. Diese Spaltung in drei Hauptgruppen intensivierte sich nach der Wahlniederlage 1907 und schlug sich in der Grundsatzdebatte um die Kolonialpolitik nieder.

2.3. Fokus: Kolonialpolitik⁴³

Auf informellem Wege waren deutsche Fürsten und ihre Gesandten, Händler und Seefahrer schon weit vor dem 17. Jahrhundert am europäischen Kolonialismus beteiligt.⁴⁴ Die offizielle Kolonialpolitik des Deutschen Reiches dagegen begann erst 1884, als Bismarck die ersten deutschen ‚Schutzgebiete‘⁴⁵ anerkannte und als Vermittler zwischen den Kolonialmächten die

⁴² Der Begriff *Gegenwelt* wird in Anlehnung an Nipperdey verwendet. Vgl. Nipperdey 1992: 561-563. Vgl. auch Schröder 1968:141.

⁴³ Eine weitreichende Bearbeitung über die Geschichte der deutschen Kolonien ist Gründer 2000.

⁴⁴ Vgl. Mamozai 1989:12ff. Zum Einflussbereich des brandenburgischen Kurfürsten im 17. Jhd. vgl. Heyden 1993.

⁴⁵ Gründer führt den Terminus ‚Schutzgebiete‘ auf Bismarcks Bemühen, das Wort *Kolonien* zu vermeiden, zurück. Vgl. Gründer 2000:58. Diese Erklärung schien etwas dürftig, ist der Begriff doch eher dem ‚Schutz‘ geschuldet, der

Berliner Westafrika-Konferenz einberief, auf der die Besitzverhältnisse der europäischen Staaten, der USA und des Osmanischen Reiches auf dem afrikanischen Kontinent geklärt und völkerrechtliche Rahmenbedingungen festgelegt wurden. Als Staat war Deutschland auf dem Gebiet der Kolonialerwerbungen tatsächlich ein Spätkommer, der nur noch die ‚Reste vom Feste‘ aufsammeln konnte, und infolgedessen eine hektische Betriebsamkeit entwickelte, die fehlende Portion Prestige zu ergattern.

Begründungen für den Kolonialerwerb konnten aus der britischen Kolonialdiskussion entlehnt werden⁴⁶ – zunächst waren dies wirtschaftliche Gesichtspunkte: Einerseits böten die Kolonien neue Absatzmärkte und andererseits Rohstoffe für den europäischen Markt. Doch primär muss der deutsche Imperialismus in seiner Orientierung auf Macht gesehen werden, erst sekundär kann man ihn als wirtschaftsorientiert bezeichnen.⁴⁷ Außerdem hoffte man im Deutschen Reich, die gemeinsame Aufgabe des Kolonialprojektes – vergleichbar mit der des Flottenbaus⁴⁸ – führe zu „nationalen und sozialen Integrationswirkungen“ (Gründer 2000:236). Zwar war das Kolonialprojekt beim Abbau sozialer Spannungen nicht unbedingt erfolgreich, doch die damit einhergehende Argumentation hinterließ dauerhafte Spuren im kollektiven Gedächtnis und in der alltäglichen Praxis der deutschen Gesellschaft⁴⁹: Ein auf pseudo-wissenschaftlichen Thesen basierender Sozialdarwinismus generierte kulturelle Arroganz und rechtfertigte sämtliche Mittel zur Durchsetzung des ‚Rechts des Stärkeren‘. Die Verleumdung der Kolonialgegner, namentlich der Sozialdemokraten, als ‚unpatriotisch‘ und ‚dem deutschen Nationalinteresse feindlich‘ ähnelte der sozialdarwinistischen Argumentationslinie, auf die deutsche Gesellschaft angewandt.⁵⁰ Zusätzlich war durch die „wissenschaftliche Trennung von ‚zivilisierten‘ und ‚barbarischen‘, ‚entwickelten‘ und ‚unterentwickelten‘ Völkern, ‚hochwertigen‘ und ‚minderwertigen Rassen‘ [...] dafür gesorgt, daß Deutschlands Prädestinierung zur führenden Kolonialmacht nicht mehr erklärungsbedürftig war.“ (El-Tayeb 2001:62) Der wissenschaftliche Rassismus bildete auch die Basis einer Zusammenarbeit zwischen Kolonialpolitik und Kirchen, denn die Doktrin der christlichen Überlegenheit auf religiösem Gebiet passte hervorragend zur These der

deutschen Kolonisatoren in diesen Gebieten garantiert wurde, als einem persönlichen Empfinden Bismarcks. Vgl. dazu Wirz 1976:304 und Kundrus 2003a:27 (Fußnote 65). Von dem im Begriff ‚Schutzgebiet‘ immanenten kolonialen Denken distanziert sich diese Arbeit und verwendet diesen Begriff nur im historisch notwendigen Kontext.

⁴⁶ Vgl. Kundrus 2003a:4 (Fußnote 9).

⁴⁷ Vgl. Nipperdey 1992:644.

⁴⁸ Baumgart verwendete für beides die Formulierung „große nationale Aufgabe“ (Baumgart 1986:53, 66). Vgl. auch Kundrus 2003a:5.

⁴⁹ Vgl. Heyden 2002 und Möhle 1999.

⁵⁰ Vgl. El-Tayeb 2001:62. Eine weitere Variante der sozialdarwinistischen Argumentationslinie war (und ist) der Antisemitismus.

europäischen Überlegenheit auf kulturellem Gebiet. Außerdem bedeutete der kirchliche Einsatz in den Kolonien die Kompensation des Einflussverlustes im säkularisierten Europa.⁵¹

Zurück zur Geschichte: Die ersten und größten überseeischen Gebiete des Deutschen Reiches lagen in Afrika, wo 1884 ‚Deutsch-Südwestafrika‘ als erstes ‚Schutzgebiet‘ offiziell in Besitz genommen wurde. Zügig folgten im selben Jahr Togo und Kamerun, im folgenden auch ‚Deutsch-Ostafrika‘. In dieser ersten Phase⁵² des deutschen Kolonialismus war Bismarck bestrebt, Verwaltung und Kosten nicht zu Lasten des Reiches gehen zu lassen, sondern mit Hilfe eines ‚Schutzbriefsystems‘ diese Zuständigkeiten an privatwirtschaftliche Kolonialgesellschaften abzugeben. Doch jene scheuten das damit verbundene Risiko und veranlassten die deutsche Regierung, Reichskommissare bzw. Gouverneure und einen zugehörigen – wenn auch kleinen – Verwaltungsapparat in die Kolonien zu entsenden. Für die Koordinierung dieser Beamten wurde in Deutschland eine Kolonialabteilung unter dem Dach des Auswärtigen Amtes in Berlin geschaffen. Mit der Akzeptanz der politischen Verantwortung begann die Phase der Konsolidierung der Herrschaft über die Gebiete, deren rechtlicher Status durch das Schutzgebietsgesetz⁵³ festgeschrieben wurde.⁵⁴ Zur Unterwerfung der Bevölkerung, die den deutschen Kolonisatoren von Beginn an Widerstand entgegensetzte, wurden in den folgenden Jahren zahlreiche Feldzüge und ‚Expeditionen‘ unternommen und Kriege⁵⁵ geführt. Außerdem wurden Verwaltungsverordnungen erlassen, die den bestehenden politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Strukturen große Veränderungen aufzwangen. Dass daraufhin die Kolonisierten die Initiative übernahmen, kam für die Kolonisatoren unerwartet und heftig: 1904 griffen Herero und Nama in ‚Deutsch-Südwestafrika‘ zu den Waffen, 1905 begann der Maji-Maji-Krieg in ‚Deutsch-Ostafrika‘ und im selben Jahr kam es auch in Kamerun zu gewalttätigen Unruhen größeren Ausmaßes.⁵⁶ Für das Deutsche Reich bedeuteten diese Kriege einen hohen finanziellen Aufwand, den der überschuldete Staat zu tragen und vor der Bevölkerung zu rechtfertigen hatte. Zusätzlich brachten zahlreiche Kolonialskandale⁵⁷, die vor allem vom Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger an die Öffentlichkeit gebracht wurden, sowie ein Wechsel an der Spitze der

⁵¹ Vgl. hierzu die überzeugende Argumentation in El-Tayeb 2001:109-111. Zur sozialistischen Interpretation der Ziele des Zentrums und der katholischen Mission in Afrika vgl. VOR 24, 164: 17.07.1907.

⁵² Seit den 1970er Jahren werden in der Wissenschaft drei Phasen des deutschen Kolonialismus unterschieden: die *Experimentierphase* bis 1890, die *Eroberungsphase* bis 1906 und die *Reformphase*, die auch als *Ära Dernburg* bezeichnet wird. Vgl. Gründer 2000:241f bzw. Bade 1982:3ff.

⁵³ Vgl. Bureau des Reichstags 1907:93-99.

⁵⁴ Die „mehr oder weniger beliebte Spielerei: ‚Sind die Kolonien ‚Reichsinland‘ oder ‚Ausland‘?“ (Erzberger 1906:17) ist bis heute eine geblieben. Pascal Grosse fand kürzlich eine passende Formulierung für diesen Zustand: Er bezeichnete „Kolonialismus als einen virtuellen Raum zwischen Innen- und Außenpolitik“ (Grosse 2003:91).

⁵⁵ Als Beispiele können in ‚Deutsch-Ostafrika‘ der ‚arabische‘ Versuch 1888/89, eine Kolonisierung gewaltsam zu verhindern, oder der Krieg gegen die Hehe 1891-1898 dienen. Vgl. Gründer 2000:154. Vgl. dazu auch eine Kolonialkriegsstatistik aus dem Jahre 1906: VOR 23, 134: 13.06.1906.

⁵⁶ Damit griffen die Kolonisierten als aktiv handelnde Subjekte nicht nur in die Kolonialpolitik, sondern auch in die Innenpolitik des Deutschen Reiches ein. Vgl. Reinhard 1978.

⁵⁷Vgl. hierzu die Aufarbeitung jener Kolonialskandale und der Rolle Erzbergers in Epstein 1959.

Kolonialabteilung⁵⁸ im Herbst 1906 die Regierung in Schwierigkeiten. Die verzweifelte Suche nach einem neuen System in der deutschen Kolonialpolitik wurde mit der Ernennung des Bankiers Bernhard Dernburg zum Kolonialdirektor beendet: Die *Ära Dernburg* begann mit dem „großen Reinemachen in unserem Kolonialhause“ (KVZ 47, 771: 08.09.1906) und mit dem Versuch, neue Kolonialbegeisterung in der Öffentlichkeit zu entfachen.⁵⁹ In der folgenden Session des Reichstags standen täglich Debatten über koloniale Themen an, seien es die noch nicht aufgeklärten Skandale oder die Kosten der Kolonien bzw. der Kolonialkriege. Letzten Endes war es die Ablehnung des Nachtragsetats für ‚Deutsch-Südwestafrika‘, die Kanzler Bülow im Dezember 1906 die willkommene Gelegenheit zur Auflösung des Reichstags bot.⁶⁰ Der folgende Wahlkampf stand ganz im Zeichen der Kolonien⁶¹ und „der koloniale Gedanke [gewann] die Qualität einer Waffe in der parlamentarischen und öffentlichen Auseinandersetzung mit der Opposition.“ (Benninghoff-Lühl 1983:30) Entsprechend der massiven prokolonialen Wahl-agitation, die jegliche Kritik an Kolonialpolitik oder Kolonialismus als unpatriotisch brandmarkte, fiel im Januar/Februar 1907 das Wahlergebnis aus: Die Sozialdemokratie erlitt eine deutliche Wahniederlage⁶², während das Zentrum seine Mandate halten konnte. Konservative, National- und Linksliberale gingen als Sieger hervor und schlossen sich zum Bülow-Block zusammen. Sowohl die Errichtung eines eigenständigen Reichskolonialamtes als auch die Bewilligung benötigter Finanzen⁶³ waren unter diesen Mehrheitsverhältnissen kein Problem mehr. Lediglich ein Aspekt des Dernburg’schen Programms zur Inwertsetzung der Kolonien blieb stets umstritten: der ‚Schutz‘ der kolonisierten Bevölkerung. Dernburg hatte sie zum „wichtigsten Aktivum“ (Dernburg, zit. nach Gründer 2000:242) der deutschen Kolonialwirtschaft erklärt und versprach sich von ihren Arbeitskapazitäten den größten Gewinn für seine Vision von Handelskolonien. Ihm gegenüber standen SiedlerInnen und diejenigen, die von Siedlungskolonien träumten: Sie hatten kein Verständnis für den Kolonialdirektor und schon gar nicht dafür, dass sie in ihrem Verhalten gegenüber Nicht-Weißen gemaßregelt und damit in ihrer

⁵⁸ Erbprinz Ernst zu Hohenlohe-Langenburg hatte den Posten des Kolonialdirektors gerade einmal ein dreiviertel Jahr (Nov. 1905 – Sept. 1906) inne.

⁵⁹ Der *Vorwärts* stellte beispielsweise in seinem Bericht über den Kolonialkongress 1905 fest, „daß der geringe Zuwachs der kolonialfreundlichen Vereinigungen gerade ein Beweis dafür ist, daß die Masse der Bevölkerung von der Kolonialpolitik ganz und gar nichts wissen will.“ (VOR 22, 234 (Bbl.1): 06.10.1905) Zurückzuführen sei dies auf die Kolonialkriege. Vgl. auch Schröder 1968:147 und KVZ 46, 1061: 21.12.1905.

⁶⁰ Es war offensichtlich, dass Bülow den Reichstag in der Hoffnung auf neue Mehrheitsverhältnisse auflösen ließ. Während des Wahlkampfes wurde dies in den Zeitungen diskutiert. Die *KVZ* zitierte z. B. die liberale *Frankfurter Zeitung* mit der Aussage, „der ganze Hergang [...] lasse gar keinen Zweifel, daß der Reichskanzler in einer augenfälligen Weise dem bisherigen System des Verhandeln mit der ausschlaggebenden Zentrumsparterie ein schroffes Ende habe machen wollen.“ (KVZ, 48, 5: 02.01.1907)

⁶¹ Im Gegensatz zum Herero-Nama-Krieg in ‚Deutsch-Südwestafrika‘ hatte der Maji-Maji-Krieg in ‚Deutsch-Ostafrika‘ im Wahlkampf keine Bedeutung, obgleich keiner der beiden Kriege beendet war.

⁶² Die SPD büßte die Hälfte ihrer Mandate ein, obwohl sie nach Stimmen stärkste Partei geworden war. Ihr entgegen stand erneut die Einteilung der Wahlkreise und zusätzlich die enorme Wahlbeteiligung, die auf die nationalistische Kolonialpropaganda zurückzuführen war. Vgl. Nipperdey 1992:731, Becker 1987:101 und VOR 24, 34: 09.02.1907.

⁶³ Gelder waren vor allem für Infrastrukturmaßnahmen wie Eisenbahnen und Häfen bzw. für die Unterhaltung der Truppen in den Kolonien erforderlich.

Macht eingeschränkt werden sollten.

Die Position der deutschen Sozialdemokratie⁶⁴, deren Politiker über keinerlei Erfahrungen mit den Kolonien verfügten, wurde in der Öffentlichkeit meist als konsequent antikolonial wahrgenommen. Diese Haltung propagierte sie in ihren Publikationen – als einen weiteren Ausdruck der Opposition zum deutschen Staat und seiner Regierung. Genauer betrachtet ist erkennbar, dass Teile der Sozialdemokratie bis zu den 1890er Jahren einem Kolonialismus à la Bismarck nicht abgeneigt waren, sie gerieten jedoch bald in Widerspruch zu ihren eigenen Forderungen, die innerhalb eines Schutzbriefsystems nicht durchsetzbar waren. Zusätzlich bot die staatliche Übernahme der Kolonien die Möglichkeit, durch den Reichstag Einfluss auf die Kolonialpolitik zu nehmen. 1889 noch hatte August Bebel den Kolonialismus in seiner Gesamtheit als „Ausbeutung einer fremden Bevölkerung in der höchsten Potenz“ (Bebel, zit. nach Möhle 1999:95) gebrandmarkt, bald jedoch ließ er sich auf die Verwendung von Einzelargumenten ein: Moralische und humanitäre Vorbehalte, Zweifel an der Rentabilität der Kolonien, die Kosten für die deutschen SteuerzahlerInnen und eine Neigung zum Freihandel bestimmten die Diskussionslinien ebenso wie die Befürchtung weltpolitischer Verwicklungen aufgrund von kolonialen Streitigkeiten, insbesondere mit England.⁶⁵ Eine systematische den Kolonialismus ablehnende Theorie entwickelten erst Rudolf Hilferding und Rosa Luxemburg für die linken SozialistInnen.⁶⁶ Der revisionistische Flügel um Bernstein setzte dem eine Argumentation entgegen, die die Vorteile der Kolonialpolitik in Form von ökonomischen Profiten für die deutsche Arbeiterschaft herausstellte und damit die Weiße ‚Rassensolidarität‘ der internationalen Solidarität des Proletariats überordnete.⁶⁷ Eine Haltung, die begreiflich macht, wie tief der wissenschaftliche Rassismus auch in der Sozialdemokratie verwurzelt war.⁶⁸ Die Phase, in der die politische Beurteilung der Kolonialpolitik innerhalb der Sozialdemokratie zum entscheidenden Thema wurde, begann mit der Wahlniederlage 1907. Die Suche nach deren Ursachen⁶⁹ gab dem rechten Parteiflügel den Anlass, öffentlich ein Ende der antikolonialen Position der Partei zu fordern. Im August 1907 endeten die heftigen Diskussionen auf dem Internationalen Sozialistischen Kongress in Stuttgart mit einem knappen Sieg der antikolonialen SozialistInnen: Die angenommene Resolution wandte sich entschieden gegen jegliche Kolonialpolitik.⁷⁰ Es sollte die letzte eindeu-

⁶⁴ Vgl. Schröder 1968. Für einen Überblick über die deutsche Kolonialpolitik im Reichstag vgl. Spellmeyer 1931.

⁶⁵ Vgl. Schröder 1968:149f.

⁶⁶ Vgl. Gründer 2000:75 und Schröder 1968:26.

⁶⁷ Damit beschränkte sich innerhalb dieses Parteiflügels die internationale Solidarität auf europäische ProletarierInnen. Vgl. Schröder 1968:174.

⁶⁸ Für eine Darstellung der Akzeptanz von Sozialdarwinismus und Rassismus in der SPD vgl. El-Tayeb 2001:69-76. Auch Schröder 1968:174f.

⁶⁹ Vgl. die Artikelserie *Die Lehren der Reichstagswahl* in VOR 24, 34: 09.02.1907; VOR 24, 36: 12.02.1907 und VOR 24, 38: 14.02.1907.

⁷⁰ Für den Wortlaut der Resolution vgl. VOR 24, 195 (Bbl.1): 22.08.1907 und für das Abstimmungsergebnis vgl. VOR 24, 196: 23.08.1907.

tig antikoloniale Stellungnahme der Zweiten Internationale und damit auch der deutschen Sozialdemokratie sein. Schon auf dem anschließenden Parteitag in Essen sprach sich sogar Bebel nicht mehr prinzipiell gegen Kolonialpolitik aus, sondern betonte, es käme nur auf die Art und Weise an.⁷¹ So reichte am Jahresende 1907 „die Bandbreite sozialdemokratischer Auffassungen von weitgehender Ablehnung über eine bedingte Billigung bis zu grundsätzlicher Bejahung der Kolonialpolitik“ (Gründer 2000:74). In den folgenden Jahren isolierte sich die Parteilinke anhand dieser Frage immer mehr, während die Parteimitte sich den revisionistischen Standpunkten annäherte.⁷² Abseits dieser Diskussionen ließ sich an der realen Kolonialpolitik der Sozialdemokratie der Dualismus des *Erfurter Programms* ablesen: Der radikalen Verwerfung jeglicher Kolonialpolitik standen Bestrebungen zur ‚humanen‘ Reformierung des Kolonialwesens gegenüber.⁷³

Die Position, die das Zentrum zur Kolonialpolitik einnahm,⁷⁴ war nicht grundsätzlich ablehnend, wenn auch einzelne Methoden, Persönlichkeiten oder das Gesamtausmaß der kolonialen Maßnahmen häufig der Kritik unterzogen wurden.⁷⁵ Der Wille zur Integration in die deutsche Nation trug sehr viel zur Zustimmung zum Kolonialprojekt bei. Das bestimmende Interesse der Partei am Kolonialismus war – der Parteidoktrin entsprechend – in religiös-kulturellen Motiven, die seit der Antisklavereibewegung als christliche Verpflichtung apostrophiert wurden, zu sehen.⁷⁶ Die Tatsache, dass das Zentrum den Helgoland-Zanzibar-Vertrag gutgeheißen hatte, zeigte den Vorrang missionarischer Motive vor anderen: In Artikel zehn des Vertrags war der Schutz deutscher Missionare in englischen Kolonien garantiert worden.⁷⁷ Auch weltpolitische Ambitionen, sofern sie nicht dem nationalistischen Größenwahn, sondern der Festigung einer nationalen Identität dienten, spielten eine Rolle, während wirtschaftliche Gründe eher untergeordnet waren, da nur wenige Wähler des Zentrums aus den Kolonien wirtschaftlichen Nutzen zogen.⁷⁸ Die parlamentarische Schlüsselrolle, die dem Zentrum bis 1907 zukam, konnte gerade in der Kolo-

⁷¹ Vgl. Gründer 2000:77.

⁷² Vgl. El-Tayeb 2001:75.

⁷³ Vgl. Schröder 1968:179ff.

⁷⁴ Vgl. Pehl 1934 und Loth 1987.

⁷⁵ Eine grundsätzliche Debatte über die Kolonialpolitik hatte das Zentrum – im Gegensatz zur Sozialdemokratie – nicht geführt; auch nicht nach der Wahl 1907, die dazu hätte Anlass geben können. Wie die Beschlüsse des Katholikentags 1907 zeigten, hatte es keine Auseinandersetzung über Kolonialismus gegeben. Vgl. KVZ 48, 754: 01.09.1907.

⁷⁶ Vgl. Gründer 2000:68.

⁷⁷ Entsprechend war auch der Schutz englischer Missionare in deutschen Kolonien gewährleistet. Vgl. Pehl 1934:51.

⁷⁸ Vgl. Pehl 1934:7-11 und Loth 1987:67-83.

nialpolitik hervorragend genutzt werden, da die antikoloniale Haltung der Sozialdemokratie gute Rückendeckung gab. Doch insgesamt hatte das Zentrum zumeist recht wohlwollend die Budgetforderungen der Kolonialabteilung abgesegnet, solange bis die Regierung den Herero-Nama-Krieg als Rechtfertigung für den kolonialen Bahnbau anführte und sich gleichzeitig nicht ausreichend bemühte, die von Erzberger angeprangerten Missstände in der Kolonialverwaltung zu beheben. In der über Monate angeheizten Atmosphäre und in den inneren Spannungen im Zentrum waren Ursachen für das Abstimmungsverhalten der Zentrumsabgeordneten im Dezember 1906 zu finden. Denn die „Zentrumsdemokraten“ (Loth 1987:76) um Erzberger riskierten, ohne mit der Wimper zu zucken, einen Bruch mit der Regierung, während die bürgerliche Zentrumsführung um Peter Spahn noch immer auf eine Einigung mit der Regierung hoffte. Die Auflösung des Reichstags und die Neuwahlen hatten für das Zentrum zwar keine Mandatseinbußen zur Folge⁷⁹, doch es hatte, wie erwähnt, seine vorteilhafte Position verloren. Die Hoffnungen des linken Parteiflügels waren enttäuscht, während die konservative Führungsriege des Zentrums sich wieder festigen konnte. Doch ob nun rechter oder linker Parteiflügel, Zentrumsführung oder Zentrumsdemokraten, insgesamt „trug das Zentrum die Kolonialpolitik mit, ohne sie [...] zu forcieren.“ (Gründer 2000:70).⁸⁰ Nur die Methoden des Kolonialismus waren einer Diskussion würdig und hier hätte sich das Zentrum mit dem Sozialdemokraten Bebel auf einer Diskussions-ebene treffen können.

3. Wilhelminische Öffentlichkeit

Die Debatten um das deutsche Kolonialprojekt und die dazugehörige Politik fanden selbstverständlich nicht nur im Reichstag und den Regierungssämtern statt. Private, außerparlamentarische Organisationen wie die Deutsche Kolonialgesellschaft (DKG) waren darauf bedacht, die koloniale Idee in der wilhelminischen Öffentlichkeit alltäglich zu machen und sie fest in der deutschen Gesellschaft zu verankern. Damit unterstützten sie die Bildung einer deutschen nationalen Identität und verschafften zugleich der Regierungspolitik ausreichend Handlungsspielraum. Die DKG gehörte zu einer Kategorie der Öffentlichkeit, die Rudolf Stöber Quasi-Massenmedien nannte; unter diesen verstand er beispielsweise Vereine, Versammlungen und Feste.⁸¹ In Konkurrenz dazu stand die – freie, parteinahe oder politische – Presse, die eine große

⁷⁹ Das Zentrum hatte wie die Sozialdemokratie einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, der sich nicht direkt auf die Mandatsverteilung auswirken konnte. Vgl. Becker 1987:101 und Nipperdey 1992:731.

⁸⁰ Vgl. auch Becker 1987:108.

⁸¹ Vgl. Stöber 1998:12.

Rolle bei der Verbreitung kolonialistischen Denkens und der Meinungsbildung bezüglich des Kolonialprojektes spielte.

Hier bedarf es einer zumindest vereinfachten Klärung dessen, was soeben als ‚wilhelminische Öffentlichkeit‘ bezeichnet wurde. Eine ‚wilhelminische Öffentlichkeit‘ als homogene Einheit gab es als solche nicht, vielmehr umschreibt dieser Begriff lediglich einen zeitlichen Rahmen. Die öffentliche Sphäre war auch damals ein Bereich der gesellschaftlichen Transformation und kein statischer Raum. Nebeneinander und ineinander verschränkt existierten Öffentlichkeiten unterschiedlichen Charakters, die sich im Wandel von einer repräsentativen zu einer politischen Sphäre befanden.⁸² Bestimmend war für diese Epoche die (hegemoniale) bürgerliche Öffentlichkeit, wie Jürgen Habermas sie beschrieb. Oskar Negt und Alexander Kluge setzten dem Konzept Habermas‘ ihren Begriff der proletarischen Öffentlichkeit entgegen.⁸³ Diese öffentlichen Bereiche boten Privatpersonen – im einen Fall aus dem (Bildungs-)Bürgertum, im anderen aus dem Proletariat – einen Raum, in dem sie in Beziehung zueinander treten und im Diskurs einen gesellschaftlichen Konsens herstellen konnten. Lag der bürgerlichen Öffentlichkeit eine nationale Identität bzw. deren Etablierung als Konsens zugrunde⁸⁴, so war in der proletarischen Öffentlichkeit die proletarische Identität der nationalen übergeordnet.⁸⁵ Eine Vielzahl an solchen Grundpositionen, ihre Bezüge zueinander und ihr gegenseitiger Einfluss aufeinander bilden nach Habermas die öffentliche Meinung – ein Konstrukt, das sich in ständigem Wandel befindet.⁸⁶ Die Macht der öffentlichen Meinung liegt in der Kontrollfunktion, die die Öffentlichkeit gegenüber den Herrschenden ausübt und damit deren Macht einschränkt. Gleichzeitig birgt die Öffentlichkeit die Gefahr der eigenen Vermachtung in sich, da sich für Privatpersonen die Möglichkeit ergibt, die öffentliche Meinung zu beherrschen.⁸⁷ Als Vermittlungsinstanz zwischen bürgerlicher Öffentlichkeit, proletarischer Öffentlichkeit und dem Staat, fungierte nach Habermas die politische Öffentlichkeit. Ihre Organe – Clubs, Vereine, Versammlungen, Zeitungen etc. – gaben der öffentlichen Meinung Ausdruck und politischen Nachdruck, und ihre Funktion hat an Ambivalenz bis heute nichts verloren. Was für die Öffentlichkeit gilt, gilt auch für ihre Stimme: „Sie

⁸² Vgl. Habermas 1993.

⁸³ Vgl. Negt 1972. Eine proletarische Öffentlichkeit, wie Negt und Kluge sie beschrieben, konnte sich nach Auffassung Günther Lottes‘ stets nur partiell realisieren. Vgl. Lottes 1979:111.

⁸⁴ Vgl. Kapitel 3.1.

⁸⁵ Vgl. Kapitel 3.2.

⁸⁶ Vgl. auch Bauer 1930:367.

⁸⁷ Eine andere Auffassung über das Wesen der öffentlichen Meinung vermittelte Noelle-Neumann 2001: Öffentliche Meinung wird als relativ statische Größe in einem wertbesetzten Raum begriffen, deren Macht in einer im Menschen tiefverwurzelten Isolationsfurcht begründet liege. Diese ‚naturgegebene‘ Furcht führe unweigerlich dazu, dass die öffentliche Meinung Konventionen vorgeben kann. Diese Auffassung steht in Tradition zu Rousseau, für den die öffentliche Meinung „das [war], was die moderne Soziologie ein Instrument des Konformismus nennt.“ (Hennis 1957:114).

dient der Manipulation *des* [sic] Publikums im gleichen Maße wie der Legitimation *vor* [sic] ihm” (Habermas 1993:270).⁸⁸

Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass dies nur eine vereinfachte Darstellung des komplexen Gebildes Öffentlichkeit sein kann. Vor allem die dichotome Gegenüberstellung einer bürgerlichen und einer proletarischen Öffentlichkeit müsste kritisch hinterfragt werden, überstiege aber den Rahmen dieser Arbeit. Nur drei Aspekte seien dazu bemerkt: Erstens übersieht dieser einfache Antagonismus die historische Entwicklung der proletarischen Öffentlichkeit: Hervorgehend aus einer plebejischen Öffentlichkeit, wie Günther Lottes sie für das 18. Jahrhundert in England darstellte⁸⁹, war ihre Entfaltung eng mit der bürgerlichen Öffentlichkeit verknüpft. Zweitens unterstellt ein Konzept, das diesen Antagonismus als universell betrachtet, der bürgerlichen Öffentlichkeit eine Funktion als bloßes Herrschaftsinstrument. Und drittens missachtet die starre Dichotomie die Tatsache, dass eine klare Abgrenzung zwischen beiden Öffentlichkeiten nicht möglich ist. Trotz der historischen, theoretischen und systematischen Probleme schien die Verwendung dieser Einteilung im Hinblick auf die zu untersuchenden Quellen angebracht. Sowohl die *Kölnische Volkszeitung* als auch der *Vorwärts* waren ihrem jeweiligen Publikum verpflichtet. Obwohl die parteigebundene Presse für ihre politischen Ideen werben wollte und durch die Repräsentation öffentlicher Meinung auf Regierung und Parlament Einfluss zu nehmen suchte, lag ihr Interesse im Hinblick auf die Leserschaft darin, parteinahen LeserInnen die politischen Positionen zu präsentieren und zu erläutern, um dadurch eine öffentliche Meinung zu produzieren.⁹⁰ So war die *KVZ* dem katholischen Bürgertum, das dem Zentrum nahe stand, zugewandt und der *Vorwärts* bediente das mit der Sozialdemokratie sympathisierende Proletariat.

3.1. Kolonien und bürgerliche Öffentlichkeit

Der oben erwähnte Grundkonsens der bürgerlichen Öffentlichkeit – die Schöpfung und Pflege einer nationalen Identität – verdient eine etwas genauere Betrachtung, denn hierin liegt der Ansatzpunkt zum Verständnis der engen Verknüpfung zwischen Nationalismus und Kolonialismus.⁹¹ Das kulturelle Konstrukt Nationalidentität stand vor allem in Abhängigkeit zum ‚Anderen‘, ‚Fremden‘ und beinhaltete zwei wesentliche Aspekte: den Kulturgedanken und den Prestigegedanken. Eine deutsche ‚Kultur‘ als homogene Konstruktion ‚Deutschtum‘ war zu

⁸⁸ Vgl. auch Bücher 1906:508.

⁸⁹ Vgl. Lottes 1979:112.

⁹⁰ Vgl. Rieger 1957:79.

⁹¹ Vgl. hierzu Kundrus 2003a:27-42.

Beginn des 20. Jahrhunderts erst im Entstehen begriffen, da das Deutsche Reich gerade einmal 30 Jahre bestand. Die Entwicklung eines solchen ‚Deutschtums‘ fand sowohl in Abgrenzung zu anderen europäischen Nationen und deren kulturellen Identitäten als auch zu jüdischen Menschen statt. Im Zuge der Popularisierung pseudo-wissenschaftlicher sozialdarwinistischer Lehren brachte die Identifizierung mit der europäischen ‚Zivilisation‘ und die Klassifizierung des Fremden als ‚unzivilisiert‘ ein Selbstbild im Rahmen rassistischer (und rassistischer) Denkmuster mit sich. Die zweite Komponente, die des Prestigegedanken, basierte auf dem Bedürfnis, den eigenen Stellenwert im Vergleich zu anderen Großmächten zu bestimmen. Zum Selbstverständnis einer Großmacht⁹² gehörte der Besitz von Kolonien bzw. die Teilnahme an der europäischen „Kulturmission“ (Hohenlohe-Schillingsfürst, zit. nach Kundrus 2003a:29). Ein erfolgreiches Kolonialprojekt wurde damit für eine deutsche Nationalidentität unabdingbar. Die reale Besetzung der Kolonien durch deutsche SiedlerInnen erzwang wiederum einen Rückbezug auf die deutsche Gesellschaft, denn um ‚Deutschtum‘ in den Kolonien repräsentieren zu können, musste ‚Deutschtum‘ definiert sein.

In den außerparlamentarischen Organisationen, die die Vertretung der kolonialen Idee in der bürgerlichen Öffentlichkeit übernommen hatten, nahmen Kulturgedanke und Prestigegeanke je nach Interessenslage unterschiedlich großen Raum ein, blieben aber stets in logischer Verknüpfung. Dem Deutschen Flottenverein beispielsweise, dem vor allem die aufstrebende Mittelschicht⁹³ angehörte, ging es hauptsächlich um die Weltgeltung, die durch die technische und handwerkliche Leistung des Flottenbaus und die Flotte selbst errungen werden könnte, während die Beschäftigung mit dem Inhalt des Begriffs ‚Deutschtum‘ eher im Hintergrund stand. Der Alldeutsche Verband⁹⁴, 1891 als empörte Reaktion auf den Helgoland-Zanzibar-Vertrag unter Mitwirkung von Carl Peters gegründet, legte auf beide Aspekte Wert: Ein gemeinsames ‚Deutschtum‘ sowie die dadurch geförderte Integration der deutschen Bevölkerung boten zusammen mit einer starken Flotte und überseeischem Besitz die Garantie für das gewünschte Maß an Prestige. Als Integrationsmodell diente diesem Verband nicht nur die Abgrenzung zu anderen europäischen Nationen, sondern auch ein aggressiver Antisemitismus gepaart mit popularisiertem Sozialdarwinismus und Nietzsches Ideen von ‚Übermenschen‘ und ‚Herrenvolk‘ – die Grundzüge nationalsozialistischen Gedankenguts sind darin unverkennbar. Der Kolonialbesitz war, abgesehen von seinem Wert als Statussymbol, bedeutsam, weil er im Lichte einer Erweiterung des Raumes für die deutsche Bevölkerung gesehen wurde.⁹⁵ Mitglieder des reaktionären

⁹² Vgl. Bley 2003:58.

⁹³ Vgl. Kundrus 2003a:25 (Fußnote 63).

⁹⁴ Vgl. Baumgart 1986:166-168.

⁹⁵ Vgl. u. a. Baumgart 1986:167 und Kundrus 2003a:36f.

Alldeutschen Verbands kamen vor allem aus der bürgerlichen Oberschicht und hatten hervorragende Verbindungen zu Parlament und Regierung.⁹⁶

Der im kolonialen Zusammenhang wichtigste Interessenverband war die schon erwähnte Deutsche Kolonialgesellschaft (DKG), die 1887 aus der Verschmelzung des Deutschen Kolonialvereins mit der Gesellschaft für Deutsche Kolonisation hervorging.⁹⁷ Auch hier sammelte sich vor allem Bildungsbürgertum aus mittleren und oberen Schichten⁹⁸, von denen einzelne Vertreter mittels Personalunion⁹⁹ Einfluss auf die Politik nahmen. Für die DKG waren gleichfalls sowohl Kultur- als auch Prestigegegedanke von größter Bedeutung: ‚Deutschtum‘ musste klar definiert und vertreten werden, um eine ‚deutsche‘ Kolonisation und die Unterrichtung zukünftiger Kolonisatoren möglich zu machen, während der Bevölkerung im Deutschen Reich die Kolonien als nationaler Besitz und ökonomische Zukunftschance nahe gebracht werden sollten. Dies geschah mit dem gedanklichen Überbau der ehemaligen Gesellschaft für Deutsche Kolonisation, der dem des Alldeutschen Verbands ähnelte: ein ideologischer Giftcocktail aus Nationalismus, Antisozialismus, Sozialdarwinismus und antisemitisch ausgerichteten Rassismus.¹⁰⁰ Ein besonders wichtiger Beitrag zur ‚deutschen‘ Kolonisation war die Entsendung von ledigen deutschen Frauen mit Heiratsabsichten nach ‚Deutsch-Südwestafrika‘, die die DKG seit 1898 und später der Frauenbund der DKG organisierte: Das Projekt diente der Erhaltung der ‚Rassenreinheit‘ der weißen Siedlergemeinschaft.¹⁰¹ Im Rekurs auf die deutsche Gesellschaft ermöglichte der Frauenbund feministische Emanzipation auf verschiedenen Ebenen: Frauen organisierten die Entsendung ausreisewilliger Frauen in die Kolonien, Frauen traten für die Rechte der Frauen in der Kolonie ein, Frauen wurden in Kolonialfrauenschulen außer zu ‚deutschen‘ Kulturträgerinnen, (Ehe-) Frauen und Dienstmädchen auch zu selbständigen, eigenverantwortlichen Kolonistinnen ausgebildet.¹⁰² Die Mittel der DKG zur Propagierung des Kolonialismus waren breit

⁹⁶ Baumgart ging von einer Zahl von 30 Reichstagsabgeordneten aus, die Mitglieder des Alldeutschen Verbands waren und vor allem in den Reihen der Nationalliberalen saßen. Vgl. Baumgart 1986:168.

⁹⁷ Der Deutsche Kolonialverein hatte bis dahin die Rolle als Propagandainstrument für das Kolonialprojekt übernommen, während die Gesellschaft für Deutsche Kolonisation für die praktische Seite der kolonialen Unternehmungen zuständig gewesen war. Vgl. Gründer 2000:41f.

⁹⁸ Vgl. Kundrus 2003a:25 (Fußnote 63).

⁹⁹ Sowohl in der nationalliberalen Fraktion wie auch im rechten Zentrumsflügel waren Mitglieder der DKG zu finden. Vgl. Gründer 2000:65, 69.

¹⁰⁰ Vgl. Gründer 2000:42. Die Verquickung der verschiedenen Ideologien wurde beispielsweise daran deutlich, dass die in ‚Deutsch-Ostafrika‘ lebende indische Bevölkerung als „Juden Ostafrikas“ (Gründer 2000:164) gebrandmarkt wurde. Vgl. auch Schulte-Althoff 1981:150 und Smith 1978:171. Sekundärliteratur aus den 1930er Jahren bediente sich in der Bewertung von Fakten ebenso des Antisemitismus, vgl. u. a. Spellmeyer 1931:93f (Fußnote 48).

¹⁰¹ Grund dafür bot die stetig anwachsende Zahl afrikanischer Kinder von deutschen Vätern. Fragen nach dem rechtlichen Status der Kinder und der Anerkennung von ‚Mischehen‘ standen ebenfalls in diesem Zusammenhang. Zu diesem Themenkomplex vgl. El-Tayeb 2001:60-141.

¹⁰² Die erste Frauenschule wurde 1908 in Witzenhausen an die Kolonialschule für Männer angegliedert. Zwei Jahre später entstand eine neue Schule in Bad Weilbach. Im Zuge des Kolonialrevisionismus wurde 1926 in Rendsburg erneut eine Kolonialfrauenschule eröffnet. Zum Entsendeprogramm der DKG für Frauen vgl. Smidt 1995:41-82.

gefächert: Kolonialkongresse¹⁰³, Lichtbildschauen, Vorträge, Kolonialabende¹⁰⁴ und Ausstellungen¹⁰⁵ sorgten dafür, dass die bürgerliche Bevölkerung mit Kolonien, Kolonialwaren, mit KolonistInnen und zuweilen auch mit Kolonisierten¹⁰⁶ in Kontakt kommen konnten. Auf publizistischem Feld betätigte sich die DKG hauptsächlich durch ihre *Deutsche Kolonialzeitung*, während der Frauenbund die Wochenzeitschrift *Kolonie und Heimat* herausgab. Weitere Publikationen schlossen kleinere Broschüren, Kolonialwandkarten und Kolonialatlanten ein, welche besonders im Schulunterricht Verwendung fanden.¹⁰⁷ Auch koloniale Belletristik, die nicht nur zur Erbauung, sondern auch zur Belehrung gedacht war, wurde von der DKG unterstützt.¹⁰⁸ Den guten Kontakt mit der Politik pflegte sie durch die Ausrichtung von Studienreisen für Reichstagsabgeordnete, den Draht zur Wirtschaft durch die Finanzierung von Expeditionen.¹⁰⁹

Im Bereich der Quasi-Massenmedien gäbe es noch eine ganze Reihe anderer Organisationen und Versammlungen aufzuzählen, die an der Verbreitung des Kolonialismus in der bürgerlichen Öffentlichkeit beteiligt waren. Hier soll ein letztes Beispiel genügen: das Kolonialpolitische Aktionskomité, das im Januar 1907 kurzzeitig sehr aktiv war. Initiatoren der öffentlichen Gründungsveranstaltung in Berlin¹¹⁰ waren Vertreter von Wissenschaft, Kunst und Literatur sämtlicher Couleur – außer Zentrum und Sozialdemokratie –, deren Ziel es war,

„die Wähler über die Bedeutung einer entschlossenen Kolonialpolitik für die Zukunft der deutschen Nation aufzuklären und eine weitere Agitation hierzu in die Wege zu leiten.“ (BLA, 25, 3: 05.01.1907)

Abgesehen von Versammlungen, über die in der Presse berichtet werden konnte, bediente sich das Komitee verschiedener publizistischer Mittel zur „Aufklärung unseres Volkes“ (Kolonialpolitisches Aktionskomité 1907:3), die vor allem darauf abzielten, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, denn darin sah der Vorsitzende Schmoller die Ursache für die bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Reichstag.¹¹¹ Die Argumentation des Komitees war vor allem an den Prestige-

¹⁰³ Zum Kolonialkongress der DKG 1905 vgl. KVZ 46, 826/ 827/ 828: 06.10.1905 und die folgenden Tage.

¹⁰⁴ Vgl. KVZ 47, 899: 20.10.1906.

¹⁰⁵ Zur Eröffnung der Armee-, Marine- und Kolonialausstellung 1907 vgl. BLA 25, 242 (Bbl.1): 15.05.1907.

¹⁰⁶ Dieser Kontakt beinhaltete von Seiten der BesucherInnen eine entsprechende räumliche und emotionale Distanz zum betrachteten Objekt, die durch Wissenschaftlichkeit und Authentizität aufrechterhalten wurde. Vgl. Grosse 2003:96. Siehe auch Völkerschauen in Kapitel 3.2.

¹⁰⁷ Mit diesem Lehrmaterial unterstützte die DKG die staatlichen Bemühungen zur Kolonialerziehung in den Schulen, die seit Herbst 1906 von Kolonialdirektor Dernburg forciert wurden. Diese Erziehung diente vor allem der „moralischen Wehrkraftertüchtigung“ und der „Frontbildung gegen die Sozialdemokratie“ (Benninghoff-Lühl 1983:36). Zur staatlichen Kolonialerziehung vgl. Benninghoff-Lühl 1983:35-41. Sozialistische Kritik an staatlicher Kolonialerziehung: vgl. VOR 23, 142: 22.06.1906; VOR 23, 212: 12.09.1906.

¹⁰⁸ Kolonialromane fanden z. B. in *Kolonie und Heimat* ihren Erstabdruck. Vgl. Benninghoff-Lühl 1983:55.

¹⁰⁹ Vgl. Kundrus 2003a:32.

¹¹⁰ Vgl. Kolonialpolitisches Aktionskomité 1907.

¹¹¹ Vgl. Kolonialpolitisches Aktionskomité 1907:3.

gedanken gebunden, der diesen Wahlkampf wie kein anderer bestimmte, wodurch der kolonial-imperiale Nationalismus erheblichen Auftrieb in der politischen Öffentlichkeit erhielt.¹¹²

Die öffentlichen Veranstaltungen und die Agitation der Interessensverbände standen als ein Teil der bürgerlichen Öffentlichkeit in Konkurrenz mit dem seinerzeit einzigen Massenmedium, mit der Presse.¹¹³ Anfang des 20. Jahrhunderts stand das Zeitungswesen in voller Blüte, denn erst durch technischen Fortschritt und Industrialisierung war die Etablierung der Zeitung als *das* Informations- und Meinungsmedium möglich geworden.¹¹⁴ In der Pressehauptstadt Berlin hatte die bürgerliche Gesellschaft eine immens große Auswahl an publizistischen Erzeugnissen zur Verfügung: Unterhaltungsblätter, Generalanzeiger, parteinahe Zeitungen, offiziöse Organe und politische Parteipresse. Ein bedeutendes Berliner Organ war beispielsweise der 1883 gegründete *Berliner Lokal-Anzeiger*, der als deutscher Prototyp des Generalanzeigers galt.¹¹⁵ Die weite Verbreitung hatte er seiner Aktualität und seinem großen Inseratenteil zu verdanken. Die prokoloniale Stellung des *Berliner Lokal-Anzeigers* erklärte sich einerseits aus der liberalen Haltung des Verlegers August Scherl, andererseits war sie auf die finanzielle Abhängigkeit von der Disconto-Gesellschaft und deren Direktor A. von Hansemann zurückzuführen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte das Blatt trotz parteilicher Unabhängigkeit allmählich einen regierungsfreundlichen Anstrich bekommen.¹¹⁶

Wollte man sich der bürgerlichen politischen Presse¹¹⁷ mit Blick auf die große Reichstagsfraktion des Zentrums zuwenden, so musste man nach Köln schauen, denn dort war der Sitz der wichtigsten zentrumsnahen Zeitung.¹¹⁸ Die *Kölnische Volkszeitung*¹¹⁹ befand sich im Besitz der alteingesessenen Kölner Buchhändlerfamilie Bachem und war unter dem Titel *Kölnische Blätter*¹²⁰ 1860 als katholische politische Tageszeitung gegründet worden. Unter ihrer publizistischen Mithilfe entstand 1870 die Zentrumsfraktion, die fortan auf die Unterstützung durch die *KVZ* vertrauen konnte – das Recht zur Kritik behielt sich die Zeitung allerdings vor:

¹¹² Vgl. Kundrus 2003a:39f.

¹¹³ Vgl. Stöber 1998:263.

¹¹⁴ Vor allem die Erfindung von Telegraphie und Rotationspresse im 19. Jahrhundert war für die Entwicklung der Massenpresse von Bedeutung. Die schnellere Nachrichtenübermittlung ermöglichte bis dahin ungekannte Aktualität, während die erhöhte Geschwindigkeit der Zeitungsproduktion zu mehr Flexibilität im Arbeitsprozess führte.

¹¹⁵ Vgl. Rieger 1957:128.

¹¹⁶ Vgl. Oschilewski 1975:98-100 und Koszyk 1966:291.

¹¹⁷ Trotz der immanenten Gefahr der Manipulation durch führende Parteimitglieder räumte Bauer der Parteipresse in der bürgerlichen Öffentlichkeit einen wichtigen Platz zur Meinungsbildung ein. Für ihn hatte gerade das Parteiblatt die Position einer Vermittlungsinstanz zwischen Staat und Gesellschaft. Vgl. Bauer 1930:359f.

¹¹⁸ Das Berliner Organ des Zentrums, die *Germania*, wurde von Rieger der *KVZ* nachgeordnet und nur peripher behandelt. Vgl. Rieger 1957:117.

¹¹⁹ Die *KVZ* galt in der wilhelminischen Epoche als die „große führende Zeitung Westdeutschlands“ (Rieger 1957:116). Zur Geschichte der *KVZ* vgl. die Jubiläumsschrift Cardauns 1910.

¹²⁰ Die Umbenennung in *Kölnische Volkszeitung* erfolgte 1869. Vgl. Cardauns 1910:19.

„Denn stützen kann nur, wer unter Umständen auch widerstrebt, und eine Presse, die ihre Aufgabe und Zuständigkeit bloß darin sehen wollte, Sprachrohr, ausführendes Organ und Agitationsmittel einer Fraktion zu sein, würde rasch die Fähigkeit verlieren, ihr als wirklicher Rückhalt in der öffentlichen Meinung zu dienen.“ (Cardauns 1910:76).

Nr. 837 — 46. Jahrgang.
Dienstag, den 9. Oktober 1905.
Preis-Nummern
in Tag und Nacht
für den Abonnenten
in Deutschland
Monatlich 10. M., 3. Vierteljahr 28. M., 6. Monate 52. M., 1. Jahr 100. M.
Verlagsgesellschaft: Dr. G. Schöner in Köln.

Kölnische Volkszeitung

und Handels-Blatt.
Allgemeiner Kurier für Rheinland-Westfalen (Schliefers Familien-Zeitung).
Zweite Abend-Ausgabe.

Montag, 9. Oktober 1905.
Preis: 10 Pfennig, 20 Pfennig, 40 Pfennig, 80 Pfennig, 1.00 Mark.
Abonnement: 10 Mark, 3. Vierteljahr 28 Mark, 6. Monate 52 Mark, 1. Jahr 100 Mark.
Verlagsgesellschaft: Dr. G. Schöner in Köln.

Der zweite deutsche Kolonialkongress.

Die letzten drei Tage des Kongresses haben einen Verlauf genommen, der für die deutsche Kolonialpolitik von großer Wichtigkeit ist. Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik haben sich in der letzten Sitzung des Kongresses in der Hauptsache auf die Kolonialpolitik im allgemeinen und auf die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen bezogen. Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik im allgemeinen haben sich auf die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen bezogen. Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen haben sich auf die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen bezogen.

Die Kolonialpolitik im allgemeinen.

Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik im allgemeinen haben sich auf die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen bezogen. Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen haben sich auf die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen bezogen.



Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik im allgemeinen.

Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik im allgemeinen haben sich auf die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen bezogen. Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen haben sich auf die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen bezogen.

Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen.

Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen haben sich auf die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen bezogen. Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen haben sich auf die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen bezogen.

Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen.

Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen haben sich auf die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen bezogen. Die Verhandlungen über die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen haben sich auf die Kolonialpolitik in Ostafrika im besonderen bezogen.

Die Ausgabe vom 9. Oktober 1905 mit einer Karte zu Maji Maji im Bezirk Dar es Salaam.

Seit 1903 erschien das Blatt im Umfang von vier Seiten dreimal täglich und stand damit für die größtmögliche Aktualität, besonders im Hinblick auf die Vorgänge im Parlament, zu deren Berichterstattung erst einer, dann zwei eigene Korrespondenten in Berlin unterhalten wurden, während für die Tuchfühlung mit der Partei Zentrumsabgeordnete aus der Familie Bachem sorgten. Ihren Einfluss auf die bürgerliche Öffentlichkeit schätzte die KVZ zwar hoch ein, verlor sich aber nicht in der Annahme, dass das, was in der Zeitung steht, auch tatsächlich die Meinung der Öffentlichkeit reflektiere:

„Die öffentliche Meinung ist tatsächlich eine Macht, mit der gerechnet werden muß. Und wenn diese Macht vernünftig und pflichtgemäß angewendet wird, dann kann sie ungemein wohlthätig wirken. Unbeachtet lassen darf man sie aber keinesfalls. Das ist selbst dann ein grober Fehler, wenn in dem einzelnen Falle das, was sonst öffentliche Meinung genannt wird, lediglich Mache von Zeitungsschreibern ist. Wer in diesen Fehler verfällt, der tut es auf eigene Gefahr.“ (KVZ 47, 422: 17.05.1906)

Aus ihrer Entstehungsgeschichte möchte man meinen, die vordringlichste Identifizierung der *KVZ* hätte auf der Ebene der Religion stattgefunden. Es kann jedoch angenommen werden, dass die Nationalidentität einen höheren Stellenwert einnahm als die konfessionelle Identität, denn das kam dem Integrationsziel des Zentrums wesentlich näher.¹²¹ In der Kolonialpolitik befand sich die katholische Zeitung im Großen und Ganzen auf Zentrumslinie, sie achtete auf den Vorrang der christlichen Mission und mahnte immer wieder einen vernünftigen finanziellen Rahmen an:

„Das Zentrum wird sich [...] keineswegs von derjenigen Richtlinie abbringen lassen, die es bisher den Kolonialfragen gegenüber eingenommen hat: nicht grundsätzliche Ablehnung, sondern Mitarbeit, aber nicht blindes Mitlaufen ohne eigene Prüfung und Kontrolle – Mitarbeit nur bei einer Kolonialpolitik, die den Hauptwert legt auf die Verbreitung christlicher Kultur, die darum auch keine besondere Kolonialmoral kennt, und die sich im Einklang hält mit den allgemeinen Interessen und der finanziellen Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches.“ (KVZ 47, 1041: 05.12.1906)

Die Differenzierung der politischen Flügel der Zentrumsparterie bekam auch die *KVZ* zu spüren und gerade anhand der Kolonialpolitik musste sie sich positionieren. Zunächst gab sie dem Zentrumsdemokraten Erzberger im Herbst 1905 Raum für seine Enthüllungen der Kolonialskandale und zeitweise Schutz durch Anonymität¹²². Sie musste allerdings im März 1906 aufgrund von Parteiinterna und entsprechendem Druck aus der Familie Bachem¹²³ die Rückendeckung Erzbergers aufgeben. Hier zeigte sich die Entwicklung der Presse zum „Einfallstor privilegierter Privatinteressen in die Öffentlichkeit“ (Habermas 1993:280), die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte. Im seitens der Regierung nationalistisch geführten Wahlkampf 1906/7 propagierte die *KVZ* vornehmlich die kolonialpolitischen Argumentationen des konservativen Parteiflügels und konnte sich damit einen Teil des Wahlerfolgs zuschreiben. In den nächsten beiden Jahren verfolgte die *KVZ* diese Linie kontinuierlich und trug nicht unwesentlich zum rechten Überholkurs des Zentrums und zum Auseinanderfallen des Bülow-Blocks 1909 bei.

¹²¹ Vgl. Cardauns 1910:69. Die *KVZ* vertrat die sogenannte Kölner Richtung im Zentrum, deren Zukunftsvorstellung eine überkonfessionelle Politik war. Vgl. Baumgart 1986:162. In einem Bericht zum Kolonialkongress der DKG 1905 wurde beispielsweise die gute überkonfessionelle Zusammenarbeit im Missionsbereich besonders betont. Vgl. KVZ 46, 837: 09.10.1905.

¹²² Die Veröffentlichung Erzbergers, dass er für die angriffslustigen Artikel in der *KVZ* verantwortlich zeichne, erschien in KVZ 46, 830: 07.10.1905.

¹²³ In einer Reichstagsdebatte hatte der reputierte rechte Zentrumsführer Spahn dem jungen Abgeordneten Erzberger eine Rüge erteilt, die dieser mit der unverfrorenen Feststellung quittierte, Spahn habe auch ein Recht auf seine eigene Meinung. Carl Bachem hatte aus Empörung darüber die Budgetkommission, in der auch Erzberger saß, verlassen. Zum Fall Erzberger gegen Spahn und den politischen Folgen vgl. KVZ 47, 224: 17.03.1906; Loth 1987:77f und vor allem Epstein 1959:652f.

3.2. Kolonien und proletarische Öffentlichkeit

Dem bürgerlichen Grundkonsens der Nationalidentität stand die proletarische, auf dem sozioökonomischen Status basierende Identität als Konsens der proletarischen Öffentlichkeit gegenüber. Die internationale Solidarität des Proletariats war das Fundament, auf dem es der Sozialdemokratie gelang, eine *Gegenwelt* zur bürgerlichen Gesellschaft aufzubauen.¹²⁴ Die enge Verknüpfung zwischen Kolonialismus und Nationalismus, wie sie in bürgerlichen Kreisen gegeben war, konnte in der proletarischen Gesellschaft so nicht Fuß fassen, denn der Klassenlogik folgend konnten die Kolonisierten als Unterdrückte, als ArbeiterInnen und damit als gleichwertige PartnerInnen im Kampf gegen den Kapitalismus wahrgenommen werden.¹²⁵ Man möchte annehmen, dass deshalb eine antikoloniale Haltung vorherrschen müsste und koloniales Gedankengut kaum in die Diskurse der proletarischen Öffentlichkeit einfließen konnte. In der Diskussion um Kolonialpolitik jedoch war auf Seiten des revisionistischen Flügels der Sozialdemokratie eine Position¹²⁶ herausgearbeitet worden, die internationale Solidarität als Solidarität der ‚weißen Rasse‘ innerhalb einer ‚rassischen‘ Hierarchie verstand, während der linke Parteiflügel Kolonialpolitik per se ablehnte. Die ambivalente Haltung der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik reflektierte und produzierte diejenige der proletarischen Öffentlichkeit. Dennoch: Als kolonialinteressiert konnte die proletarische Öffentlichkeit nicht bezeichnet werden, wenn auch die dem Kolonialismus zugrunde liegenden Ideologien Wirkung zeigten.¹²⁷

Kolonialbegeisterten Kreisen der bürgerlichen Öffentlichkeit war bald klar geworden, dass die erhoffte nationale Integration der proletarischen Schicht über das Kolonialprojekt nicht zu erreichen war. Zur proletarischen Öffentlichkeit hatten sie keinen direkten Zugang und so nutzten sie den Bereich der Öffentlichkeit, in dem sich beide Wirklichkeiten zwangsläufig überschneiden, um sich einen gewissen Rückhalt für (kolonial-)politische Entscheidungen¹²⁸ zu sichern: die Projektionsflächen¹²⁹ des urbanen Raums.

Als ein Beispiel kann die Inszenierung von Völkerschauen¹³⁰ dienen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem das nicht-bürgerliche Publikum ansprechen sollten. In der Zurschaustellung

¹²⁴ Vgl. Kapitel 2.2. bzw. Nipperdey 1992:561-563 und Schröder 1968:141.

¹²⁵ Vgl. Schröder 1968:141f.

¹²⁶ Vgl. Kapitel 2.3.

¹²⁷ Vgl. Kundrus 2003a:25.

¹²⁸ Die unerwarteten Ausgaben des Reichstags für die Kolonialkriege führten beispielsweise zu Steuererhöhungen, die vor allem die Arbeiterschaft trafen. Dieser Zusammenhang bot für die Sozialdemokratie immer wieder einen Angriffspunkt. Vgl. u. a. VOR 22, 279: 29.11.1905; VOR 24, 12: 15.01.1907; El-Tayeb 2001:61.

¹²⁹ Unter Projektionsflächen werden hier sowohl Räume, in denen sich öffentliches Leben abspielt, als auch tatsächliche Flächen, die im urbanen Raum sichtbar sind, verstanden.

¹³⁰ Der bekannteste, erfolgreichste Organisator von Völkerschauen war Carl Hagenbeck, der in seinem Tierpark in Stellingen bei Hamburg ganze Dörfer aufbauen ließ, die nach szenisch-gegliederten Vorführungen der Ausgestellten für das Publikum frei zugänglich waren. Zu den Hagenbeckschen Völkerschauen vgl. Thode-Arora 1989.

von Menschen, deren Abwertung als ‚Andere‘ mit der Aufwertung der Schauenden einherging, sahen die Veranstalter dieses „volkstümlichen Kolonialismus“ (Grosse 2003:96) die Möglichkeit, die Bevölkerung der unteren Schichten anzusprechen. Das Bedürfnis der Öffentlichkeit – sowohl der bürgerlichen als auch der proletarischen – nach Sensation, nach dem ‚Fremden‘ sollte dazu benutzt werden, das inzwischen gängige Image des Kolonialismus als unwirtschaftliches, kostenintensives Projekt aufzubrechen. Menschen aus möglichst fernen Regionen wurden als „produktive und domestizierte Untertanen des Deutschen Reichs“ (Grosse 2003:97) vorgeführt, während gleichzeitig der deutsche ‚Fortschritt‘ durch die bewusste Gegenüberstellung von „hochmodernen Technologien und archaischen Handwerksformen“ (Benninghoff-Lühl 1983:21) demonstriert wurde. Damit konnte die Beziehung zwischen KolonisorInnen und Kolonisierten als produktives, wirtschaftliches Verhältnis verstanden werden. Außerdem hatten sowohl das Bürgertum als auch das Proletariat die Möglichkeit, sich mit ‚fortschrittlichen‘, ‚nationalen‘ Leistungen zu identifizieren.

Eine weitere Projektionsfläche für koloniales Gedankengut bot die Reklame¹³¹, die im Rahmen der Industrialisierung und der damit verbundenen Entstehung von Massenkultur das Visuelle als Handlungsspielraum für sich entdeckte. Als entscheidenden Punkt der werbenden Visualität beschrieb David M. Ciarlo das Spannungsverhältnis zwischen dem reizvollen ‚Fremden‘, das die Aufmerksamkeit auf das Produkt lenken sollte, und der behaglichen Vertrautheit, die bei den KonsumentInnen geweckt werden sollte. Diese Ambivalenz trug gewisse Parallelen zu den Grundlagen des Kolonialismus in sich: die Exotisierung von Menschen und Ländern, allerdings nur in einem überschaubaren, vereinheitlichten (und so schnell vertrauten) Rahmen. Zur Werbung benutzte man Plakate und Häuserwände im Straßenbild, Blechschilder an und in Kolonialwarenläden, vor allem aber die Verpackungen der Produkte¹³² selbst, denn diese bedeuteten einen zusätzlichen Reklameeffekt, da sie mit nach Hause genommen wurden. Um die Jahrhundertwende und im folgenden Jahrzehnt entwickelten Werbefachleute sukzessive stereotypisierte Darstellungen von Menschen vermeintlich exotischer Herkunft. Was dies für die Bevölkerung des afrikanischen Kontinents bedeutete, formulierte Ciarlo treffend: „Das Bild ‚des Afrikaners‘ wurde auch in der deutschen Massenkultur kolonisiert.“ (Ciarlo 2003:140) Nicht zuletzt die Kolonialkriege 1904-1907 und die Wahlen von 1907 trugen ihren Teil zur rassifizierten Bildersymbolik bei, obwohl der Einfluss wissenschaftlicher Studien zur Wirkung sich

¹³¹ Vgl. hierzu den brillianten Beitrag von Ciarlo in Kundrus' *Phantasiereichen*, Ciarlo 2003.

¹³² Im kolonialen Kontext stachen Produkte wie Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Zucker, Südfrüchte etc. besonders hervor. Diese Produkte verbanden die Einverleibung des ‚Fremden‘ in der Reklame mit der tatsächlichen Einverleibung von Nahrungsmitteln. Noch deutlicher trat die doppelte Einverleibung bei der Reklame für diverse Schokoladenfiguren zu Tage – z. B. „Aus feinstem Kamerun-Kakao: Neger, Kaffern, [...], Kaffernkraale, [...] u. dergl.“ (Deutsche Kolonialzeitung 14.03.1901, zit. nach Haffmans 1991:183) –, heute ist sie im ‚großen Mohrenstück‘ von Sarotti in den Supermärkten zu finden.

wiederholender Stereotypen nicht unterschätzt werden darf. Der Vorteil derartiger Bilder in der Vermittlung des Kolonialismus war, dass keinerlei Erläuterungen oder Rechtfertigungen notwendig waren, da der koloniale Gedanke sich durch die Visualisierung selbst erklärte. Im übrigen erwies sich die überdeutliche Definition eines ‚kolonialen Anderen‘ und die darin implizierte Abgrenzung als ein weiterer Schritt auf dem Weg zur nationalen Identität und zum ‚ehrenhaften‘ Selbstverständnis einer Großmacht.

Doch zurück zur proletarischen Öffentlichkeit selbst: Hier war das Erbe Ferdinand Lassalles bestimmend für Herstellung und Verbreitung der öffentlichen Meinung – nämlich die Überzeugung, dass für die Durchsetzung politischer Forderungen die Bildung der Massen unumgänglich und dafür eine funktionierende Presse das ideale Mittel sei.¹³³ Die Zentralisierung der Presse, die Lassalle zur Erleichterung der Agitation für geboten hielt, wich zu Beginn des 20. Jahrhunderts einer dezentralen Struktur. Viele Einzelgruppen der Sozialdemokratie (z. B. Jugendgruppen, Frauenbewegung), die inzwischen ihr Eigenleben entwickelt hatten, befolgten die Lehre vom agitatorischen Primat der Presse und veröffentlichten periodische Schriften, die als politisches Instrument in die lokale Parteistruktur integriert waren. Wie weit die Integration ging, das verdeutlichte Walther G. Oschilewski:

„Daß Tageszeitungen und Wochenblätter buchstäblich mit Arbeiter Groschen gegründet und aufgebaut wurden, ist eine der bemerkenswertesten Erscheinungen in der Geschichte des sozialdemokratischen Pressewesens. An ihrer Wiege standen Opferbereitschaft und Gemeinschaftswille und auch später waren noch für lange Jahrzehnte die Treue zum eigenen Blatt und das Bewußtsein der Mitträgerschaft der politischen Gleichgesinnten ihr sicherstes Fundament.“ (Oschilewski 1975:121)

Auf nationalem Niveau war der *Vorwärts* (VOR) als Zentralorgan der Sozialdemokratie meinungsführend bzw. -bildend: Er vertrat linientreu die Politik der Parteimitte nach außen und gab dennoch den Parteiflügeln Raum, ihre Positionen zu erläutern. Der *Vorwärts* sollte der Partei als Agitationsmittel und der sozialdemokratischen Provinzpresse als Materialquelle dienen. Die Informationsbeschaffung wurde vor allem durch aktive GenossInnen und Reichstagsabgeordnete gewährleistet und erst ab 1908 existierte eine dem Parteivorstand untergeordnete Korrespondenz, durch die sich die Zeitung der Nutzung bürgerlicher Nachrichtendienste entziehen konnte. Das Interesse der proletarischen LeserInnen am *Vorwärts* schien der Parteiführung allerdings nicht ausreichend, die Klage darüber beantwortete Wilhelm Bauer mit dem Hinweis auf die Erfahrungen mit staatlicher Repression:

„So berechtigt diese Klage von seiten der Führer sein mag, so begreiflich ist die Abneigung gegen die reinen Parteizeitungen. Wer die Geschichte der Presse kennt, der

¹³³ Zur Presse der Sozialdemokratie vgl. u. a. Koszyk 1966:184-209, Rieger 1957:103-111 und speziell für Berlin: Oschilewski 1975:115-137.

weiß, wie sie im Kampfe gegen die Zensur groß geworden ist, wie sie ihre Leser zum Kampfe gegen die geistige Bevormundung erzogen hat. Wer wollte sich wundern, daß ihre getreuen Schüler nun Mißtrauen wider bedrucktes Papier hegen, das nicht ausgegeben wird, ehe nicht eine Zeile überprüft wurde und von der obersten Parteibehörde die notwendige Druckerlaubnis erhalten hat.“ (Bauer 1930:360)

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes wurde der *Vorwärts*¹³⁴ 1891 neu gegründet und erhielt durch die Integration des *Berliner Volksblatts* eine Doppelfunktion: Er war das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie und gleichzeitig die lokale Tageszeitung der Berliner Partei-anhängerInnen.



Die Ausgabe vom 13. Juni 1906 mit einer Kriegsstatistik zu Kolonialkriegen seit 1884.

Hatte für das Zentralorgan der Parteivorstand die Kontrolle, so lagen die Entscheidungen für den Lokalteil bei einer Pressekommission der Berliner GenossInnen. Das daraus erwachsende Dilemma zwischen freier Meinungsäußerung und politischen Vorgaben des Parteivorstands schwebte wie ein Damoklesschwert über der Zeitung und löste immer wieder heftigen Streit in der Redaktion aus.¹³⁵ Diese Situation hatte Wilhelm Liebknecht als Chefredakteur bis zu seinem

¹³⁴ Der erste *Vorwärts* war aus der Zusammenlegung des *Neuen Social-Demokraten* und des *Volksstaats* entstanden. Die Vereinigung der beiden Zeitungen (1876) folgte der Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (1875), die gemeinsame Nachfolgerin des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Vgl. Koszyk 1966:195-197.

¹³⁵ Zu einem ernsthaften Konflikt kam es 1905, als ein ideologischer Streit unter den Redakteuren öffentlich im *Vorwärts* ausgetragen wurde und schließlich zur Kündigung der Beteiligten führte. Vgl. Oschilewski 1975:130.

Tod 1900 hervorragend im Griff. Seine Nachfolge traten die Redakteure kollektiv an, obwohl es stets einzelne Persönlichkeiten wie Kurt Eisner oder Rudolf Hilferding gab, die als Leiter der Zeitung fungierten. Eine weitere Schwierigkeit der Zeitung war die Akquisition von Finanzen, da zunächst aufgrund sozialistischer Ideale Inserate von Privatunternehmen als Einnahmequelle ausfielen und der Abonnementpreis dementsprechend hoch ausfallen musste. Nach der Jahrhundertwende hatte sich Bebels Auffassung, dass Ideale der sozialistischen Gesellschaft in einer bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft nicht gelebt werden könnten, schließlich ganz durchgesetzt und so wurden auch Einnahmen aus Werbeanzeigen gemacht.¹³⁶ Besonders erwähnenswert ist schließlich die Gründung eines eigenen Verlags mit Buchdruckerei im Jahr 1902: Die finanzielle Basis war nicht etwa parteieigenes Kapital, sondern Gelder von ArbeiterInnen, von deren lokalen Organisationen und Darlehen von Gewerkschaften. Das proletarische Projekt *Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co.*, dessen Gewinne an die Partei der ArbeiterInnen gingen, entwickelte sich in Berlin bis 1914 zur „größten Arbeiterdruckerei der Welt“ (Oschilewski 1975:131).

Wie die politische Ausrichtung des *Vorwärts* erwarten ließ, bewegten sich auch die kolonialpolitischen Artikel im Mainstream der Sozialdemokratie. Als Argumente gegen den Kolonialismus wurden vor allem Ausbeutung der Kolonisierten¹³⁷, Unmenschlichkeit der KolonistInnen¹³⁸, Arroganz der christlichen Missionen, Unwirtschaftlichkeit der Kolonien, Steuerbelastungen der deutschen ArbeiterInnen und potentielle Konflikte mit anderen Großmächten angeführt¹³⁹. Nur selten fand sich eine Generalkritik am Kolonialismus als weitere geographische Ausdehnung des Kapitalismus¹⁴⁰, stattdessen wurde immer wieder auf die Auswüchse des kapitalistischen Kolonialismus hingewiesen.

Dabei ließen Sätze wie:

Beim Vereinigungsparteitag 1875 in Gotha war übrigens der Vorrang der Partei vor der Presse festgeschrieben worden – ein mögliches Argument bei der Entlassung der Redakteure. Vgl. Koszyk 1966:195.

¹³⁶ Vgl. Koszyk 1966:203.

¹³⁷ Vgl. den Leitartikel *Der Neger als Ausbeutungsobjekt* in VOR 23, 254: 31.10.1906.

¹³⁸ Eine kapitalistische Kolonialpolitik, die auf etwas anderem beruhe als auf der Kombination von Ausbeutung der Kolonisierten und Brutalität der KolonistInnen, wurde als undenkbar bezeichnet. Vgl. VOR 23, 146: 27.06.1906.

¹³⁹ In Artikeln über den Deutschen Kolonialkongress 1905 beispielsweise wurden Rentabilität, Steuerbelastung der deutschen Bevölkerung und weltpolitische Gefahren (im europäischen wie im religiösen Kontext) zu einer Argumentation verknüpft. Vgl. VOR 22, 234 (Bbl.1): 06.10.1905 und VOR 22, 235 (Bbl.1): 07.10.1905.

¹⁴⁰ Eines der seltenen Beispiele war in einer Kritik der ‚deutsch-ostafrikanischen‘ Zwangsarbeit zu finden: „So sieht die ‚Erziehung‘ der Eingeborenen zur Arbeit aus, zur ‚Kultur‘ aus! Nicht die Erziehung zur Arbeit zum eigenen Vorteil, die durch angemessene Zahlung für gelieferte Arbeitsprodukte erfolgreich angeregt werden könnte – wozu es nicht einmal eines kolonialen Protektorats bedurfte! – sondern zur Fronarbeit für die weißen Ausbeuter!“ (VOR 24, 229: 01.10.1907) Diese Stelle sprach sich für eine ‚Kulturmission‘ zum wirtschaftlichen Vorteil der AfrikanerInnen innerhalb eines Freihandelssystems aus und verurteilte die Ausdehnung des kapitalistischen Systems auf die Kolonien. Vgl. auch Schröder 1968:172.

„Kolonialpolitik ist Eroberungspolitik, so lange sie von den herrschenden Gewalten des bürgerlichen Klassenstaats betrieben wird.“ (VOR 23, 63: 16.03.1906)

den Umkehrschluss zu, es gäbe womöglich eine ‚bessere‘ Form der Kolonialpolitik.¹⁴¹ Dies formulierte der *Vorwärts* ohne Umschweife neun Monate später – drei Tage nach der Reichstagsauflösung im Dezember 1906 – und redete einer Kolonialpolitik im Sinne einer ‚Kulturmission‘ das Wort.¹⁴² Eine halbe Woche später nur rief die Zeitung, d. h. der Parteivorstand, dazu auf, die Kolonien aufzugeben, denn dies bedeute für das Deutsche Reich einen Gewinn in jeglicher Hinsicht: finanziell, militärisch, moralisch und handelspolitisch.¹⁴³ Das Schwanken zwischen der Möglichkeit einer anderen reformierten Kolonialpolitik und einer generellen Ablehnung des Kolonialismus machte auch im *Vorwärts* den Dualismus des *Erfurter Programms* – zwischen radikaler Verwerfung (des Kapitalismus) und Reformbestrebungen – ersichtlich.¹⁴⁴ Besonders im Wahlkampf 1906/7 war eine solche Bandbreite an Stellungnahmen wichtig, um die AnhängerInnen der verschiedenen Parteiflügel gleichermaßen zu mobilisieren. Die im folgenden Jahr entbrannte Debatte der europäischen Sozialdemokratie¹⁴⁵, ob – und wenn ja, in welcher Art – Kolonialismus zu befürworten sei, bot ein ähnliches Bild. Neben der Veröffentlichung vieler gegensätzlicher Positionen, die namentlich gekennzeichnet waren, stellte der *Vorwärts* den offiziellen Standpunkt klar:

„eine Resolution [die Kolonialresolution des Internationalen Sozialistischen Kongresses], die einen festen Wall gegen alles Paktieren mit dem Kapitalismus auf kolo-nialem Gebiet aufrichtet und der deutschen Sozialdemokratie in dem Kampf gegen die imperialistische Weltpolitik, der uns in Deutschland bevorsteht, gute Dienste lei-sten wird!“ (VOR 24, 196: 23.08.1907)

fand begeisterte Zustimmung, während der Gedanke einer sozialistischen Version der Kolonial-politik als „etwas ganz Neues, Unfaßbares, wissenschaftlich und logisch Unhaltbares“ (VOR 24, 201: 29.08.1907) verworfen und als Versuch, Kompromisse mit dem kapitalistischen Kolonial-system einzugehen, gewertet wurde.

Auf sprachlicher Ebene verurteilten die Redakteure das „bekannte Afrikanerdeutsch“ (VOR 22, 206: 03.09.1905) der Berichte in der bürgerlichen Presse, obschon sich auch der *Vorwärts* bei seiner Wortwahl nicht dem Bann des Sozialdarwinismus¹⁴⁶ entziehen konnte. Eine Passage, die

¹⁴¹ Vgl. Schröder 1968:170ff.

¹⁴² Der Begriff ‚Kulturmission‘ wird in dieser Arbeit nur als historischer Begriff verwendet. Vgl. VOR 23, 293: 16.12.1906.

¹⁴³ Vgl. VOR 23, 296: 20.12.1906.

¹⁴⁴ Dieser Dualismus wurde offen als politische Linie verkündet. Vgl. u. a. VOR 24, 298: 21.12.1907.

¹⁴⁵ Vor allem der Internationale Sozialistische Kongress 1907 in Stuttgart machte die europäische Dimension der Auseinandersetzung deutlich.

¹⁴⁶ So wurde beispielsweise ohne Umschweife von „fremden, tiefer stehenden Völkern“ und ihrem „viel tieferen Kulturzustand“ gesprochen, anschließend den Kolonisierten aber immerhin das Menschsein und das Recht, „menschlich behandelt [zu] werden“ (VOR 23, 293: 16.12.1906), zugestanden.

wie die folgende die Rassentheorie in Beziehung zum Kapitalismus anprangerte, war in der Feuilletonbeilage¹⁴⁷ unter Namensnennung des Autors möglich, nicht aber im Hauptteil der Zeitung:

„Der Neger ist wohl an Arbeit gewöhnt, aber nicht an die erschöpfende, regelmäßige, industrielle Arbeit. Die Arbeit ist ihm noch nicht zum Fluch geworden, und seine Bedürfnisse sind zu gering, um die Arbeitsansprüche des Weißen erfüllen zu müssen. Solange die Institution der Sklaverei bestand, war die Schwierigkeit des weißen Kapitalisten leicht behoben. Ganz anders aber ist es, wenn der Neger nur als freier Proletarier betrachtet wird. Da behilft sich der Weiße mit phantastischen Rassentheorien, mit Ansichten über Herren- und Sklavenrassen, um die Anwendung von Gewalt gegenüber dem Schwarzen zu rechtfertigen. In Wahrheit sind alle Theorien von absoluten Rassenunterschieden haltlos. Das Rassenvorurteil ist der Fetisch des profitlüsternen Kolonisators.“ (Beer 1907: VOR 24, 76 (Bbl.4): 31.03.1907)

Das Reizthema Kolonialpolitik war außerdem dafür dienlich, auf innerdeutsche Missstände¹⁴⁸ hinzuweisen und diesen dadurch zu politischem Gewicht in einem größeren Rahmen zu verhelfen. Diese Strategie wurde beispielsweise zur Anmahnung der inneren Kolonisation, d. h. der Nutzbarmachung von Brachland für die Landwirtschaft, angewendet:

„Bebel hat recht: Wenn die Hälfte der Kolonialkosten der letzten Jahre zur Kultivierung von Oedländereien [sic] in Deutschland benützt worden wäre, würde das Reich große Vorteile daraus ziehen und eine innere Kräftigung erzielen.“ (VOR 23, 70: 24.03.1906)

Hier konnte man einen nationalen Ton heraushören – freilich sollte er weniger ein kulturelles Konstrukt oder die Geltung im Gefüge der Welt anklingen lassen. Vielmehr ging es ganz pragmatisch um die Verbesserung der ökonomischen Lage der Bevölkerung anstelle der Verschwendung von Staatsfinanzen für eine nationalistisch begründete Kolonialpolitik.¹⁴⁹ Diese Art der Argumentation entsprach dem proletarischen Grundkonsens: Die proletarische Identität stand höher als die nationale, deren Ehre unter anderem in Kolonialkriegen verteidigt werden musste.

¹⁴⁷ In dieser Feuilletonbeilage wurden vom Englandkorrespondenten des *Vorwärts* M. Beer zwei Bücher besprochen. Die zitierte Passage betraf das Buch *White Capital and Coloured Labour* von Sydney Olivier (1906 herausgegeben von der Unabhängigen Arbeiterpartei in London). Vgl. Beer 1907.

¹⁴⁸ Sowohl der Kommentar zur Thronrede des Kaisers (bei der Eröffnung des Reichstags) im November 1905 als auch der zur Thronrede im Februar 1907 verglichen beispielsweise die Bedeutung, die der Kaiser Kolonien und Kolonialkriegen als Sache der nationalen Ehre gegeben hatte, mit derjenigen, die er dem sozialpolitischen Programm zumaß. Vgl. VOR 22, 279: 29.11.1905 und VOR 24, 43: 20.02.1907.

¹⁴⁹ Die „innere Kräftigung“ (VOR 23, 70: 24.03.1906) betraf wohl die Ernährungslage, folglich die Arbeitskapazität und die Entwicklungschancen der proletarischen Bevölkerung. Vgl. auch Schröder 1968:151ff.

4. Das Phänomen *Maji Maji*

Zwischen der Reichsgründung 1871 und dem Ersten Weltkrieg waren die Kriege, die das Deutsche Reich führte, ausschließlich Kolonialkriege. Der bekannteste unter ihnen, der Herero-Nama-Krieg, fand von 1904 bis 1907 in ‚Deutsch-Südwestafrika‘ statt. Drei letztlich nationalistische Argumente könnten erklären, weshalb sich in der deutschen Gesellschaft bis heute nur dieser Kolonialkrieg einen Platz im kollektiven deutschen Bewusstsein erkämpfen konnte: Erstens war ‚Deutsch-Südwestafrika‘ die einzige Siedlungskolonie und damit erklärtermaßen deutscher Lebensraum, zweitens gereichte es der Nation zur Ehre, dass eine verhältnismäßig ‚große‘ Anzahl Deutscher in diesem Krieg den ‚Heldentod‘ gefunden hatte¹⁵⁰, und drittens bedeutete der Genozid-Befehl¹⁵¹, den der deutsche General Lothar von Trotha ausgegeben hatte, einen Makel für die deutsche Ehrenhaftigkeit. Solche nationalen Attribute konnte der Maji-Maji-Krieg in ‚Deutsch-Ostafrika‘ nicht aufweisen. Weder war ‚Deutsch-Ostafrika‘ eine ausgewiesene Siedlerkolonie noch waren dort viele Deutsche zu Tode gekommen, noch hatte es einen schriftlichen Befehl zum Völkermord gegeben, wenn auch *Maji Maji* ähnlich genozidale Ausmaße annahm. Als *Maji Maji*¹⁵² im Jubiläumsjahr zum 20-jährigen Bestehen ‚Deutsch-Ostafrikas‘ (1905) ausbrach, war dies nicht der erste bewaffnete Widerstand, der den deutschen Kolonisatoren entgegengesetzt wurde. Zwischen dem ‚Araberaufstand‘ 1888/89 an der Küste Ostafrikas¹⁵³ und *Maji Maji* lagen zahlreiche militärische Expeditionen und Feldzüge wie auch der Hehe-Krieg (1891-1898). Dennoch wurde seit 1890 von der Kolonialadministration das Bild einer ruhigen Kolonie vermittelt.

4.1. ‚Deutsch-Ostafrika‘ 1905

Auch Gouverneur Gustav A. Graf von Götzen, der 1901 die Regierung in Dar es Salaam übernommen hatte, bemühte sich, das Image des befriedeten ‚Schutzgebietes‘ zu pflegen und die Herrschaft auf Gebiete fern der Küste auszudehnen. In den über 20 Bezirken, von denen 1905 etwa die Hälfte dem Militär unterstand, wurden unterschiedliche Verwaltungspraxen angewandt:

¹⁵⁰ Im nationalen Kontext und gemäß kolonialer (Kriegs-)Logik wurde die Zahl deutscher Toter lediglich ins Verhältnis zu deutschen Opfern in anderen Kolonialkriegen gesetzt und nicht im Vergleich zu den Verlusten auf afrikanischer Seite gesehen. Das lag womöglich daran, dass nur ‚Herrenmenschen‘ einen ‚Heldentod‘ sterben konnten.

¹⁵¹ Mit diesem Befehl drohte Trotha den Herero die gnadenlose Ausrottung an. Die abmildernde Änderung des Befehls auf Geheiß von Wilhelm II. verhinderte den Genozid nicht. Vgl. Gründer 2000:122.

¹⁵² *Maji* = swahili für *Wasser*. Für eine genauere Klärung des Begriffs *Maji* bzw. *Maji Maji* vgl. Kapitel 4.2.

¹⁵³ Der Kampf gegen den Widerstand der Küstenbevölkerung Ostafrikas war die Geburtsstunde der ‚Kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika‘, die damals von Reichskommissar Hermann von Wissmann zusammengestellt wurde. Die Mannschaften bestanden aus afrikanischen Söldnern, das Kommando lag in deutscher Offiziershand. Vgl. u. a. Gründer 2000:87, 155.

Die Bevölkerung der Küstenstädte war der Administration direkt unterstellt, der Küstenstreifen mit dem anschließenden Hinterland wurde in Akidate aufgeteilt, der Rest des Inlands wurde mit Hilfe von ‚traditionellen‘ Autoritäten regiert und im Nordwesten waren drei Residenturen¹⁵⁴ eingerichtet. Den Akidaten¹⁵⁵ lag eine Hierarchie zugrunde, bei der den zumeist ortsfremden Akiden¹⁵⁶ die Mittlerrolle zwischen den lokalen Respektpersonen und dem Bezirksamtman zu kam. Die Ungebundenheit der Akiden verhalf den Jumben¹⁵⁷ zu vermehrtem Rückhalt in ihrer Gesellschaft durch das gemeinsame Feindbild des Kollaborateurs. In Bezirken des Landesinneren hingegen war diese Vermittlungsebene nicht vorhanden und die unterworfenen – oft erst von deutschen Kolonisatoren ernannten – lokalen Autoritäten waren selbst in der Gefahr, als Verräter gebrandmarkt zu werden.¹⁵⁸ Beide Systeme hatten entscheidenden Einfluss auf die Veränderung bestehender sozialer Machtstrukturen.

Auch die Durchdringung der Kolonie seitens der Missionen¹⁵⁹ – in ‚Deutsch-Ostafrika‘ waren dies u. a. die Berliner Missionsgesellschaft (ev.) und die Benediktiner von St. Ottilien (kath.) – verfehlte nicht ihre zersetzende Wirkung auf die autochthonen Gesellschaften. Im Sinne der *persistent persuasion* übernahmen Missionare Aufgaben der kolonialen Verwaltung und traten außerdem durch die Einführung des christlichen Wertekodex¹⁶⁰ auf religiös-politischem Terrain in Konkurrenz zu lokalen Autoritäten. Die Leitidee fast aller Missionen bestand im Aufbau christlicher Gemeinden auf der Grundlage von Bildung und Erziehung – dahinter steckte eine Leistungs- und Disziplinethik, die die Missionsarbeit zur „Manifestation der nach Leistung orientierten westlichen Industriegesellschaft“ (Tetzlaff 1970:275) werden ließ. Unzweifelhaft haben die Missionen damit der Konsolidierung der Kolonialherrschaft gedient, sei es von *innen* durch die kulturell-religiöse Indoktrination oder von *außen* durch das Erfüllen administrativer Funktionen.

¹⁵⁴ Die deutschen ‚Residenten‘ in Urundi, Rwanda und Bukoba fungierten als Berater für die ‚Sultane‘, deren Herrschaftsstrukturen im wesentlichen unberührt blieben. Vgl. Tetzlaff 1970:40.

¹⁵⁵ *Akida* = swahili für *Beamter*. Akidate erleichterten die Verwaltung durch die Zusammenfassung mehrerer verschiedener Gesellschaften in einem sozialen Raum, der durch die Vielzahl der Gruppen völlig zergliedert war. Akidate gab es in den Bezirken Usambara, Morogoro-Kilossa, Mpapua und in Teilen von Iringa. Vgl. Tetzlaff 1970:40 und 44.

¹⁵⁶ Akiden waren afrikanischer, arabischer oder indischer Herkunft und hatten häufig eine Ausbildung in einer Regierungsschule bekommen. Ihre Ortsfremdheit gab ihnen den Vorteil, dass sie die Anordnungen der deutschen Vorgesetzten rücksichtslos ausführen und zusätzlich einen (finanziellen) Vorteil aus ihrer Position ziehen konnten. Vgl. Tetzlaff 1970:42.

¹⁵⁷ *Jumbe* = swahili für *Ortsältester*.

¹⁵⁸ Vgl. Gründer 2000:155 und Tetzlaff 1970:41f.

¹⁵⁹ Zur Mission in ‚Deutsch-Ostafrika‘ vgl. Tetzlaff 1982; Koponen 1995:159-166, 577-585; Tetzlaff 1970:272-279.

¹⁶⁰ Die Einführung des christlichen Wertekodex bedeutete vor allem Eingriffe in die religiösen Praxen der afrikanischen Gesellschaften (z. B. Initiationsriten, Ahnenverehrung). Tradierte Lebens-, Denk- und Kultformen wurden als Ganzes in Frage gestellt und damit der Zerstörung preisgegeben. In Ungoni beispielsweise war die Zerstörung der Missionsstation Peramiho während *Maji Maji* eine Folge der vorherigen Zerstörung von Ahnenverehrungsstätten der Ngoni auf Anordnung der Mission. Vgl. Gründer 2000:162.

Die wohl wichtigste koloniale Verwaltungsverordnung¹⁶¹ regelte seit 1897 die Erhebung der Hüttensteuer, deren Zweck es war, Finanzen zugunsten der Administration aufzubringen und gleichzeitig die afrikanische Bevölkerung zur Lohnarbeit zu veranlassen – sozusagen eine ‚pädagogische‘ Maßnahme.¹⁶² Doch die Verordnung hatte nicht die gewünschte Wirkung und so konnte die Siedler- und Pflanzergemeinschaft nicht genügend Arbeitskräfte für ihre Plantagen anwerben. Im Frühjahr 1905 stieg der politische Druck der Plantagenbesitzer auf Gouverneur Götzen derart, dass er eine neue Verordnung schuf, die die Hüttensteuer de facto auf das Vierfache an hob und die Bezahlung in Naturalien nicht mehr erlaubte.¹⁶³ Konnte man früher die Steuer beim Gouvernement abarbeiten, so wurde man seither zur Erwirtschaftung der Steuer auf Plantagen zwangsvermittelt, während ‚freiwillige‘ PlantagenarbeiterInnen Steuervergünstigungen erhielten. Die Eintreibung der Steuern, die zumeist von Akiden oder lokalen Autoritäten – im Notfall auch mit militärischer Unterstützung vom Bezirksamt – durchgeführt wurde, verlief ausnehmend brutal, wie den Berichten afrikanischer ZeitzeugInnen zu entnehmen war.¹⁶⁴ Die Auswirkungen der Hüttensteuer waren vielfältig: Frauen mussten mehr Feldarbeit leisten, um die Beträge zu erwirtschaften; Männer mussten ihre Dörfer verlassen, um zwangsweise auf Plantagen das Steuergeld zu erarbeiten; Frauen mussten die Aufgaben dieser Männer, wie beispielsweise den Schutz der Felder, übernehmen. Eine weitere Verordnung, die den Bau und Unterhalt von Wegen zur unentgeltlichen Pflicht der (männlichen) Afrikaner machte, legitimierte nebenbei andere unbezahlte Zwangsarbeit für die Kolonialadministration.

Auch auf den sogenannten ‚Kommunalschamben‘¹⁶⁵ wurde unter der strengen Aufsicht von Akiden oder Jumben Zwangsarbeit geleistet. Götzen hatte 1902 in den Küstenbezirken ein *cotton scheme* eingeführt, das die Bewirtschaftung staatlicher Felder mit Baumwolle vorsah. Dieser Rohstoff war ausschließlich für den Export ins Deutsche Reich bestimmt, wo die Entwicklung der Baumwollproduktion als nationale Aufgabe propagiert wurde. Der Erlös der Ernte wurde erst nach Verkauf der Baumwolle ausgezahlt, oft über ein Jahr nach der Arbeitsleistung: Ein Drittel wurde den Aufsehern zugestanden, zwei Drittel der Kommune, die daraus den ArbeiterInnen einen sehr geringen Lohn bezahlten. Gleichzeitig musste durch den Zwang zur Arbeit auf den kommunalen Feldern die eigene Landwirtschaft in wichtigen Arbeitsperioden wie Aussaat oder Ernte vernachlässigt werden, wodurch die

¹⁶¹ Die sozialen Auswirkungen kolonialer Verordnungen auf lokaler Ebene (Uzaramo) stellte Sunseri 1997 in Bezug auf *Maji Maji* sehr detailliert dar.

¹⁶² Pro Hütte (mit ca. 4 steuerpflichtigen Personen) mussten im Jahr je nach Gebiet zwischen 3 und 12 Rupien bezahlt werden. Im Inland waren es z. B. 3 Rupien pro Hütte. Bezahlt wurde in Geld oder Naturalien, wobei unter Naturalien auch Arbeit verstanden werden konnte. Vgl. Seeberg 1989:56 und Tetzlaff 1970:49.

¹⁶³ Aus der Hüttensteuer wurde eine Kopfsteuer gemacht, so dass nun z. B. eine Hütte mit vier Personen im Landesinneren nicht mehr nur 3 Rupien bezahlen musste, sondern 12 Rupien. Vgl. Tetzlaff 1970:209f.

¹⁶⁴ Vgl. Zitate aus den *Maji Maji Research Papers* in Seeberg 1989:57.

¹⁶⁵ Zu den ‚Kommunalschamben‘ vgl. Seeberg 1989:59-61, Tetzlaff 1970:136-139 und Koponen 1995:228f.

Subsistenzproduktion der Bevölkerung gefährdet wurde. Als Folge der Zwangsarbeit des *cotton scheme* geriet das soziale Gefüge ins Schwanken: Als 1905 viele Männer aus Protest die Arbeit verweigerten, wurden die ihnen vorgesetzten Jumben durch Bestrafung gedemütigt und Frauen und Kinder zur Arbeit auf den staatlichen Plantagen herangezogen, obwohl gemeinsames Arbeiten von Männern, Frauen und Kindern auf den Feldern der gängigen sozialen Praxis vollkommen entgegengesetzt war.¹⁶⁶

Mit der Konsolidierung der deutschen Herrschaft und der militärischen Ausbreitung der Kolonialmacht in die Bezirke des Landesinneren gingen eine ganze Reihe zusätzlicher Verordnungen einher, die afrikanische Männer wie Frauen in ihren spezifischen Arbeitsbereichen¹⁶⁷ beeinträchtigten und damit nicht nur die ökonomischen und ökologischen Systeme schwächten, sondern auch die sozialen und politischen Strukturen.

4.2. Geschichte und ihre Interpretationen

Iliffes¹⁶⁸ bis heute weithin anerkannte historische Rekonstruktion des *Maji Maji* geht von drei Phasen des Krieges aus, denen er die Kernbegriffe „peasant grievances“, „prophetic religion“ und „loyalties to kin and tribe“ (Iliffe 1967:495) zuwies.

Als Ende Juli 1905 der Befehl zur Ernte auf den staatlichen Baumwollfeldern des Bezirks Rufiji gegeben wurde, begann in den Matumbibergen der erste Angriff der Kolonisierten. Anstatt Baumwolle zu pflücken, rissen sie die Pflanzen aus und erklärten damit dem *cotton scheme* und all seinen VertreterInnen den Krieg. Die nächste Attacke galt dem Haus des zuständigen Akiden und der nächstgelegenen Küstenstadt Samanga. Rückzug und Rückkehr zum Alltag folgten, und erst als Truppen auftauchten, wurde wieder für den Krieg mobilisiert: eine Kriegsführung, die Iliffe als charakteristisch dafür bezeichnete, dass die Kämpfenden mehrheitlich Bauern waren. Als kriegsauslösendes und verbindendes Element in dieser ersten Phase des *Maji Maji* fungierten laut Iliffe die aus dem *cotton scheme* entstandenen Probleme der Subsistenzproduktion. Bis Mitte August dehnten sich die Kampfhandlungen nordwärts nach Uzaramo, südwärts nach Liwale und nordwestlich nach Kilosa und Morogoro aus.¹⁶⁹

¹⁶⁶ Vgl. hierzu den Bericht von Yusuf bin Issa zitiert in Iliffe 1967:499, auch Tetzlaff 1970:213.

¹⁶⁷ Männliche Arbeitsfelder wie beispielsweise die Jagd (mit Netzen), das Brandrodren oder die Holzbeschaffung wurden durch die Waldschutzverordnung eingeschränkt. In den Wirkungskreis von Frauen griffen z. B. die Pombesteuer, die Ngoma-Steuer und das Sammelverbot für wilden Gummi ein. Vgl. Sunseri 1997.

¹⁶⁸ Vgl. Iliffe 1967 und Iliffe 1979.

¹⁶⁹ Den militärischen Verlauf des Krieges im Bezirk Rufiji aus deutscher Sicht stellte Paasche 1907 dar.

verbots die landwirtschaftlichen Erträge der Zaramo vernichteten und somit zur ständigen Gefahr geworden waren.

Die Interpretation Marcia Wrights¹⁷² kombinierte zwei andere Aspekte, deren Zusammentreffen zu *Maji Maji* geführt haben könnte: der *prophetic moment* und der *commissioning agent*. Im ‚Deutsch-Ostafrika‘ des Jahres 1905 war die Konkurrenz zwischen präkolonialen Gesellschafts- bzw. Glaubensvorstellungen und dem kolonialen Wirtschafts- bzw. Wertesystem bestimmend für den *prophetic moment*, einen Zeitraum des Umbruchs in einer Gesellschaft in der Krise. Im Bezirk Rufiji schienen in einer solchen Atmosphäre *commissioning agents*¹⁷³ eine Position zu bekleiden, in der sie Missstände jeglicher Art benennen, religiöse Rituale praktizieren und eine oppositionelle Bewegung mobilisieren konnten. Diese temporäre Kombination von Umbruchsstimmung und religiösen Leitfiguren, wie sie beispielsweise Kinjeketile am Fluss Rufiji verkörperte, war nach Wright maßgeblich für den Kriegsausbruch.

Für Iliffe hingegen waren religiöse Überzeugungen nicht ursächlich für *Maji Maji*, sondern sie dienten der Verbreitung des Widerstands und der Organisation einer Massenbewegung in der zweiten Phase ab Mitte August 1905. Im speziellen handelte es sich um den Koleo-Kult, der als „prophetic religion“ (Iliffe 1967:495) auszumachen war und drei wichtige Aspekte beinhaltete: Er war weit über das Gebiet des Rufiji hinaus bekannt, er bezog sich ursprünglich auf landwirtschaftliche Belange und er enthielt übernatürliche Elemente. Den religiösen VermittlerInnen gelang es, den Kult und sein rituelles Vehikel – das *Maji* – zu politisieren und ihnen neue Funktionen¹⁷⁴ zu geben. Die Anwendung des *Maji* im Rahmen des Koleo-Rituals versprach Unverwundbarkeit gegenüber deutschen Waffen und manifestierte vor allem die Einheit verschiedener afrikanischer Gesellschaften im gemeinsamen Kampf.¹⁷⁵ An Orten, an denen die gegenseitige Versicherung durch das *Maji* mit Nachrichten vom ausgebrochenen Krieg zusammentraf, traten die verschiedenen Gruppen in den Krieg ein – nicht aber bei alleinigem Vorhandensein des *Maji*. Iliffe schrieb die Initiative zur Verbreitung des *Maji* dem Priester Kinjeketile zu, der damit eine besondere Rolle im antikolonialen Kampf, als den Iliffe *Maji Maji*

¹⁷¹ Das Bild der Wildschweinplage wurde auf die Kolonialmacht übertragen, wie sich aus einem Gerichtsbericht des Ostafrikakorrespondenten Kurt Toeppen entnehmen ließ: „Die Daua, sagte Kornani, ist gegen die Wildschweine (bekanntlich sind diese in Ostafrika für die Bauern eine wahre Landplage). Diese Schweine sind die Europäer.“ (BLA 24, 52: 29.01.1906). Vgl. Toeppen 1906a. *Daua, dawa* = swahili für *Medizin*, steht hier für *Maji*.

¹⁷² Vgl. Wright 1995.

¹⁷³ Wright bezog sich vor allem auf Stollowsky 1912 als Quelle, in der *commissioning agents* namentlich genannt wurden, unter anderem auch Kinjeketile.

¹⁷⁴ In der Zeit vor *Maji Maji* spielte der Koleo-Kult keine Rolle bei Kriegshandlungen. Bis dahin wurde das Ritual lediglich für landwirtschaftliche Zwecke benutzt. Vgl. Iliffe 1967:505.

¹⁷⁵ Eine Betrachtung über *Maji* und seine Bedeutung lieferte auch Tetzlaff 1970:217f. Ein besonders interessanter Gedanke dazu: „Möglicherweise kann man die Anwendung dieses Glaubens an die Unverwundbarkeit der schwarzen Haut interpretieren als eine Reaktion auf den Prestigeverlust, den die Europäer [...] im Laufe ihrer Kolonialtätigkeit erlitten hatten.“ (Tetzlaff 1970:217).

verstand, einnahm.¹⁷⁶ Die Ausdehnung des Kults reichte bis September 1905 südwärts ins Lukuledi-Tal und westlich ins Kilombero-Tal, auf das Mahenge-Plateau und nach Uzungwa. Bei der Entscheidung über die Teilnahme am Krieg kamen nun vermehrt innergesellschaftliche Machtstrukturen zum Tragen: In Uvidunda beispielsweise wurde der Entschluss des Jumben Ngwira, das *Maji* des Hongo¹⁷⁷ nicht anzunehmen, von anderen lokalen Respektspersonen umgangen, da die Autorität Ngwiras noch nicht fest etabliert war. Die Niederlage im Kampf um Kilosa ließ die Krieger zu den alten Machtstrukturen zurückkehren und Ngwiras Einfluss nahm wieder zu. Es folgte der Rückzug in die Wälder zum aussichtsreicheren Guerillakrieg.¹⁷⁸

In der dritten Kriegsphase ab September 1905 dehnte sich *Maji Maji* noch weiter westlich nach Ungoni, Upangwa und in den südlichen Teil von Ubena aus.¹⁷⁹ Dort lebten die Menschen in stärkeren politischen Einheiten, die wie beispielsweise die Ngoni eine funktionierende militärische Organisation besaßen. Anstelle des vereinenden, revolutionären Charakters wurde hier nur die stärkende und schützende Wirkung des *Maji* wahrgenommen.¹⁸⁰ Deshalb waren es die Beziehungen zwischen den verschiedenen Gesellschaften – die „loyalties to kin and tribe“ (Iliffe 1967:495) –, die darüber entschieden, welche Seite im Krieg unterstützt wurde. Im Fall der Vidunda hatte die Niederlage bei Kilosa die dritte Phase eingeleitet und dazu geführt, dass sich die Krieger auf bestehende innergesellschaftliche Loyalitäten zurückgezogen hatten. Dagegen trug der Bezug auf vorhandene intergesellschaftliche Allianzen im südlichen Teil des Kriegsgebiets zum Zusammenbruch des afrikanischen Widerstands bei.¹⁸¹ Ab Oktober 1905 gewannen die Kolonialtruppen die militärische Oberhand, während die afrikanischen Kriegsparteien angesichts der deutschen Maschinengewehre von einer konfrontativen Taktik zum Guerillakrieg übergingen. Die endgültige ‚Befriedung‘ konnte die Kolonialmacht erst durch die konsequente Umsetzung der Kriegstechnik der verbrannten Erde, die der Bevölkerung jede Lebensgrundlage nahm, erreichen. Das offizielle Kriegsende wurde per Kaiserlichen Beschluß auf den 18. Februar 1907 datiert¹⁸², die letzten kriegführenden Gruppen wurden erst Mitte des Jahres 1908 gefasst oder getötet.

¹⁷⁶ Vgl. Iliffe 1979:169ff.

¹⁷⁷ *Hongo* = swahili für *Abgabe, Tribut*. Hongo war zunächst der Name für die Boten, die das *Maji* brachten und an die Menschen verkauften. Im Verlauf des Krieges veränderte sich ihre Position und sie wurden als religiöse Führer wahrgenommen.

¹⁷⁸ Vgl. Iliffe 1967:507.

¹⁷⁹ Für den militärischen Kriegsverlauf in diesen Gegenden vgl. Johannes 1906 bzw. Johannes 1906/7.

¹⁸⁰ Dieser Interpretation Iliffes bzgl. der Funktion des *Maji* widersprach z. B. Seeberg 1989:68. Nach seiner Ansicht diente in Ungoni das *Maji* zur Mobilisierung für die gemeinsame Sache. Auch Monson interpretierte die Funktion des *Maji* für das Gebiet der Southern Highlands anders als Iliffe, vgl. Monson 1998:111 und Fußnote 184.

¹⁸¹ Vgl. Gründer 2000:160.

¹⁸² Vgl. DOAZ 10, 17: 07.03.1908.

Den Stellenwert intergesellschaftlicher Allianzen in den Southern Highlands in Bezug auf *Maji Maji* hob Monson¹⁸³ noch einmal deutlicher und detaillierter heraus. Eine größere zeitliche Perspektive ließ erkennen, dass in diesem Gebiet die politischen Strukturen in stetigem Wandel waren. Die bestehenden Konflikte hatten vor allem den Wettkampf um Territorien, die die Teilhabe am sich ausdehnenden Handel sicherten, zum Anlass. Längerfristige diplomatische Strategien, wie z. B. der Austausch von Frauen, charakterisierten die (Konkurrenz-)Beziehungen zwischen den Gesellschaften, deren Ethnizität keineswegs eindeutig definierbar war und deren Zusammensetzung sich stets durch Absorption und Allianz veränderte.¹⁸⁴ Mehr oder weniger bewusste Teilnehmer an diesem Allianzen-Netzwerk waren Reisende, Kolonialbeamte oder Missionare, die die Bedeutung solcher Allianzen nicht vollständig verstehen konnten (oder wollten) und deshalb häufig Verpflichtungen nicht einhielten.¹⁸⁵ Es waren also dauerhafte lokalpolitische Interessen¹⁸⁶, die die Positionierung der Gesellschaften der Southern Highlands im Krieg bestimmten – deshalb folgte *Maji Maji* dort präkolonialen Mustern von Kriegsführung und Kriegsallianzen.

Die Folgen des Kriegs und vor allem der deutschen Kriegsführung waren von genozidalem Ausmaß. Die Verwendung von Maschinengewehren forderte ungezählte Tote auf afrikanischer Seite. Gefangene wurden an die Küste transportiert und, wenn nicht hingerichtet, dann zu Strafarbeit in Kettenhaft verurteilt.¹⁸⁷ Die Taktik der verbrannten Erde bewirkten große Fluchtbewegungen und die Vernichtung der Subsistenzproduktion im Kriegsgebiet. In den folgenden Jahren litt die afrikanische Bevölkerung unter Hungersnöten, Epidemien und dem Zerfall ihrer sozialen Strukturen – später zeugte eine extrem niedrige Geburtenrate von dieser Zeit. Die Zahl der Opfer auf afrikanischer Seite entzieht sich bis heute einer genauen Kenntnis: Schätzungen liegen zwischen 150 000 und 300 000 Toten.¹⁸⁸

¹⁸³ Vgl. Monson 1998.

¹⁸⁴ Dies ist z. B. aus einem Bericht des ehemaligen Bezirksamtmanns von Kilwa (A. Leue) zu ersehen: „Die Wandonde gehören ihrer Abkunft nach zu den Wangindo, haben sich aber in früheren Zeiten den Wangoni (Sulu) unterworfen und von diesen manche Sitten und Gebräuche angenommen.“ (BLA 23, 413 (Bbl.1): 23.08.1905). Vgl. Leue 1905. Die Verwendung des *Maji* diente in diesem Zusammenhang zur inner- und intergesellschaftlichen Positionierung im Allianzengefüge der verschiedenen Gruppen. Vgl. Monson 1998:111.

¹⁸⁵ Für Beispiele solcher Allianzen zwischen Weißen und afrikanischen Autoritäten vgl. Monson 1998: 103-110.

¹⁸⁶ Ein Bericht Toepkens konnte bestätigen, dass lokalpolitische Interessen der verschiedenen afrikanischen Gesellschaften bekannt waren: „Herr Booth [Mitglied der Regierungskommission zur Untersuchung der Aufstandsursachen], sage ich, hält eine Ausbreitung des Aufstandes nach Norden über Ubena hinaus nicht für wahrscheinlich, weil die dortigen Bewohner in dem deutschen Gouvernement einen Schutz gegen die räuberischen Wangoni sehen und die Unterordnung unter das Gouvernement den früheren Zuständen unbedingt vorziehen müssen.“ (BLA 24, 65: 05.02.1906). Vgl. Toepfen 1906b.

¹⁸⁷ Vgl. die Berichte über Gefangennahmen in Johannes 1906 und 1906/7. Zu Gefangenenlagern vgl. Safari 1972:83.

¹⁸⁸ Vgl. Iliffe 1979:200. Mit den demographischen Auswirkungen von *Maji Maji* hat sich Koponen intensiv beschäftigt, vgl. Koponen 1995:498f und 597-599. Die Zahl der Opfer auf der Seite der Kolonialmacht konnte genau beziffert werden: 15 Europäer, 73 Askari und 316 Hilfskrieger. 9 Europäer und 3 Askari erlagen Krankheiten während des Kriegs. Vgl. Iliffe 1979:200 und Koponen 1995:597.

Noch unter britischer Herrschaft und im unabhängigen Tansania waren Spätfolgen des *Maji Maji* auszumachen. Die fast vollständige Entvölkerung des Hauptkriegsgebiets, des heutigen *Selous Game Reserve*, wurde von der britischen Kolonialmacht mit *Maji Maji* und der anschließenden Ausbreitung der Schlafkrankheit begründet – tatsächlich aber hatte ein verstärkter Baumwollanbau am Rufiji zur Vertreibung des Wildes in dieses Territorium geführt, wodurch die verbliebene Bevölkerung erneut die ökologische Kontrolle verlor und selbst fliehen musste. Im unabhängigen Tansania diente *Maji Maji* als Rechtfertigung für die weitere Ausdehnung des *Selous Game Reserve* und die damit notwendige Umsiedlung der weit verstreuten Bevölkerung in zentrale *ujamaa*-Dörfer¹⁸⁹. *Maji Maji* fungierte als Alibi für die spätere koloniale und postkoloniale Entwicklungspolitik.¹⁹⁰

Für die deutsche Kolonialmacht hatte *Maji Maji* vor allem politische Folgen: Erstens war Gouverneur Götzen nicht mehr tragbar¹⁹¹ – er wurde von Rechenberg abgelöst – und zweitens war *Maji Maji* einer der Faktoren¹⁹², die eine Wende in der deutschen Kolonialpolitik bewirkten und schließlich sogar eine innenpolitische Umwälzung in Form einer veränderten Zusammensetzung des Reichstags.¹⁹³

Abschließend noch ein paar Worte zur Gesamtbeurteilung: Iliffe bewertete *Maji Maji* als antikolonialen Krieg, der in der Übergangsphase von vorkolonialem zu kolonialem Wirtschaftssystem stattfand, der das Ende der präkolonialen Gesellschaften bedeutete und der als Widerstand dagegen zu verstehen war.¹⁹⁴ Iliffes starke Betonung Kinjeketiles als religiöse Leitfigur und des *Maji* als vereinendes Element eines gemeinsamen antikolonialen Krieges unterstützte die nationale Geschichtsschreibung im unabhängigen Tansania zu einer Zeit, in der Präsident Julius Nyerere versuchte, durch das Nationalepos *Maji Maji* eine nationale Identität zu fördern, seine eigene Führungsposition zu legitimieren und einen Gegenentwurf zum Weltkapitalismus zu bieten.¹⁹⁵ Sunseri hingegen lehnte diese nationalistische Interpretation ab, denn er sah darin erstens lediglich eine Legitimation der neuen tansanischen Nation, zweitens ein Hindernis für

¹⁸⁹ *Jamaa* = swahili für *Familie*. *Ujamaa* bezeichnete den afrikanischen Sozialismus Präsident Nyereres.

¹⁹⁰ Vgl. Sunseri 2000:575.

¹⁹¹ Götzens Denkschrift zu den Ursachen von *Maji Maji* kann als eine Verteidigungsschrift gesehen werden. Damit schien er sich den in Aussicht gestellten Staatssekretärsposten im neu zu schaffenden Reichskolonialamt sichern zu wollen. Offiziell wurde Götzen aufgrund gesundheitlicher Probleme im Frühjahr 1906 abgelöst.

¹⁹² Andere Faktoren, die z. T. stärker als *Maji Maji* zum Tragen kamen, waren der Herero-Nama-Krieg in ‚Deutsch-Südwestafrika‘, die Unruhen im Süden Kameruns und die sogenannten Kolonialskaudale. Vgl. Kapitel 2.3.

¹⁹³ *Maji Maji* gab zwar nicht die Veranlassung zur Reichstagsauflösung 1906 und spielte während des folgenden Wahlkampfes keine große Rolle, dennoch bestimmte auch dieser Krieg die Atmosphäre.

¹⁹⁴ Vgl. Iliffe 1979:168.

¹⁹⁵ Vor der Unabhängigkeit 1961 hatten sich die Führungspersonen der TANU noch von *Maji Maji* distanziert, da sie die Befürchtung hatten, mit *Mau Mau*, dem Befreiungskrieg in Kenia (1952-1956), gleichgesetzt zu werden. Für sie war es so kurz vor dem Ziel wichtiger, die friedliche Natur ihres eigenen Unabhängigkeitskampfes (im Unterschied zu *Maji Maji* und *Mau Mau*) zu betonen. Vgl. Sunseri 2000:575f.

konkurrierende Darstellungen des Krieges und drittens eine Rehabilitierung der Erklärungsversuche des damaligen Gouverneurs Götzen, der *Maji Maji* als atavistische, abergläubische Verschwörung gedeutet hatte.¹⁹⁶ Die Reduzierung auf den antikolonialen Charakter ignorierte Beweise, die *Maji Maji* für Sunseri in erster Linie als „crisis of social reproduction at the household level“ (Sunseri 1997:242) erscheinen ließen. Angenommen, das Ziel der kriegführenden Parteien wäre die „Restauration der traditionellen Selbständigkeit“ (Tetzlaff 1970:215) gewesen, so wäre *Maji Maji* durchaus als antikolonial zu interpretieren, gleichzeitig aber als anti-nationalistisch. Der Gedanke an die Zurückgewinnung der Selbständigkeit war nicht rückwärts-gewandt, wie so oft behauptet, er war nämlich nicht per se mit einer Rückkehr zu alten Machtstrukturen verbunden: Neue religiöse Leitfiguren tauchten auf, soziale Strukturen wurden von der afrikanischen Bevölkerung aktiv verändert. Auch Monson fand Beweise, die der rein antikolonialen Natur des Krieges entgegensprachen: In den Southern Highlands bewirkte die Ankunft des *Maji* nicht die Initialzündung für den Krieg. *Maji Maji* war ein zeitlich wesentlich weiter ausgreifender Komplex, der von „shifting alliances and identities, the gendered experience of war and conflict, and the devastation of agricultural and environmental resources“ (Monson 1998:96) charakterisiert war.

4.3. Krieg oder Aufstand?

Es mag sein, dass die Beantwortung der Frage, ob *Maji Maji* ein Krieg oder ein Aufstand war, für die Analyse der Quellen nicht unbedingt notwendig wäre, für eine Einordnung der Ergebnisse in den heutigen Forschungskontext ist sie unumgänglich. Es mag auch sein, dass diese Frage von der Kriegstheorie einfach beantwortet werden kann, gibt es doch unzählige verschiedene Definitionen von Krieg, die als Maßstab dienen könnten. Nach einer Typologie von Trutz von Trotha¹⁹⁷, um nur ein Beispiel zu nennen, kann *Maji Maji* als unbegrenzter Pazifizierungskrieg bezeichnet werden. „Die Entwicklung vom begrenzten zum genozidalen Pazifizierungskrieg ist die Entwicklung einer Gewaltsequenz, die mit dem Massaker beginnt, in die Strategie des Hungers mündet und mit der Internierung zum Abschluß kommt.“ (Trotha 1999:87) All dies traf auf die Ereignisse während *Maji Maji* zu.

¹⁹⁶ Vgl. Götzen 1906:10 und 1909:237. Zeitgenössische linke und liberale Politiker im Deutschen Reich hatten *Maji Maji* auf ökonomische Missstände zurückgeführt. Vgl. Sunseri 2000:569. In der staatlichen britischen Geschichtsschreibung waren Irrationalität und koloniale Brutalität die Hauptaspekte des *Maji Maji*. So konnte das britische Mandat über Tanganyika legitimiert werden: Die afrikanische Bevölkerung sei noch nicht ‚entwickelt‘ genug für eigenverantwortliches Handeln (Irrationalität) und das Deutsche Reich habe seine Unfähigkeit als Kolonialmacht durch die brutale Vorgehensweise in *Maji Maji* hinreichend bewiesen. Vgl. Sunseri 2000:571.

¹⁹⁷ Vgl. Trotha 1999:79-87.

Doch es handelt sich hier nicht nur um eine kriegstheoretische Diskussion, sondern auch um eine Frage der Weltanschauung und der Reflektion deutscher Geschichte, die es notwendig werden lässt, das Augenmerk auf die Wahrnehmung der beteiligten Menschen, auf die Interpretationen der afrikanischen Geschichtsschreibung und auf den Einfluss kolonialen Gedankenguts zu richten.

Die Ergebnisse des *Maji Maji Research Projects* (MMRP) von Gwassa und Iliffe enthielten Zitate von ZeitzeugInnen, die von *Maji Maji* als Krieg sprachen: „For sure the Maji Maji war began at Mahenge [...]“ (Mzee Mbago, zit. nach Laurien 1995:358). Gleichwohl ist gerade das MMRP mit Vorsicht zu genießen, denn erstens können Übersetzungsfehler nicht ausgeschlossen werden und zweitens fand das Projekt in den 1960er Jahren, die von der Konstruktion des Nationalepos *Maji Maji* geprägt waren, statt.¹⁹⁸ Im Zuge der Entwicklung einer nationalen tansanischen Identität entstand auch das Hörspiel *Kinjeketile* von Ephraim N. Hussein¹⁹⁹, in dem das Entstehen und die Anfänge des Krieges verarbeitet wurden – auch dort ist vom Krieg die Rede: “Vita. Akuna jingine.” – “Krieg. Es gibt keine andere Lösung.” (Hussein 1992:4). Ebenso deutlich formulierte Abdul Karim bin Jamaldini in seinem Gedicht *Utenzi wa Vita vya Maji Maji*²⁰⁰: „Si vita yawele chani? – If this was not war, then what was it?“ (Abdul Karim bin Jamaldini o.J.:342, Vers 162). Das historiographische Gedicht erschien in der Sammlung *Kala Shairi*²⁰¹, in der die HerausgeberInnen *Maji Maji* als Aufstand charakterisierten. Dies schlossen sie aus der Tatsache, dass die afrikanische Bevölkerung nicht gegen das Deutsche Reich als Staat Krieg führte.²⁰² Die Tatsache als solche ist nicht falsch, doch ihre Beurteilung blendete die Reaktion der deutschen Seite aus, denn das Deutsche Reich führte als Staat Krieg: Die finanziellen Mittel stammten aus der Reichskasse und deutsche Soldaten wurden nach ‚Deutsch-Ostafrika‘ entsandt. Diese Beobachtung wird auch durch die Darstellung von Oberleutnant zur See Hans Paasche, der 1905 am Rufiji gekämpft hatte, gestützt. In seinem Buch *Im Morgenlicht*²⁰³ verwendete er den Begriff „Aufstand“ (Paasche 1907: 87) für seine gegnerische Seite, er selbst aber führte „Kriegsexpeditionen“ (ibid.:125) und operierte von einem „Kriegslager“ (ibid.:129) aus. Indes ließ Paasche auch erkennen, dass er sehr wohl die Bedeutung von *Maji Maji* für die Bevölkerung erkannt hatte, stellte er doch fest: „Es ist das alte Verfahren der afrikanischen Völker: im Kriege die Dörfer zu verlassen.“ (ibid.:94). Wenn allerdings im *Vorwärts* beispielsweise in der ersten Meldung vom „ostafrikanischen Kolonialkrieg“ (VOR. 22, 193: 19.08.1905) die Rede war, dann dürfte dies wohl eher dem agitierenden Charakter des Blattes

¹⁹⁸ Iliffe selbst sprach von „Maji Maji Rebellion“ (Iliffe 1979:168).

¹⁹⁹ Hussein 1992 [1969]. Vgl. dazu auch King’ala 1988.

²⁰⁰ *Poem about the Maji-Maji war*. Vgl. Abdul Karim bin Jamaldini o.J.

²⁰¹ Vgl. Mieke 2002.

²⁰² Vgl. Mieke 2002:24f.

²⁰³ Paasche 1907. Paasches Rolle im *Maji Maji* stellte Werner Lange aufschlussreich dar, vgl. Lange 1995:39-57.

und weniger einer reflektierten Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Geschehnissen zuzurechnen sein. Doch auch die sozialistische Zeitung schien die beschriebene begriffliche Unterscheidung nach den agierenden Parteien zu machen, ebenso die *Kölnische Volkszeitung*.²⁰⁴

Ein Blick in die Geschichtsschreibung afrikanischer HistorikerInnen zeigt, dass beide Begriffe nebeneinander stehen können. Als Beispiele können die Texte von H.A. Mwanzi in der *UNESCO General History of Africa* und Joseph Ki-Zerbo in seiner *Histoire de l'Afrique Noire* dienen.²⁰⁵ Es ist schwierig, genau zu differenzieren, bei welcher Gelegenheit welche Bezeichnung als richtig empfunden wurde. Eines aber ist deutlich erkennbar: Der historische Name als „Maji Maji uprising“ (Mwanzi 1990:80) oder „rébellion Maji-Maji“ (Ki-Zerbo 1978:424) wurde von den Autoren akzeptiert. Gleichzeitig beschrieben sie, dass es sich um Krieg handelte – „The war broke out ...“ (Mwanzi 1990:80) –, und dass von deutscher Seite eine Streitmacht mit großer Zerstörungskraft zu Gange war – „Le gouvernement allemand, pris au dépourvu, rassembla une grande armée, qui, partant de la côte, balaya et brûla tout (maisons, champs, et récoltes), sur son passage.“ (Ki-Zerbo 1978:424).

In Anbetracht der Tatsache, dass Geschichte zumeist die Geschichte der Sieger ist, ist nachvollziehbar, dass sich der Name ‚Maji Maji-Aufstand‘ hartnäckig hält. Er spiegelt die kolonialen Denkstrukturen einer Zeit wieder, in der Kriege die Sache der Kolonialmächte und nicht etwa der Kolonisierten waren. Heute kann eine solche Wortwahl als Reproduktion kolonialen Gedankenguts interpretiert werden, die den Versuch einer Neubewertung der Ereignisse und ihrer Folgen eher behindert als befördert. *Maji Maji* bewusst als Krieg einzuordnen, bedeutet daher, das Ausmaß der militärischen Konfrontation und seiner Folgen anzuerkennen wie auch die zugewiesene koloniale Rollenverteilung und die damit verbundenen ideologischen Grundlagen des wissenschaftlichen Rassismus abzulehnen.

5. Maji Maji in der deutschen Parteipresse

Im Deutschen Reich des beginnenden 20. Jahrhunderts war *Maji Maji* – ungeachtet der Bedeutung für ‚Deutsch-Ostafrika‘ und seine Bevölkerung – ein marginales Thema auf dem „diskursiven Randschauplatz“ (Kundrus 2003a:21), den die Debatte um Kolonialismus damals einnahm. Als die deutsche Öffentlichkeit Anfang August 1905 davon erfuhr, dass sich der Kolonialapparat ‚Deutsch-Ostafrikas‘ bewaffneten Angriffen ausgesetzt sah, warf ein anderes Ereignis aus der Welt der Kolonisation längst seine Schatten ins Deutsche Reich. Der Herero-Nama-Krieg war

²⁰⁴ Vgl. z. B. VOR 22, 195: 22.08.1905 und KVZ 46, 687: 20.08.1905.

²⁰⁵ Vgl. Mwanzi 1990 und Ki-Zerbo 1978.

inzwischen in sein zweites Jahr gekommen, viele deutsche Soldaten waren gestorben und die Reichskasse hatte für die Kriegsführung enorme Ausgaben zu tätigen. Dagegen nahmen sich „Unruhen, deren lokaler Charakter vom Gouverneur betont wird,“ (KVZ 46, 645: 06.08.1905) geradezu lächerlich aus. Erst zwei Wochen später rückte die Nachricht vom Tod des Benediktiner Bischofs Cassian Spiß den Krieg in ‚Deutsch-Ostafrika‘ ins öffentliche Bewusstsein. *Maji Maji* hatte es auf die Titelseiten geschafft, wenn auch nur für ein paar Wochen. Nach den erfolgreichen Gefechten der Kolonialtruppe im Herbst war der Krieg Ende des Jahres bei der Parteipresse größtenteils in Vergessenheit geraten und blieb als eigenständiges Thema etwa ein Jahr lang uninteressant. Für die ein oder andere Argumentation wurde darauf zurückgegriffen, aber viel wichtiger waren im Jahr 1906 die Kolonialskandale²⁰⁶, das Ringen um die Errichtung eines Reichskolonialamtes²⁰⁷ sowie im Dezember 1906 die Auflösung des Reichstages.²⁰⁸ Damit waren die bestimmenden Kolonialthemen des folgenden Wahlkampfes gesetzt und unter Hinzufügung neuester Rentabilitätsrechnungen und Zukunftsvisionen wurde der prinzipielle Rahmen der zukünftigen Kolonialpolitik abgesteckt. Der Maji-Maji-Krieg blieb auch bei Diskussionen um militärische Fragen nahezu unerwähnt, als Beispiel diente stets der Herero-Nama-Krieg, denn der Einsatz deutscher Soldaten in der deutschen Siedlerkolonie sprach das nationale Ehrgefühl der deutschen Bevölkerung besser an.²⁰⁹ Lediglich bei allgemeinen Formulierungen wie z. B. „Aufstände“ (VOR 23, 293: 16.12.1906) konnte man davon ausgehen, dass *Maji Maji* stillschweigend miteingeschlossen war. Als die letzten Stichwahlen im Februar 1907 vorbei waren, wurde die Aufmerksamkeit ein weiteres Mal für kurze Zeit auf *Maji Maji* gelenkt: in Ungoni war eine Hungersnot ausgebrochen. Für die Titelseite war dies allerdings wenig ansprechend, *Maji Maji* wurde auf die Seiten zwei und drei verbannt, doch nach einigen Tagen war das Interesse daran schon wieder erloschen. Wesentlich interessanter schien die Kolonialreform Dernburgs²¹⁰ und dessen staatlich verordnete Inwertsetzung der Kolonien. Der Paradigmenwechsel in der Kolonialpolitik beschäftigte Parteien ebenso wie außerparlamentarische Organisationen und die bürgerliche Öffentlichkeit: Der Primat der ‚Rassenüberlegenheit‘ der Weißen wurde vom Faktor

²⁰⁶ Die Hauptpersonen waren schließlich ‚greifbare‘ Politiker, Beamte und Wirtschaftsgrößen im Deutschen Reich. Vgl. Epstein 1959.

²⁰⁷ Vgl. beispielsweise KVZ 47, 237: 21.03.1906; KVZ 47, 266: 30.03.1906 oder KVZ 47, 465: 30.05.1906. Auf sozialistischer Seite VOR 23, 69: 23.03.1906; VOR 23, 75: 30.03.1906 oder VOR 23, 124: 31.05.1906.

²⁰⁸ Der Reichstag hatte den Nachtragsetat für ‚Deutsch-Südwestafrika‘ nicht in voller Höhe bewilligt. Sozialdemokratie und Zentrum stimmten geschlossen dagegen. Vgl. Kapitel 2.3.

²⁰⁹ Da der Wahlkampf in der Weihnachtszeit stattfand, wurde die vorweihnachtliche Emotionalität massiv für die kolonialpolitische Öffentlichkeitsarbeit genutzt: es gab z. B. Spendenaktionen für die knapp 15 000 deutschen Soldaten in der ‚deutsch-südwestafrikanischen‘ Wüste. Im Gegensatz dazu befanden sich in ‚Deutsch-Ostafrika‘ nur etwa 500 deutsche Soldaten – teilweise Angehörige der Marine – während der Großteil der Schutztruppe afrikanischer Herkunft war.

²¹⁰ Obwohl Dernburg im Spätsommer 1907 seine erste Reise zur Erkundung der Kolonien ausgerechnet nach ‚Deutsch-Ostafrika‘ unternahm, kam *Maji Maji* in der Parteipresse nicht erneut in Mode – zumal sich Dernburg nicht weiter damit aufhielt, genaueres über den Krieg zu erfragen, denn seine Reise galt der kolonialen Wirtschaft und ihren Bedürfnissen.

Wirtschaftlichkeit eingeschränkt – Ausdruck fand er im ‚Schutz‘ der kolonisierten Bevölkerung, um dessen Rechtmäßigkeit gestritten wurde.²¹¹ Die Sozialdemokratie (und mit ihr der *Vorwärts*) führte im Jahr 1907 vornehmlich die Generaldebatte um die Kolonialpolitik.²¹² *Maji Maji* war nur noch sporadisch etwas Überzeugungskraft abzugewinnen, beispielsweise wenn der *Vorwärts* die Kolonialpolitik der Regierung torpedieren wollte²¹³ oder die *Kölnische Volkszeitung* die Rechnungslegung des Reichskolonialamtes bemängelte²¹⁴.

Trotz der doppelten Marginalisierung, die *Maji Maji* zuteil wurde, diente der Krieg der Parteipresse zur Formulierung (kolonial-)politischer Forderungen wie auch zur weiteren Manifestierung der kolonialen Hierarchie. War die Vermittlung der ideologischen Grundlagen des Kolonialismus beiden Zeitungen mehr oder weniger immanent, so unterschieden sich der *Vorwärts* und die *KVZ* stark in ihren Themenschwerpunkten. Nicht nur die hinlänglich bekannten Unterschiede in ihren politischen Grundsätzen und Zielen sind dafür verantwortlich zu machen. Hier ging es zunächst um die Informationsmöglichkeiten, die der Presse zur Verfügung standen. Die *Kölnische Volkszeitung* nutzte ihre Bindung an die katholische Kirche und veröffentlichte Augenzeugenberichte der beteiligten Missionare, die den LeserInnen konkrete Ereignisse vor Augen führten²¹⁵ und unkommentiert bleiben konnten, da sie durch ihre Herkunft legitimiert waren. So ergab sich eine große Nähe zu einzelnen Ereignissen des *Maji Maji* wie auch zu direkten Folgen des Kriegs, die mit großer Detailtreue vorgetragen wurden. Der *Vorwärts* hingegen verfügte nicht über solche Kontakte und musste sich in seiner Berichterstattung vor allem auf andere Zeitungen und Telegramme fremder Korrespondenten berufen. Diese Informationen, die aufgrund ihrer Erstbearbeitung schon eine Wertung enthielten, wurden zum Ausgangspunkt. Da sie selten der politischen Linie des *Vorwärts* entsprachen, wurden sie durch Kommentare und Erörterungen neu bewertet. Es bestand also eine relative Distanz zu den Ereignissen des *Maji Maji*, die folglich einen anderen, eher grundsätzlichen Blickwinkel ermöglichte.

Für die *Kölnische Volkszeitung* waren Themen rund um den christlichen Missionsbetrieb von Vorrang: Die christliche Fürsorge für die afrikanische Bevölkerung – sowohl seelisch als auch ökonomisch²¹⁶ – galt als unbedingt notwendig, andere Religionen und insbesondere der Islam wurden als Konkurrenz zeitweise sogar als Bedrohung angesehen. Das gesamte Kolonialsystem,

²¹¹ Vgl. Kapitel 2.3.

²¹² Vgl. Kapitel 2.3 und 3.2.

²¹³ Vgl. VOR 25, 33:08.02.1908 und VOR 25, 34: 09.02.1908.

²¹⁴ Vgl. KVZ 48, 382: 03.05.1907.

²¹⁵ Selbstverständlich dienten die Augenzeugenberichte auch der Attraktivität der *KVZ*, konnten sie doch die Sensationslust der Leserschaft befriedigen.

²¹⁶ Unter ökonomischer Fürsorge waren überlebenswichtige Nahrungshilfe während der Hungersnot, aber auch Veränderungen im Kolonialsystem zu verstehen.

d. h. sowohl die Verwaltung im Deutschen Reich als auch die Administration in der Kolonie, wurde der Kritik unterzogen. Auf innenpolitischer Ebene wollte die *KVZ* unter Bezugnahme auf *Maji Maji* die Rechte des Reichstags gewahrt und sogar ausgebaut sehen. Das Budgetrecht sollte bei der Bewilligung der Kriegskosten rechtzeitig und uneingeschränkt ausgeübt werden, während eine Erweiterung des Gesetzgebungsrechts die Kontrolle der Kolonialverwaltung ermöglichen sollte. Anders der *Vorwärts*: Allem voran stand die politisch erforderliche Parteiergreifung für die Ausgebeuteten. Folglich übte die Zeitung an der wirtschaftlichen Unterdrückung der Kolonisierten Kritik und begegnete der Kriegsführung des Deutschen Reiches mit deutlichem Antimilitarismus. Die innenpolitische Diskussion um die Kriegskosten wurde auch im *Vorwärts* geführt, allerdings blieb sie nicht darauf beschränkt, die Regierung an das Budgetrecht des Reichstags zu erinnern. Vielmehr rückte die Höhe der Ausgaben und damit die finanzielle Beanspruchung der deutschen ArbeiterInnen, die sich durch Steuererhöhungen ergab, in den Mittelpunkt der Debatte.

Über die spezifische Schwerpunktsetzung der beiden Zeitungen hinaus boten die Quellen eine wesentlich größere Bandbreite an Details zur Argumentation um *Maji Maji*. Es ging nicht nur um das Martyrium von Missionaren und um wirtschaftliche Ausbeutung von Kolonisierten – es wurden auch andere Handlungsebenen erschlossen: Kolonialverwaltung, Siedler- und Pflanzergemeinschaft und Militär in der Kolonie, Reichstag und Kolonialabteilung im Deutschen Reich. Die Meinungen und politischen Zielvorstellungen wurden in all diesen Bereichen auf der Basis kolonialen Denkens formuliert, während diese Basis wiederum durch die permanente Reproduktion kolonialer Wertigkeiten eine konstante Bestätigung erhielt. Der Stellenwert des Krieges für ‚Deutsch-Ostafrika‘ wie für das Deutsche Reich wurde im Bezug auf aktuelle Entwicklungen im *Maji Maji* und andere koloniale Ereignisse wiederholt neu bestimmt.

5.1. Einschätzungen

Die ersten Meldungen deutscher Zeitungen über *Maji Maji* zitierten ein Telegramm des Gouverneurs Götzen, das von amtlicher Seite veröffentlicht worden war.²¹⁷ Auch die *Kölnische Volkszeitung* druckte es am 6. August 1905 in der Rubrik *Afrika* ab:

„Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Nach einem Telegramm des kaiserlichen Gouverneurs in Deutsch-Ostafrika sind unter den Eingeborenen der Matumbiberge nördlich von Kilwa Unruhen ausgebrochen, deren Veranlassung noch nicht völlig aufgeklärt ist. In dem an der Küste gelegenen Orte Ssamanga sind verschiedene Inderhäuser von Eingeborenen verbrannt worden. Zur Unterdrückung der Unruhen, deren lokaler

²¹⁷ Vgl. beispielsweise auch BLA 23, 382: 06.08.1905.

Charakter vom Gouverneur betont wird, sind die beiden Kompagnien aus Lindi und Dar es Salam nach Kilwa beordert worden.“ (KVZ 46, 645: 06.08.1905)

Die im Original enthaltenen Hervorhebungen der Worte *Matumbiberge*, *Inderhäuser*, *verbrannt* und *lokaler Charakter* durch Sperrdruck vermittelten das Bild eines exakt begrenzbaren Gebietes, in dem Gewalttätigkeiten gegen Nicht-Weiße stattfanden. Eine Gefährdung des gouvernementalen Gewaltmonopols war durch die sofortige Entsendung militärischer Verbände offiziell ausgeschlossen. Zweifel, die die KVZ an der Geringfügigkeit der Konfrontationen hatte²¹⁸, bestätigten sich, als zwei Wochen später der Tod des Bischofs Spiß und seiner BegleiterInnen im Deutschen Reich bekannt wurde. Jetzt erst trat der *Vorwärts* auf den Plan – die kriegerischen Auseinandersetzungen waren nicht mehr zu ignorieren und außerdem bot sich eine gute Schlagzeile:

„Der ostafrikanische Kolonialkrieg ist da!

Nach einem soeben eingegangenen Telegramm des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika hat sich die Lage im Schutzgebiet verschlimmert. [...] Nach Kilwa sind Eingeborenenberichte gelangt, wonach Bischof Spies [sic], Bruder Gabriel Sonntag, Bruder Andreas Scholzen, Schwester Felicitas Hiltner und Schwester Cordula Ebert auf einer Reise zwischen Kilwa und Liwale ermordet worden sind. [...] Der Gouverneur hat die sofortige Verstärkung seiner Machtmittel beantragt! Wieviel Millionen uns das neue Kolonialabenteuer kosten wird?!“ (VOR 22, 193: 19.08.1905)

Die amtliche Nachricht schürte die Verunsicherung über das Ausmaß des Krieges: erstens starben die Missionare nicht in den Matumbibergen, sondern etwa 150 Kilometer südlich davon, zweitens war offiziell Verstärkung angefordert worden und drittens waren als Quelle Berichte aus der afrikanischen Bevölkerung angegeben, folglich waren keine lebenden Weißen in der Nähe. Die Befürchtung, dass sich das Kriegsgebiet und die Kampfhandlungen nicht so genau eingrenzen ließen, wurde zur Gewissheit. In den nächsten Tagen häuften sich die Meldungen über den Tod mehrerer Weißer, die Erfolge der afrikanischen Kämpfer und die vermeintliche Unzuverlässigkeit der afrikanischen Soldaten in der deutschen Kolonialtruppe. Die Unsicherheit gab Spekulationen sowohl über das geographische als auch über das zerstörerische Ausmaß hinreichend Nahrung. Von einer „allgemeinen Erhebung“ (VOR 22, 195: 22.08.1905), einem „blutigen Aufstande“ (KVZ 46, 692: 22.08.1905) sprach man nun – das waren Formulierungen, die den logischen Schluss nach sich zogen, dass zur Re-Etablierung des sicher geglaubten kolonialen Machtverhältnisses größere militärische Anstrengungen notwendig sein würden. Für das Deutsche Reich bedeutete dies finanzielle Aufwendungen, deren Rechtmäßigkeit begründet

²¹⁸ Vgl. KVZ 46, 658: 11.08.1905.

werden musste. So wurden – während die Verunsicherung über die tatsächliche Lage weiter um sich griff – unbequeme Fragen gestellt: Warum war das Gouvernement vom Ausbruch des Krieges überrascht worden? Was waren die Ursachen für den Krieg? Und warum wurde nicht sofort der Reichstag einberufen, der schließlich über das Budget zu entscheiden hatte? Die *Kölnische Volkszeitung* bemühte sich, eine Antwort auf die erste Frage zu finden, konnte dies aber nicht. Der *Vorwärts* teilte die Verwunderung und verwies auf einen Vortrag des National-liberalen Wilhelm Arning, der schon im Mai des Jahres in der *Täglichen Rundschau*²¹⁹ vor einer Kriegsgefahr gewarnt habe.²²⁰ Gleichzeitig begab man sich auf die Suche nach Gründen für *Maji Maji*. Da sie außer einigen Vermutungen zu diesem Zeitpunkt nichts bieten konnte, berief sich die *KVZ* zunächst auf den ehemaligen Bezirksamtmann August Leue, der in der Hüttensteuer die ausschlaggebende Ursache sah.²²¹ Einen Tag später hatte die Redaktion der Zeitung ein wenig Recherche betrieben und brachte die Früchte dieser Arbeit in einer unkommentierten Presse-schau heraus: Die *Deutsch-Ostafrikanische Zeitung*²²² beschuldigte einen ‚Zauberer‘ der Auf-hetzung, während die *Kölnische Zeitung*²²³ der Kolonialverwaltung mangelnde Nähe zur afrika-nischen Bevölkerung vorwarf.²²⁴ Für den *Vorwärts* hingegen stellte sich die Sachlage ganz anders dar. Hatte man zunächst eine Vielzahl an Gründen – die Sitten Weißer Händler, die Prügelstrafe und den Übereifer der katholischen Missionare²²⁵ – genannt, leistete die Redaktion schließlich ein Glanzstück an Komplexitätsreduzierung:

„Bekanntlich war die Erhebung der Matumbi in erster Linie gegen die schmarotzen-den Indier [sic] gerichtet. Die Regierung nahm sich ihres Protegés sofort an und pfeff-erte schleunigst mit blauen Bohnen unter die Eingeborenen, die sich gegen die aus-plündernden indischen Händler erhoben hatten. Natürlich sind nun die Matumbi die Räuber!“ (VOR 22, 201: 29.08.1905)

Damit solidarisierte sich die Redaktion mit der afrikanischen Bevölkerung, während indische Händler und das Gouvernement als Sündenböcke ausgemacht waren; die einen hatten den Krieg ausgelöst und die anderen durch ihr Eingreifen die Ausdehnung der Kriegszone herausgefordert. Alle diese Antworten, zum großen Teil noch reine Vermutungen, fielen mit Sicherheit unzu-reichend aus. Das hing unter anderem mit der Informationspolitik der Regierung zusammen. Im

²¹⁹ Die *Tägliche Rundschau* erschien in Berlin und war der konservativen Richtungs-presse zuzurechnen. Vgl. Rieger 1957:112.

²²⁰ Vgl. VOR 22, 195: 22.08.1905.

²²¹ Vgl. KVZ 46, 698: 24.08.1905.

²²² Die *DOAZ* erschien einmal, später zweimal, wöchentlich in Dar es Salaam und vertrat die Interessen der deutschen SiedlerInnen. Vgl. Redeker 1937:36f. Redekers Buch über den Journalismus in ‚Deutsch-Ostafrika‘ ist stark nationalsozialistisch gefärbt. Die historischen Fakten können nur sehr vorsichtig verwendet werden.

²²³ Die liberale *Kölnische Zeitung* war das lokale Konkurrenzblatt zur *KVZ*.

²²⁴ An dieser sei letztlich Gouverneur Götzen schuld, da er seinen Beamten nicht genügend Reisegeld zur Verfügung stelle, so die *Kölnische Zeitung*. Vgl. KVZ 46, 701: 25.08.1905 und Kapitel 5.4.

²²⁵ Vgl. VOR 22, 194: 20.08.1905.

August 1905 drangen nur zögerlich ein paar vorsichtige Nachrichten aus der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts, so spärlich sogar, dass die *KVZ* in einem Leitartikel forderte:

„Auf alle Fälle kann das deutsche Volk verlangen, daß ihm über alle Vorgänge in Deutschostafrika reiner Wein eingeschenkt wird, und zwar nicht auf Umwegen, sondern direkt und ungesäumt von jener Stelle, die mit der Leitung unserer kolonialen Angelegenheiten betraut ist. Das Gleiche gilt auch hinsichtlich der Maßnahmen, die zur Unterdrückung der Unruhen getroffen werden.“ (KVZ 46, 692: 22.08.1905)

Es mangelte der Presse also offensichtlich am Stoff zur Erfüllung ihrer Informationspflicht gegenüber der Bevölkerung. Da lag es nicht fern, die Einberufung des Reichstags zu fordern, obgleich dafür die Wahrung des Budgetrechts²²⁶ als vornehmliche Begründung angeführt wurde. Eine Reichstagssitzung, zu der Journalisten ja zugelassen waren, hätte Stellungnahmen des Kolonialdirektors und des Kanzlers zur Lage in ‚Deutsch-Ostafrika‘ und zur Einschätzung des Krieges erfordert. Dieser unangenehmen Situation und der zu erwartenden heftigen Debatte setzte sich die Regierung wohlweislich nicht aus.²²⁷ Schließlich konnte sie sich anhand der Presse ausmalen, welchem Gewitter sie sich zu stellen hätte. Die Verunsicherung und die Furcht vor einem zweiten Krieg wie dem in ‚Deutsch-Südwestafrika‘ hatte innerhalb einer Woche fast zu einer Panikstimmung geführt. Der *Vorwärts* betonte täglich die Gefahren für die deutsche Kolonialmacht:

„Dehnt sich der Aufstand auf die benachbarten Distrikte aus, so steht Deutschland geradezu vor unüberwindlichen Schwierigkeiten!“ (VOR 22, 198: 25.08.1905)

Und letztlich kulminierte die Stimmung in vernichtenden Schlüssen, die die *Kölnische Volkszeitung* bezüglich der gesamten Kolonialpolitik zog.

„Man geht nicht zu weit, wenn man von einem Zusammenbruch der deutschen Kolonialpolitik redet; das heutige System kracht an allen Ecken und Enden. In Südwestafrika bereits 19 Monate Aufstand, in Deutsch-Ostafrika kennt man die Größe der Unruhen noch gar nicht; für Kamerun wurde die Verstärkung der Schutztruppe gefordert, [...] Wenn so nun Schlag auf Schlag über uns hereinbricht, kann man nicht mehr von einzelnen Vorkommnissen reden; da muß vielmehr ein System die Ursache sein, ein System, daß [sic] sich nun als ein gänzlich verfehltes herausstellt. Aber haben wir überhaupt ein Kolonialsystem? Leider nicht, [...]; die vollendete Systemlosigkeit ist in der deutschen Kolonialpolitik Trumpf! [...] Die Kolonialverwaltung hat bisher hierin versagt, weshalb es Aufgabe des Reichstages sein wird, grundlegend vorzugehen und mit Besonnenheit die Kolonialpolitik mehr als seither in die Hand zu nehmen.“ (KVZ 46, 707: 27.08.1905)

²²⁶ Vgl. VOR 22, 195: 22.08.1905; VOR 22, 198: 22.08.1905 und VOR 22, 199: 26.08.1905. Auch KVZ 46, 660: 11.08.1905.

²²⁷ Der Reichstag begann seine Session wie vorgesehen im November 1905. Zu diesem Zeitpunkt hatte die deutsche Offensive in der Kolonie schon gute Erfolge gezeigt und war damit die beste Rechtfertigung für die schnelle unbürokratische Vorgehensweise der Regierung und die eventuelle Verletzung des Budgetrechts.

Ginge es nach der *KVZ*, so wäre die bisherige Planlosigkeit der Kolonialpolitik durch ein verstärktes Eingreifen des Reichstages zu ändern. Dies hätte die volle Ausnutzung der Kompetenzen der parlamentarischen Vertretung und vielleicht auch deren Ausweitung bedeutet.²²⁸ Nach einem kurzen Schlagabtausch mit der nationalliberalen Presse über diesen Text beruhigte sich die Atmosphäre ein wenig, der *Vorwärts* ging vorerst nicht auf diese Argumente ein, wenn auch Vergleiche mit dem Herero-Nama-Krieg unvermeidlich waren. Die generelle Kritik am Prinzip der deutschen Kolonialpolitik zog sich – mehr oder weniger intensiv – weiter²²⁹ bis zur Ernennung Dernburgs zum Kolonialdirektor im folgenden Jahr. Doch die *Kölnische Volkszeitung* beließ es nicht beim Bezug auf die deutsche Kolonialpolitik, sondern setzte knapp zwei Wochen später noch einmal nach. Diesmal wurde der weltpolitische Zusammenhang in den Vordergrund gestellt:

„Als kriegsgeschichtliche Lehre nahmen wir aus allen drei Kriegen die Erfahrung mit, daß es sehr bedenklich ist, in weiter Entfernung vom Mutterlande Krieg zu führen. [...] Die Gefahr der Lage wird dadurch erhöht, daß sich überall in der Welt die farbigen Völker gegen die Weißen zu erheben und zudem untereinander solidarisch zu fühlen beginnen. [...] Die Hauptsache ist, daß der große Sieg Japans als der erste Schritt einer gewaltigen Neuerung zu betrachten ist, nämlich des Eintretens der farbigen Völker in die Weltpolitik. [...] Eine in sich abgeschlossene ‚europäische Politik‘ gibt es tatsächlich nicht mehr, denn in allen großen internationalen Fragen werden fortan auch Amerika und Japan mitzusprechen haben.“ (KVZ 46, 742: 08.09.1905)

Der Frieden von Portsmouth, der Anfang September 1905 den Krieg zwischen Japan und Russland beendete, gab wohl die Inspiration zu diesem Leitartikel. Drei Aspekte darin waren beachtenswert: Erstens enthielt er eine Warnung vor dem weiteren Ausufern der deutschen Kolonialkriege, hatte man doch an drei neuerlichen Beispielen²³⁰ gesehen, dass ein Krieg ‚fern der Heimat‘ nicht zu gewinnen sei. Die Argumentation leistete zweitens der Idee Vorschub, dass es sich auch bei *Maji Maji* um einen Krieg handeln könnte, der auf der Solidarität der AfrikanerInnen im Kampf gegen die Weißen²³¹ basierte. Und drittens wollte der Artikel als Mahnung an die Regierung verstanden werden, dass in der Kolonialpolitik nicht mehr nur auf die europäischen Großmächte zu achten sei, sondern auch auf die neuen Großmächte Amerika und Japan.²³²

²²⁸ Für eine Stärkung der Rechte des Reichstags setzte sich das Zentrum besonders im Jahr 1906 ein. Vgl. Becker 1987:93.

²²⁹ Vgl. u. a. KVZ 46, 798: 26.09.1905.

²³⁰ Es handelte sich hierbei um den Krieg zwischen Nordamerika und Spanien, den Burenkrieg und den japanisch-russischen Krieg. Vgl. KVZ 46, 742: 08.09.1905.

²³¹ Zeitgenössisch war häufig von der ‚äthiopischen (auch: äthiopistischen) Bewegung‘ die Rede, einem christlichen Zusammenschluss afrikanischer Minenarbeiter unterschiedlicher ethnischer Herkunft, der 1892 in Witwatersrand entstand. Vor allem der interethnische Aspekt, der religiöse Rahmen und die Ziele – Loslösung von der europäischen Herrschaft und Wiederherstellung der afrikanischen Unabhängigkeit – ließen bei Europäern innerhalb und außerhalb Afrikas die Alarmglocken läuten. Vgl. Safari 1972:96f.

²³² „Welche Erfahrungen würden wir erst machen, wenn wir beispielsweise mit Japan wegen Kiautschous zu kämpfen hätten?“ (KVZ 46, 742: 08.09.1905) Diese rhetorische Frage enthielt sowohl die Zweifel an einem erfolgreichen Krieg fern des Deutschen Reiches als auch die Einsicht, dass mit Japan zu rechnen sei.

Solche oder ähnliche Überlegungen strengte der *Vorwärts* nicht an, denn das sozialistische Zentralorgan konzentrierte sich auf die dem japanischen Sieg folgende Revolution in Russland, deren Ereignisse die proletarische Öffentlichkeit wohl mehr interessierten als der Kolonialkrieg in ‚Deutsch-Ostafrika‘.

So kehrte man zur Debatte um die Kriegsursachen²³³, die im September noch immer einer offiziellen Aufklärung bedurften, zurück und widmete sich außerdem der Sorge um die Missionen und ihren Ruf. Der *Vorwärts* hielt sich im September mit der Berichterstattung merklich zurück und veröffentlichte nur zwei Artikel zu *Maji Maji*. Ein Text zu den Kriegsursachen kam zu einer neuen, komplexeren Sicht der Dinge:

„Dieses Ausbeutungssystem zugunsten fremder Schmarotzer [indische bzw. arabische Händler] bezeichnet er [Götzen] mit aller Gemütsruhe als eine Auflehnung des bedrängten Heidentums gegen die ‚fremde Kultur‘. Allerdings, wenn diese fremde Kultur in Zwangsarbeit, schwerer Steuerbelastung und grober Vergewaltigung der Eingeborenen besteht, kann man es den ‚Wilden‘ nicht verdenken, sich mit Händen und Füßen gegen eine solche Kultur zu sträuben.“ (VOR 22, 206: 03.09.1905)²³⁴

Die frühere undifferenzierte Darstellung der Kriegsgründe wich einem Rundumschlag gegen sämtliche Beteiligten des Kolonialprojekts und das sozialistische Zentralorgan zeigte erneut seine Solidarität mit den Kolonisierten. Die *Kölnische Volkszeitung* konzentrierte sich auf den Tod des Bischofs Spiß, der nun dringend einer Aufklärung bedurfte, denn erst jetzt trafen ausführlichere Mitteilungen über die Abreise aus Kilwa und den Ausgang der Reise ein. Viel wurde darum gegeben klarzustellen, dass der Bischof nicht unvernünftig gehandelt habe und ergo keine Schuld an seinem Tod, dem seiner BegleiterInnen oder gar der Ausbreitung des Kriegs trage.²³⁵ Waren die Nachrichten von der Zerstörung der Missionsstationen im Süden der Kolonie schon Anfang September eingegangen, so konnte erst drei Wochen später in der *KVZ* damit begonnen werden, diese Ereignisse anhand von Augenzeugenberichten aufzuarbeiten.²³⁶ Diese Geschehnisse schienen für den *Vorwärts* von wenig Interesse zu sein. Das mag einerseits daran gelegen haben, dass die Sozialdemokratie Religion grundsätzlich ablehnte, andererseits daran, dass die Missionare als Kollaborateure des Kolonialsystems identifiziert wurden.²³⁷

²³³ Vgl. VOR 22, 206: 03.09.1905 und KVZ 46, 743: 08.09.1905 (Ausbeutung durch arabische Händler); KVZ 46, 777: 19.09.1905 (militärische Strenge der Kolonialbeamten) und KVZ 46, 798: 26.09.1905 (Steuern).

²³⁴ Im ersten Satz lag ein logischer Fehler, denn die Redaktion wollte wohl kaum das „Ausbeutungssystem“ als „Auflehnung des bedrängten Heidentums“ bezeichnen. Vielmehr musste dieses System im Sinne des *Vorwärts* der „fremden Kultur“ entsprechen.

²³⁵ Vgl. KVZ 46, 745: 09.09.1905; KVZ 46, 765: 15.09.1905; KVZ 46, 773: 18.09.1905; KVZ 46, 794: 25.09.1905 und KVZ 46, 837: 09.10.1905.

²³⁶ Vgl. KVZ 46, 808: 30.09.1905 und KVZ 46, 817: 03.10.1905.

²³⁷ Vgl. VOR 22, 194: 20.08.1905 und VOR 22, 206: 03.09.1905.

Die folgenden Monate boten keine weiteren Aufregungen: Die deutsche Großoffensive seit Oktober 1905 hatte Erfolge gezeigt und die afrikanischen Verbände hatten sich auf den Guerillakrieg zurückgezogen, über den aus amtlichen Quellen nur wenig verlautete. So veröffentlichte die *KVZ* vor allem eine Serie von Missionarsberichten²³⁸ aus dem Kriegsgebiet. Der *Vorwärts* beschäftigte sich nur peripher mit dem Kriegsgeschehen und gab stattdessen den Kosten, die *Maji Maji* und seine Folgen für das Deutsche Reich potentiell bedeuten würden, politisches Gewicht.

„Aber selbst wenn die Verstärkung von 2 000 Mann zur Niederwerfung der Erhebung genügen würde, würden sich die Kosten für diesen Kolonialkrieg bereits auf viele Millionen belaufen. Außerdem wäre später nicht daran zu denken, daß die Schutztruppe wieder auf ihren bisherigen Bestand reduziert wird. Wir werden also künftig dauernd mindestens den doppelten Betrag für die ostafrikanische Schutztruppe zu zahlen haben als bisher. So macht unsere Kolonialpolitik überall Fiasko, so bürdet sie uns an allen Ecken und Enden die unerträglichsten Lasten auf!“ (VOR 22, 257: 02.11.1905)

Abgesehen von den bisher berechenbaren Kosten, malte der *Vorwärts* ein dunkles Bild der Zukunft, in der ‚Deutsch-Ostafrika‘ noch wesentlich mehr Reichsfinanzen benötigen würde – ein Umstand, der für die Unrentabilität der Kolonie sprechen würde. Im letzten Satz nahm die Redaktion die schon von der *KVZ* geäußerte kolonialpolitische Kritik²³⁹ auf. Eine Verknüpfung dieser Argumentation mit innenpolitischer Kritik stellte der *Vorwärts* in einem Kommentar zur Thronrede des Kaisers im November her. Die vom Kaiser angekündigten hohen Ausgaben für die zukünftige Kolonialpolitik stießen beim sozialistischen Zentralorgan auf vehemente Ablehnung, zumal sie unter anderem durch die Mehreinnahmen aus Steuererhöhungen gedeckt werden sollten – Steuern, die vor allem zulasten des Proletariats gehen würden.²⁴⁰

Die Denkschrift des Gouverneurs über die Kriegsursachen wurde im Februar 1906 veröffentlicht, fand aber nur noch wenig Beachtung. Die *KVZ* druckte die wichtigsten Inhalte unkommentiert ab, während der *Vorwärts* sich darin bestätigt sah, dass die Hauptursache die Unterdrückung der Kolonisierten gewesen sei.²⁴¹

Im Sog der Aufdeckung der schon erwähnten Kolonialskandale fiel der Blick erneut auf ‚Deutsch-Ostafrika‘ und den im Frühsommer 1906 noch immer nicht beendeten Krieg. Während die *KVZ* ihr hauptsächliches Augenmerk auf die Enthüllungen des Zentrumsabgeordneten Erzberger (und die Reaktionen darauf) richtete, hatte sich der *Vorwärts* zusätzlich der Lektüre

²³⁸ Vgl. *KVZ* 46, 999: 03.12.1905; *KVZ* 46, 1023: 10.12.1905; *KVZ* 46, 1026: 11.12.1905 und *KVZ* 47, 31: 12.01.1906.

²³⁹ Vgl. *KVZ* 46, 707: 27.08.1905.

²⁴⁰ Vgl. VOR 22, 279: 29.11.1905. Vgl. hierzu auch Schröder 1968:144.

²⁴¹ Vgl. *KVZ* 47, 90: 01.02.1906 und VOR 23, 26: 01.02.1906.

der Kolonialpresse gewidmet. Einen Artikel der *Usambara Post*²⁴² nahm die Redaktion zum Anlass, die Unverhältnismäßigkeit der Mittel im Maji-Maji-Krieg aufzuzeigen:

„Jedes Kind weiß doch, daß für unsere Kolonialpolitik nicht etwa das alttestamentarische: ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘ gilt, sondern daß jedes Verbrechen Eingeborener zehnfach und hundertfach gerächt wird! Die Zahl der bei dem ostafrikanischen Aufstand ermordeten Weißen läßt sich an einer Hand abzählen – dafür sind bis jetzt schon mehrere Tausend Eingeborene niedergeknallt worden!“ (VOR 23, 118: 23.05.1906)

Die Formulierungen machten einiges klar: Beim Tod der wenigen Weißen handelte es sich um Einzelfälle, während viele afrikanische Kämpfer einem Massaker zum Opfer fielen. Angesichts der zahlenmäßigen Überlegenheit der afrikanischen Kriegerverbände – die ja hinreichend bekannt und gefürchtet war – konnte diese Rechnung nur durch einen Technologievorsprung in Sachen Kriegstechnik aufgehen: durch die Verwendung von Maschinengewehren auf deutscher Seite. Die Argumentation des *Vorwärts*, dass es sich um eine ungerechte Sühne einzelner Verbrechen handelte, war deshalb etwas schwach, da sie völlig außer Acht ließ, dass sich die beiden Parteien im Krieg befanden und folglich die rechtlichen Regeln, die im kolonialen Frieden gelten sollten, ausgeschaltet waren. Geschickter wäre es womöglich gewesen, die Unverhältnismäßigkeit der militärischen Mittel, die zweifellos für die genozidalen Folgen verantwortlich waren, in Bezug zur Kriegssituation zu setzen. Schließlich wurden mit Maschinengewehren nicht nur Angriffe der afrikanischen Verbände abgewehrt, sondern vor allem Überraschungsangriffe²⁴³ auf afrikanische Kriegslager und zivile Siedlungen geführt. Trotzdem war an dieser Darstellung des *Vorwärts* bemerkenswert, dass überhaupt einmal die Methoden der Kriegsführung in irgendeiner Weise kritisiert wurden – eine Kritik, die fortan nicht mehr verstummen sollte.²⁴⁴

Schon Ende des Jahres 1906 kündigten sich, wie die *KVZ* schrieb, weitere Folgen des *Maji Maji* für die afrikanische Bevölkerung an,²⁴⁵ doch erst im Februar 1907 – als die Reichstagswahlen abgeschlossen waren – nahmen sich die Redaktionen wieder Raum für Veröffentlichungen dieser Art. Die *Kölnische Volkszeitung* erhielt die Nachrichten wie üblich durch Berichte aus den Missionsstationen:

„Aus dem Bezirke Ungoni [...] Der Aufstand hat das Seinige zurückgelassen, vor allem Hunger. [...] Viele Leute werden krank, besonders die alten Leute und die kleinen Kinder. [...] Ein großer Teil der Leute ist fort in die Wildnis, um sich dort Gras und Kräuter zu suchen.“ (KVZ 48, 143: 18.02.1907)

²⁴² Die *Usambara Post* erschien einmal wöchentlich in Tanga und vertrat Siedler- und Pflanzereinteressen. Vgl. Redeker 1937:93f.

²⁴³ Vgl. beispielsweise Johannes 1906/7 in DOAZ 8, 50: 15.12.1906 und 51: 22.12.1906. Auch Baer 2001:99.

²⁴⁴ Vgl. VOR 23, 147: 28.06.1906; VOR 23, 291: 14.12.1906 und VOR 24, 153: 04.07.1907.

²⁴⁵ Vgl. KVZ 47, 946: 05.11.1906 und KVZ 47, 1064: 12.12.1906.

Es folgte die Publikation mehrerer privater Briefe ähnlichen Inhalts: Sie vermittelten zwar durch ihre Detailtreue eine Ahnung des Ausmaßes der verheerenden Hungersnot und auch ansatzweise eine Erklärung dafür, doch mit direkten Schuldzuweisungen hielt man sich zurück.²⁴⁶ Diese allerdings konnte man im *Vorwärts* lesen, der weniger detailliert berichtete, dafür aber ausdrücklich die deutsche Kolonialpolitik respektive die Kriegsführung als Ursachen für die Lage der afrikanischen Bevölkerung anprangerte.²⁴⁷

Ein Jahr später – die deutsche Presse beschäftigte sich nicht mehr mit *Maji Maji* – zog der *Vorwärts* eine ironisch-bittere Bilanz:

„Ein Volk wird in seiner Wirtschaftsweise, seinen Eigentumsverhältnissen, seinen Sitten und Gebräuchen auf das schmachlichste verletzt und vergewaltigt. Es rebelliert und flüchtet in die Berge und Wälder. Da man der Leute nicht habhaft werden kann, vernichtet man ihre Bebauungen, zerstört ihre Nahrungsvorräte. Man schneidet ihnen so den Rückzug ab und jagt sie immer weiter in die Wildnis. Blutlachen und Leichen bezeichnen den Weg, und die Pest als treue Verbündete der europäischen Kulturträger verrichtet ihr scheußliches Mordwerk. Verwundete, Sieche, ausgehungerte Menschen, Mütter, die vergebens ihre Säuglinge an die ausgedörrten Brüste pressen, irren verschmachtend durch die Wüste und werden zur Beute der reißenden Tiere. Das ist das deutsche Werk in Ostafrika!“ (VOR 25, 33: 08.02.1908)

Letztendlich beinhaltete diese vehemente Anklage der deutschen Kolonial(kriegs)politik – trotz des agitatorischen, sensationslüsternen Charakters des Textes – die wesentlichen Punkte des *Maji Maji*, die für die sozialistische Argumentation gegen das kapitalistische Kolonialsystem vonnöten waren: wirtschaftliche Ausbeutung, kulturelle Unterdrückung und erbarmungslose Kriegsführung.

Zusammenfassend: Nach einer anfänglichen Unterschätzung der militärischen Konfrontationen in ‚Deutsch-Ostafrika‘ gewann *Maji Maji* sowohl in der *Kölnischen Volkszeitung* als auch im *Vorwärts* innerhalb kurzer Zeit eine sehr große Bedeutung. Befürchtungen, dass dieser Krieg die Deutsche Kolonialmacht an den Rand einer Katastrophe bringen könnte, wurden unter Verweis auf den Kolonialkrieg in ‚Deutsch-Südwestafrika‘ geäußert. Die *KVZ* im besonderen bemühte sich *Maji Maji* in Zusammenhängen zu sehen: als Teil einer verfehlten Kolonialpolitik, aber auch im Rahmen weltpolitischer Konstellationen. Die ersten militärischen Erfolge nahmen dem Krieg die Brisanz – er büßte seinen Stellenwert in der Parteipresse ein. Welche Bedeutung *Maji Maji* für die afrikanische Bevölkerung haben könnte, versuchte der *Vorwärts* schon früher als die *KVZ* zu ergründen. Doch erst als vernichtende Hungersnöte und Epidemien im Kriegsgebiet erneut unzählige Tote forderten, wurde die verheerende Wirkung der deutschen Kriegsführung thematisiert. Während die *Kölnische Volkszeitung* die gesamten Vorgänge ähnlich wie Gouver-

²⁴⁶ Vgl. *KVZ* 48, 167: 25.02.1907; *KVZ* 48, 314: 13.04.1907 und *KVZ* 48, 320: 15.04.1907.

²⁴⁷ Vgl. *VOR* 24, 45: 22.02.1907; *VOR* 24, 87: 14.04.1907 und *VOR* 25, 33: 08.02.1908.

neur Götzen²⁴⁸ interpretierte, nämlich als die Auflehnung ‚heidnischer Naturvölker‘ gegen die christliche ‚Zivilisation‘²⁴⁹, sah der *Vorwärts* im Maji-Maji-Krieg den Kampf der unterdrückten, ausgebeuteten Kolonisierten gegen die kapitalistische Kolonialmacht.²⁵⁰

5.2. ‚Naturvölker‘ versus ‚Zivilisation‘

Trotz der Solidarität mit der afrikanischen Bevölkerung ‚Deutsch-Ostafrikas‘ unterwarf sich auch der *Vorwärts* den Lehren des wissenschaftlichen Rassismus in seinen Berichten zu *Maji Maji*. Zugegeben, von einer ‚kulturell niedriger stehenden Rasse‘ war in den Kriegsberichten nicht explizit die Rede, doch konnte dies indirekt aus verschiedenen Beiträgen zum Krieg gelesen²⁵¹ und mit konkreten Aussagen, die im *Vorwärts* besonders während der Kolonialdebatte 1907 gemacht wurden, verglichen und belegt werden. Vor allem drei Merkmale, die der afrikanischen Bevölkerung zugeschrieben wurden, schufen und prägten das Bild von ‚Naturvölkern‘ als Gegenpol zu europäischen Nationen: Unterentwicklung, Unselbständigkeit und Unzuverlässigkeit. Eine hinter der europäischen ‚Zivilisation‘ zurückstehende Entwicklung wurde beispielsweise dargestellt, indem von einem „räuberischen und dem Trunke ergebenen Stamm“ (VOR 22, 198: 25.08.1905), der „schon immer unbotmäßig“ (ibid.) gewesen sei, die Rede war. Diese Eigenschaften – wild, alkoholabhängig, starrsinnig und ungehorsam – bedeuteten eine Positionierung der afrikanischen Gesellschaften außerhalb der Verhaltensweisen, die als ‚zivilisiert‘ galten. Ebenso wurden die Rechtsbräuche der kolonisierten Gesellschaften nicht einfach als unterschiedlich bezeichnet, sondern in eine eurozentrische Werteskala eingepasst:

„Die Rechtsanschauungen unzivilisierter oder wenig zivilisierter Völkerschaften mögen nach dem Maßstab europäischer Kultur- und Staatsbegriffe entschieden minderwertig sein, so erscheinen sie doch den Völkern, für die sie gelten, nicht so und der Fremde, der sie absichtslos oder gar absichtlich verletzt, macht sich damit von vorneherein eine ungünstige Position für seine eigenen politischen oder wirtschaftlichen Zwecke. Gesellt sich dazu nach Petersschem Muster noch ein ungezügelttes Herrengefühl, so sind die Folgen Reibungen im kleinen oder schließlich blutige Aufstände großen Umfanges.“ (VOR 24, 161: 13.07.1907)²⁵²

²⁴⁸ Götzen schrieb in seiner Denkschrift wörtlich: „Zur richtigen Beurteilung der Verhältnisse muß ferner die Tatsache berücksichtigt werden, daß es sich um eine rein heidnische Bewegung handelt, um ein Reagieren des ‚Buschnegers‘ gegen die vordringende Kultur.“ (Götzen 1906:2).

²⁴⁹ Vgl. beispielsweise KVZ 46, 1026: 11.12.1905.

²⁵⁰ Vgl. u. a. VOR 22, 206: 03.09.1905.

²⁵¹ Häufig wurden Zitate aus anderen Quellen unwidersprochen stengelassen oder sogar ausdrücklich befürwortet.

²⁵² Die Kritik am „ungezügeltten Herrengefühl“ zielte wohl weniger auf das „Herrengefühl“ selbst als vielmehr auf die „ungezügeltte“ Ausübung desselben ab, wie uns der Hinweis auf das Verhalten Peters’ wissen ließ. Dieser wurde damit als Einzelperson in die Nähe der ‚Unzivilisiertheit‘ gerückt. Zu Kolonisatoren vgl. Kapitel 5.4.

Diese Worte waren zwar nicht von der Redaktion des *Vorwärts* formuliert worden – sie waren ein Zitat aus der *Frankfurter Zeitung*²⁵³ –, doch sie wurden ausdrücklich als richtig bestätigt. Das Verständnis, das scheinbar für die kolonisierten Gesellschaften aufgebracht wurde, war ein paternalistisches. Die Kolonisierten hätten keine Einsicht in die angebliche ‚Minderwertigkeit‘ ihrer Rechtsvorstellungen und zu Missverständnissen käme es nur aufgrund des Verhaltens der Kolonisatoren. Diese allein wurden als handelnde Subjekte dargestellt, in deren Händen es läge, eine Kommunikationsmöglichkeit zu finden, während die kolonisierte Bevölkerung lediglich reagieren könne. Damit waren zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Kolonisierte wurden sowohl als ‚minderwertig‘ als auch als unselbständig dargestellt. Dieselbe Quintessenz konnte aus einem kurzen Text, der den Erfolg der Kolonisierten im letzten Gefecht des Stabsarztes Wiehe in Zusammenhang mit der deutschen Kriegsführung setzte, gezogen werden.

„Daß dieser in Leichenverstümmelung [des Stabsarztes] sich ohnmächtig austobende Haß nicht nur auf die Knechtung und Mißhandlung zurückzuführen ist, die den ostafrikanischen Aufstand hervorgerufen haben, auch nicht nur auf das furchtbare Blutvergießen, das von den deutschen Truppen unter den infolge ihrer schlechten Bewaffnung nahezu wehrlosen Eingeborenen während des Feldzuges angerichtet worden ist, sondern auf ganz besondere Barbarei der Kriegsführung, das beweist folgender Passus der Darstellung der ‚Ostafrikanischen Zeitung‘.“ (VOR 23, 147: 28.06.1906)

Die Hilflosigkeit der afrikanischen Krieger wurde hier mehrfach demonstriert: Ohnmacht und Wehrlosigkeit gegenüber der hochgerüsteten Kolonialmacht hätten dazu geführt, dass sie mit ‚barbarischem‘ Verhalten, noch dazu gegenüber einem Toten, reagierten – und so ihre ‚Minderwertigkeit‘ bewiesen.²⁵⁴ Obendrein nahm der *Vorwärts* diese gewalttätige Reaktion in Schutz, setzte sie in Relation zur deutschen Kriegsführung, deren ‚besondere Barbarei‘ (ibid.) im Auslegen manipulierter Munition bestand²⁵⁵, und vertiefte damit auf subtile Weise den Eindruck von armen, wehrlosen Wesen.

Das Image der schwarzen Bevölkerung wurde durch den Vorwurf der Unzuverlässigkeit vervollständigt – seien es Zweifel an der Treue der afrikanischen Soldaten in der Kolonialtruppe²⁵⁶ oder am Wahrheitsgehalt einer von Afrikanern übermittelten Meldung:

„Auch diese Nachricht [vom Angriff auf Liwale] ist durch Eingeborene übermittelt worden, wird jedoch vom Gouverneur für glaubhaft gehalten.“ (VOR 22, 1995: 22.08.1905)

²⁵³ Die linksliberale *Frankfurter Zeitung* erschien fünfmal täglich in Frankfurt am Main. Vgl. Rieger 1957:120.

²⁵⁴ Man erinnere sich im Vergleich dazu nur an die ‚Trophäen‘, die die deutsche Truppe aus dem Herero-Nama-Krieg mit nach Hause nahmen: vor allem die Schädel der getöteten Herero. Vgl. Baer 2002:289. Aber auch Ohren und Hände getöteter Gegner wurden als private Souvenirs ins Deutsche Reich gebracht. Vgl. VOR 24, 169: 23.07.1907.

²⁵⁵ Vgl. Kapitel 5.4.

²⁵⁶ Vgl. VOR 22, 195: 22.08.1905.

Die Mitteilung war offensichtlich weder durch Weiße überbracht worden, noch hatte sie ein europäischer Augenzeuge bestätigt. Erst das Wort des Gouverneurs verlieh dem Gesagten die Glaubwürdigkeit, die es benötigte, um in deutschen Zeitungen gedruckt zu werden.²⁵⁷

Im Einzelnen mögen diese Interpretationen nach Überbewertung einzelner Worte aussehen, allerdings hätte man dann vergessen, dass die vermittelten Bilder schon damals gängige Stereotypen waren, mit denen die ‚Anderen‘ beschrieben und bewertet wurden. Man hätte außerdem vergessen, die Berichte über *Maji Maji* im Zusammenhang mit der kolonialpolitischen Linie des *Vorwärts* zu lesen.²⁵⁸ Kautsky, dessen Ansichten dem *Vorwärts* als Leitfaden galten, hatte beispielsweise auf dem Internationalen Sozialistischen Kongress 1907 eine mit großer Zustimmung aufgenommene Rede gehalten.

„Weiter hat man gesagt, wir hätten Zivilisationspolitik zu treiben und müssten hinausgehen zu wilden Völkerschaften, um die Naturvölker als Lehrer und Berater zu bilden. Ja, das müssen wir allerdings, ich stimme dem, was Bebel im Reichstage gesagt hat, vollständig zu. Wir sind selbst daran interessiert, daß diese Naturvölker auf eine höhere Stufe gelangen, aber ich bestreite, daß dazu eine Kolonialpolitik, daß dazu die Eroberung und Festhaltung eines fremden Landes nötig ist. [...] Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß niedrigstehende Völker der Zivilisation, die ihnen höher stehende Völker bringen, feindlich gegenüberstehen. Alle Erfahrung zeigt im Gegenteil, daß da, wo man den Wilden freundlich entgegenkommt, sie die Werkzeuge und Hilfsmittel [sic] der höheren Zivilisation gern annehmen.“ (VOR 24, 196 (Bbl.1): 23.08.1907)²⁵⁹

Aus dieser Passage wurde mehr als deutlich, dass auch die Sozialdemokratie davon ausging, dass die Menschheit in ‚Rassen‘ einteilbar sei und dass es die ‚weiße Rasse‘ sei, die an oberster Stelle einer biologisch begründeten Hierarchie stehe und die Einteilung vornehme.²⁶⁰

Von dieser grundsätzlichen Annahme unter Verwendung der oben genannten Attribute für die afrikanische Bevölkerung ging die *Kölnische Volkszeitung* in ihrer Berichterstattung über *Maji Maji* ebenso aus.²⁶¹ Allerdings formulierte die katholische Zeitung diese Weltsicht wesentlich deutlicher und benutzte besonders häufig die Darstellung vom „kindisch angelegten Gemüte der Schwarzen“ (KVZ 46, 1026: 11.12.1905), das der Führung eines Erwachsenen bedürfe.²⁶² Das

²⁵⁷ Vgl. auch KVZ 46, 692: 22.08.1905.

²⁵⁸ Vgl. Kapitel 3.2.

²⁵⁹ Die angesprochene Rede Bebels war am 01.12.1906 im Reichstag gehalten worden. Darin hatte Bebel die Möglichkeit erwogen, dass eine Kolonialpolitik, die nicht Eroberungs- sondern Kulturpolitik wäre, die Zustimmung der Sozialdemokratie finden würde. Vgl. das Zitat der entsprechenden Passage in VOR 24, 201: 29.08.1907.

²⁶⁰ In eben jener Diskussion auf dem Internationalen Sozialistischen Kongress wurde in dieser Hierarchie den asiatischen Gesellschaften eine Position oberhalb den afrikanischen, aber unterhalb den europäischen zugewiesen. Vgl. VOR 24, 196 (Bbl.1): 23.08.1907. Vgl. zusätzlich VOR 24, 17 (Bbl.1): 20.01.1907; VOR 24, 210: 08.09.1907 und VOR 24, 233: 05.10.1907.

²⁶¹ Vgl. u. a. KVZ 46, 692: 22.08.1905 (Unglaubwürdigkeit); KVZ 46, 698: 24.08.1905 (Unzuverlässigkeit der afrikanischen Soldaten der Schutztruppe); KVZ 46, 745: 09.09.1905 (kulturelle Unterentwicklung).

²⁶² Vgl. u. a. KVZ 46, 707: 27.08.1905; KVZ 46, 1026: 11.12.1905; KVZ 47, 1050: 08.12.1906.

war nicht weiter erstaunlich, übernahmen doch die Missionen die daraus abgeleitete Schutz- und Erziehungsfunktion. Viel interessanter für die Argumentationslinie der *KVZ* war aber die Unterscheidung zwischen denjenigen, die im Krieg auf afrikanischer Seite kämpften, und denen, die die deutsche Seite unterstützten. Die Zeitung unternahm diese Einteilung anhand der Religionszugehörigkeit der jeweiligen Gruppen, indem sie in Nicht-Christen die Krieger zu erkennen meinte, während sie die christlichen AfrikanerInnen als loyal wahrnahm – diese Zuordnung entsprach dem Eindruck, den die *Kölnische Volkszeitung* insgesamt von *Maji Maji* hatte. Zwei Wesenszüge wurden als ausschlaggebend für die Persönlichkeiten der afrikanischen Kämpfer in beinahe jedem Bericht über den Krieg wiederholt: sie seien ‚abergläubisch‘ und ‚barbarisch‘.²⁶³ So berichtete Pater Leo beispielsweise über den Angriff auf die katholische Missionsstation Nyangao:

„Abends kam noch die Nachricht, daß für heute keine Gefahr sei; für morgen früh 8 Uhr meldete sich die Räuberbande an; [...] Am nächsten Morgen, Montag, den 28. August, krochen wir wieder in dichten Busch, um uns zu verstecken; still betend lagen wir auf bloßer Erde. 8 Uhr morgens zeigte uns der Schuß aus einer Flinte den Beginn des Ueberfalles [sic] an. Nun ging es ans Rauben, wie uns unsere Leute von der Mission, die sich die Sache von ferne ansahen, nachher berichteten. In ganz barbarischer Weise gingen diese Mordbrenner zu Werke; zuletzt ging alles in Flammen auf bis auf das Schwesternhaus, das wegen des Blechdaches nicht in Brand gesteckt werden konnte. Jahrelange Arbeit ward in wenigen Stunden vernichtet, und erst die Arbeit für die vielen Kinderseelen, die in den letzten Jahren zum Unterrichte in den Schulen gesammelt wurden!“ (KVZ 46, 817: 03.10.1905)

Die Beschreibung vermittelte den Eindruck einer exakt geplanten Aktion – mit Voranmeldung und Startschuss. Dies schien zunächst ein Indiz für die Anerkennung einer gewissen ‚Entwicklung‘ der Angreifer zu sein, doch die letzten beiden Sätze drückten wieder das Gegenteil aus: die afrikanischen Krieger gingen ‚barbarisch‘ vor – sie mordeten und brandschatzten – und sie konnten weder materielle noch ideelle Werte (ein-)schätzen.²⁶⁴ Ein weiterer Bericht über die Ereignisse in Nyangao erzählte Ausführliches über ein Gefecht zwischen den fliehenden Missionaren und ihren Verfolgern:

„Unmittelbar darauf ertönte von drei Seiten ein dumpfes Hu, hu, und die schwarzen Krieger tauchten in sehr bedenklicher Nähe auf. P. Leo griff zu seinem Gewehr und streckte auch bald einen Feind nieder. Beim fünften oder sechsten Schuß wurde er aber am linken Oberarm von einer Kugel getroffen; der Knochen war zerschmettert. Bruder Cyprian, ein ehemaliger Unteroffizier, stand allein im Feuer; er konnte etwa dreißig Schüsse abgeben. Vier Tote lagen am Platze, und einige waren verwundet.

²⁶³ Vgl. bzgl. ‚Heidentum‘ u. a. KVZ 46, 794: 25.09.1905; KVZ 46, 999: 03.12.1905 und KVZ 46, 1026: 11.12.1905. Bzgl. ‚Barbarei‘ vgl. u. a. KVZ 46, 765: 15.09.1905; KVZ 46, 852: 14.10.1905 und KVZ 46, 1023: 10.12.1905.

²⁶⁴ Zum Vergleich: Als Militäraktion der deutschen Kolonialtruppe wurde eine ebensolche totale Zerstörung eines Dorfes als erfolgreiche ‚Strafexpedition‘ gewertet. Vgl. z. B. Johannes 1906/7 in DOAZ 8, 51: 22.12.1906 und Paasche 1907:327-336.

Da traf ihn eine Kugel in die Hand, während er gerade das Gewehr im Anschlag hatte. Nachdem beide kampfunfähig waren, sagte P. Leo: Nun wollen wir zusammen sterben. Schon vorher hatte er mit lauter Stimme die Absolution gesprochen. Und siehe da, die abergläubischen Heiden, welche dies wohl für Zauber hielten, flohen.“ (KVZ 46, 808: 30.09.1905)

Obwohl sie die Initiative ergriffen hatten, wurden die afrikanischen Angreifer nicht als handelnde Subjekte dargestellt. Die Szene wurde vollkommen von den Weißen Missionaren bestimmt, denen trotz ihrer Unterzahl und trotz ihrer Verwundungen die Flucht gelang. Sie wurden – einmal abgesehen von ihren Gewehren – sozusagen durch ihren ‚Glauben‘ gerettet, zugleich aber auch durch den ‚Aberglauben‘ der nicht-christlichen Afrikaner. Doch nicht nur die Verwirrung angesichts eines Kreuzzeichens, das mit des Paters Absolution sicherlich einherging, wurde in der *KVZ* als Aberglauben gewertet. Als Gegenstück zum ‚vernünftigen‘ christlichen Glauben im Zeichen des Kreuzes präsentierte man den Koleo-Kult und dessen Schutzmittel *Maji*:

„Es ist fast unglaublich und unbegreiflich, wie sehr die Schwarzen das Gerede ihrer Zauberer als bare Münze hinnehmen. Wenn der große ‚Mganga‘ (Zauberer) spricht, so sind seine Worte lauter Glaubensartikel, über die kein Heide nachzugrübeln sich getrauen wird. Diesmal hatte der Zauberer feierlich erklärt, daß sich kraft seiner Zaubermedizin im Kampfe gegen die Ausländer die Geschosse ihrer Gewehre in Wasser verwandelten, sobald sie den Lauf verließen. Was man wünscht, glaubt man gern; dies gilt besonders für kindliche Gemüter, wie es die Schwarzen nun einmal sind. Vor einem erfrischenden Wasserstrahl von seiten der Europäer brauchte niemandem bange zu sein, selbst nicht dem Feigsten, zumal ja soviele ‚Watu wa Vita‘ (Krieger) gegen die Häuflein von Weißen mit ihrem geringen Anhang zogen. Darum mutig voran! Tod allen Ausländern!“ (KVZ 46, 1026: 11.12.1905)

Der Autor – Pater Lamberty aus Ilonga (Usagara) – gab sich völlig erstaunt über die Ehrfurcht und das Vertrauen, das einer afrikanischen religiösen Autorität entgegengebracht wurde, und interpretierte das Verhalten als sträfliche und dumme Leichtgläubigkeit. Vor allem den Glauben an die vorhergesagte Verwandlung der Gewehrkerne in Wasser stellte er als lächerlich hin, da sie rein physikalisch nicht funktionieren konnte. Bei genauerer Betrachtung schlug der Versuch des Othring hier völlig fehl: Erstens war die dem *Mganga* entgegengebrachte Ehrfurcht vergleichbar mit derjenigen, die katholischen Patern gebührte, und zweitens ähnelte der Wandlungsglaube stark der katholischen Transsubstantiation – der Wandlung von Brot und Wein in Leib und Blut Christi. Im Grunde genommen zeugte dieser Abschnitt, der zur Diffamierung der AfrikanerInnen als irrationale, ‚abergläubische‘ Menschen gedacht war, lediglich vom Fehlen jeglicher Selbstreflexion des Paters. Sicherlich verfehlte er dennoch nicht seine Wirkung bei der katholischen Leserschaft.

Den ‚abergläubischen, barbarischen Wilden‘ standen auf der anderen Seite ‚treue‘ ChristInnen gegenüber. Das Paradebeispiel war die Rettung des Bruders Meinrad Berger von der Missionsstation Lukuledi, der aufgrund eines kranken Fußes nicht mit den übrigen Missionaren hatte fliehen können, sondern sich in der Nähe versteckt halten musste:

„Darum sagte ich zu den Leuten: ‚Ich kann nicht fliehen, ihr müßt mich beschützen und mir auch zu essen geben, denn ich habe nichts.‘ Sie antworteten: ‚Wir tun es gerne, du brauchst uns nur zu folgen, dann werden wir dich nicht verraten, wenn es uns auch Hab und Gut und selbst das Leben kostet.‘ [...] Der treue Magnus ließ in seiner Sorge um mich seine eigenen Sachen liegen, um für mich einiges zu retten. Er verlor alles: seine Kleider, seine Taschenuhr und einiges Bargeld. [...] bald erkannten sie mich und sagten: [...] Man hat viel nach dir gesucht, viele Leute hat man gefangen und drangsaliert, sie sollten sagen, wo der Bruder sei. Lingowe [...] ist mißhandelt worden, man hat ihm sein Gewehr und seine Kleider genommen, sein Haus angezündat [sic], aber er hat dich nicht verraten, dem Germanus hat man das Gewehr mit gespanntem Hahn auf die Brust gesetzt, aber auch er hat jede Auskunft verweigert. Monika ist eingefangen worden; man hat ihr die Kleider vom Leibe gerissen und wiederholt gefragt, wo der Bruder sei, aber sie hat nichts gesagt.“ (KVZ 46, 1023: 10.12.1905)

Das Verhalten dieser afrikanischen ChristInnen war vor allem von Subordination und Gehorsam geprägt: Der Missionar hatte ihnen seine Rettung befohlen – nicht etwa um ihre Hilfe gebeten – und die AfrikanerInnen hatten gehorcht, auch wenn dies für sie mit erheblichen Verlusten, Misshandlungen oder Todesangst verbunden war.²⁶⁵ Lediglich diese und eine weitere Erzählung in der *KVZ* gingen näher auf loyale afrikanische ChristInnen ein, während die Eigenschaften und Taten der Krieg führenden ‚Heiden‘ häufig und ziemlich detailliert beschrieben wurden. Die Methode des Othering wurde also nicht nur zur Abgrenzung der ‚weißen Rasse‘ von der ‚schwarzen‘, sondern auch zur Abgrenzung der ‚guten‘ von den ‚bösen‘ AfrikanerInnen verwendet und durch die explizite Definition des ‚Anderen‘ verstärkt. Eine derartige Parteiergreifung für die christlichen AfrikanerInnen bedeutete eine Aufwertung dieser Menschen, die ihre Loyalität und zugleich ihren Glauben in der höchsten Not bewiesen hatten und damit nicht mehr als ‚wild‘ und ‚abergläubisch‘ galten. Doch den Makel der ‚Unterentwicklung‘ waren sie in den

²⁶⁵ Als Ausnahme musste Lingowe gelten: Er war ein „alter Heide“ (ibid.), der noch vor der Flucht der Missionare angeboten hatte, als Vermittler mit den Angreifern zu verhandeln. Er wurde in keine der beiden Kategorien ‚wilde Heiden‘ oder ‚treue ChristInnen‘ eingeordnet.

Augen der *Kölnischen Volkszeitung* weder durch ihre Bekehrung noch durch die Glaubensdemonstration während *Maji Maji* losgeworden. Sie wurden auf eine neue Ebene der kolonialen Hierarchie gestellt: Sie galten als subaltern, wohlgezogen und treu, sie standen höher als ‚Heiden‘, selbstverständlich aber ‚niedriger‘ als EuropäerInnen.

Eine solche Unterscheidung und differenzierte Hierarchisierung zwischen ‚guten‘ und ‚bösen‘, christlichen und nicht-christlichen AfrikanerInnen war im *Vorwärts* nicht zu finden. Für das sozialistische Organ waren alle Kolonisierten von Unterdrückung betroffen – gleichgültig, ob diese von der Kolonialmacht in Form von Zwangsarbeit und Steuern ausgeübt wurde oder von den Missionen durch Bekehrung, Schule und *persistent persuasion*.

An dieser Stelle sollte noch einmal auf die Mittel eingegangen werden, mit denen die Zeitungen die Definierung von ‚Naturvölkern‘ und im Rückschluss daraus von ‚Zivilisation‘ vornahmen. Bisher konnte gezeigt werden, dass sowohl die *Kölnische Volkszeitung* als auch der *Vorwärts* eine Homogenisierung der Kolonisierten durch die Verwendung von Stereotypen vollzogen und eine angebliche ‚Minderwertigkeit‘ der AfrikanerInnen durch die Darstellung vermeintlicher Andersartigkeit hervorhoben. Als weitere Methode fungierte die Inszenierung einer Realität, in der Kolonisatoren als agierende Subjekte und Kolonisierte als zu betrachtende, reagierende Objekte definiert wurden. Dies galt auch für die Differenzierungen der *KVZ*: Es wurden neben gehorsamen christlichen AfrikanerInnen auch ‚fanatisierte‘ Nicht-Christen, die in ihrem Handeln einem ‚Zauberer‘ unterworfen waren, vorgeführt. Kritik an einer solchen Inszenierung hatte die Zeitung kaum zu fürchten, waren doch als authentisch geltende Augenzeugenberichte im Deutschen Reich nicht überprüfbar, ergo nicht anfechtbar. Dem *Vorwärts* fehlte der Vorteil der Authentizität trotz seiner Anlehnung an die *Deutsch-Ostafrikanische Zeitung*. Die Inszenierung der kolonialen Subjekt-Objekt-Realität fand deshalb in der Gestaltung der Texte statt. Sie waren zumeist in agitierendem Ton geschrieben und stellten Zusammenhänge her, die diese Realität verdeutlichten.²⁶⁶ Auch die Auswahl der Ereignisse, über die berichtet wurde, konnte der Positionierung der ‚Naturvölker‘ dienlich sein. Die *Kölnische Volkszeitung* stellte, abgesehen von militärischen Kurzmeldungen, nur die Angriffe der afrikanischen Krieger auf die Missionsstationen dar und entzog sich damit einer Beurteilung der deutschen Kriegsführung, die sehr wohl auch als ‚barbarisch‘ bezeichnet werden konnte.²⁶⁷ Der *Vorwärts* hingegen beschäftigte sich mehr mit dem militärischen Vorgehen der Kolonialmacht und erörterte selten die Handlungen der afrikanischen Seite. Im Zusammenspiel von Auswahl und Inszenierung konnte die

²⁶⁶ Vgl. das Beispiel des letzten Gefechtes der Stabsarztes Wiehe in VOR 23, 147: 28.06.1906. Dort wurde ein Zusammenhang zwischen dem Verhalten der Afrikaner und der deutschen Kriegsführung hergestellt.

²⁶⁷ Zur deutschen Kriegsführung vgl. Kapitel 4.2.

Subjekt-Objekt-Realität linear in eine Täter-Opfer-Realität übersetzt werden: Weiße agierende Täter und Schwarze reagierende Opfer. Diese dichotome Darstellung der Beteiligten des *Maji Maji* war vor dem Hintergrund des sozialistischen Kampfes gegen den Kapitalismus notwendig, um eine klare Solidarisierung mit den Kolonisierten möglich zu machen. Die Begründung für diese Parteinahme wurde aus der rassistisch geprägten Ideologie, die von der Hilflosigkeit der angeblich ‚niedriger stehenden Rasse‘ ausging, abgeleitet. Die Realität, die die *Kölnische Volkszeitung* entwarf, beinhaltete eine komplexere Definition von Tätern und Opfern, deren Grenze entlang der Religionszugehörigkeit und der ‚Rasse‘ verlief: Weiße agierende christliche Opfer, Schwarze reagierende christliche Opfer und Schwarze reagierende nicht-christliche Täter. Die Ausblendung der deutschen Militäraktionen sorgte dafür, dass (christliche) Weiße als Täter nicht wahrgenommen wurden. Selbst die katholischen Missionare, die auf afrikanische Krieger geschossen hatten, waren Opfer, die sich verteidigen mussten. Durch die bewusste Betonung einer Täter-Opfer-Grenze zwischen Nicht-Christen und ChristInnen unterstützte die *KVZ* Argumentationen der katholischen Mission, die stets unter Rechtfertigungsdruck stand. So konnte darauf verwiesen werden, dass die Bekehrung von AfrikanerInnen von nahezu überlebenswichtiger Bedeutung für eine erfolgreiche Kolonisierung ‚Deutsch-Ostafrikas‘ war.

5.3. Christliche Kulturträger

Die von deutscher Seite ausgerufene ‚Kulturmission‘ bedeutete zu vorderst die Bekehrung der kolonisierten Bevölkerung zum Christentum. Die Erfüllung dieser Pflicht oblag den Missionen der verschiedenen Konfessionen, die in ‚Deutsch-Ostafrika‘, wie in anderen Kolonien auch, in Konkurrenz zueinander standen. Während *Maji Maji* trat dieser Wettlauf um afrikanische Seelen in den Hintergrund, denn plötzlich wurde interkonfessionelle Solidarität zur Rettung der eigenen Haut unumgänglich.²⁶⁸ Da von den Aggressionen der afrikanischen Bevölkerung vor allem die Stationen der katholischen Missionen betroffen waren²⁶⁹, war zu erwarten, dass die *Kölnische Volkszeitung* sich intensiv mit deren Rolle auseinandersetzen und gewissermaßen das Selbstbild katholischer Missionare präsentieren würde.

²⁶⁸ Die Benediktiner aus Lukuledi flüchteten sich beispielsweise zunächst auf die englische protestantische Station Masasi, von wo aus sie gemeinsam mit den protestantischen Missionaren an die Küste flohen. Vgl. *KVZ* 46, 808: 30.09.1905.

²⁶⁹ Dies lag allerdings nicht unbedingt an der spezifisch katholischen Art der Missionierung, sondern vielmehr an der Verteilung der Stationen auf ‚deutsch-ostafrikanischem‘ Gebiet. Aus historischen Gründen hatten sich im Kriegsgebiet vor allem katholische Missionen niedergelassen. Vgl. Tetzlaff 1982:190-193. Die angegriffenen Stationen gehörten zur Mission der Väter vom Heiligen Geist und zum Orden der Benediktiner. Vgl. *KVZ* 48, 214: 11.03.1907.

Das Image des Missionars war in der *KVZ* vor allem durch die Qualitäten geprägt, die zur Erfüllung der ‚Kulturmission‘ notwendig waren. Dazu gehörte neben „lauterm [sic] Seeleneifer“ (KVZ 46, 489: 21.08.1905)²⁷⁰ zuerst ein unerschütterliches Gottvertrauen. Die heilige Messe, Gebete, Beichten und Absolution waren in den Berichten allgegenwärtig²⁷¹ und angesichts der darin beschriebenen Notlagen war das nur zu verständlich. Teilweise war die offene Vorführung dieses Vertrauens auch nicht ohne Wirkung geblieben, wie das Beispiel der in die Flucht geschlagenen Angreifer von Nyangao zeigen konnte. Für die Missionare stand, einmal der lebensbedrohlichen Situation entkommen, selten die Freude über die eigene Rettung im Vordergrund, laut *KVZ* war der erlittene Verlust die wichtigere Erfahrung:

„Man kann sich denken, in welcher Stimmung wir die Weiterreise antraten. Sämtliche Südstationen, die wir bisher besucht hatten, waren ein Opfer des Aufstandes geworden, die Nordstationen waren gefährdet, sie schienen verlassen zu sein. Wir konnten nur sprechen: ‚Gott hat es gegeben, Gott hat es genommen, sein Name sei gepriesen!‘“ (KVZ 46, 999: 03.12.1905)

Die materielle Zerstörung der Arbeit vieler Jahre konnte offensichtlich nur durch den Rückzug auf ideelle Werte ertragen werden. Pater Cyrillus Wehrmeister, Autor dieses Abschnitts und Augenzeuge im *Maji Maji*, berief sich zu diesem Zweck auf Gott als Sinnstifter und allmächtigen Lenker weltlicher Geschehnisse. Eben dieses Vertrauen in eine höhere, ideale Instanz ermöglichte es den Missionaren, eine weitere für die Kolonien notwendige Eigenschaft zu entwickeln: Sie hatten „Opfermut“ (KVZ 46, 686: 20.08.1905) und waren bereit, für ihre Ideale mit dem eigenen Leben einzustehen. Die „Blutzeugen“ (KVZ 46, 689: 21.08.1905) der katholischen Kirche hatten anscheinend ein ähnliches Verständnis von Ehre und Pflicht wie deutsche Soldaten:

„Wohl ist es für jeden Missionar wie katholischen Geistlichen und Soldaten Ehrensache und die Höhe seiner Aufgabe, wenn es gilt, selbst das Leben einzusetzen für die großen Ideale seines Berufes.“ (KVZ 46, 745: 09.09.1905)

Der Vergleich zwischen Missionar und Soldat war gar nicht so falsch. Beide sollten bereit sein, für das Ideal – d. h. für den Glauben an Gott oder den Glauben an die Nation – zu sterben. Und beide sollten bereit sein, ein Leben zu führen, das vor allem von Verzicht und Anstrengungen gekennzeichnet war.²⁷² Die enge Verbindung, die damit zwischen Mission und Militär hergestellt wurde, war in diesem Fall dringend nötig, handelte es sich doch um die Einleitungssätze zum

²⁷⁰ Vom Eifer der Missionare, Seelen zu retten, zeugte z. B. die Bekehrung von 40 Afrikanern kurz vor ihrer Hinrichtung als Rädelsführer des *Maji Maji* in Songea (vgl. KVZ 48, 214: 11.03.1907) oder die Bekehrung von verhungerten AfrikanerInnen: „Selbst beim Unterricht zur Vorbereitung auf die h. Taufe bei solchen, die dem Tode entgehen, ist es schwer, ihre Gedanken auf Gott und die heilige Lehre hinzulenken; mitten im Unterricht brechen sie in ähnliche Worte aus: Ich glaube alles, was du mir sagst, aber – – njaa – der Hunger.“ (KVZ 48, 314: 13.04.1907). (*Njaa* = swahili für *Hunger*) Eine derartiges Verständnis von Seelenrettung trug im Grunde zynische Züge.

²⁷¹ Vgl. u. a. KVZ 46, 773: 18.09.1905; KVZ 46, 817: 03.10.1905 und KVZ 46, 1026: 11.12.1905.

ersten Artikel, der zur Verteidigung des Bischofs Spiß veröffentlicht wurde. Es sollte die Behauptung entkräftet werden, der Bischof habe durch sein Verhalten die Ausbreitung des Krieges ausgelöst. Da war es ein gelungener Schachzug des Autors Pater D. Enshoff, Missionare zunächst ganz allgemein in die Nähe von Soldaten zu rücken und so ihren Patriotismus nachzuweisen: Das Christentum war schließlich der Teil der deutschen Identität, um den Missionare sich in den Kolonien verdient machten. Unter welchen Entbehrungen und Strapazen sie das taten, ließ sich während *Maji Maji* besonders gut darstellen. Sämtliche Missionare hatten auf der Flucht einen mehrere Tage langen Fußmarsch unter schlechten Nahrungsbedingungen hinter sich zu bringen, zum Teil waren sie krank oder verletzt, zum Teil konnten sie nicht direkt fliehen, sondern mussten sich erst tagelang versteckt halten.²⁷³ Über diese Ereignisse wurde in der *Kölnischen Volkszeitung* umfangreich berichtet, ebenso wie über die mühevollen Rückkehr zu den zerstörten Stationen und versprengten Gemeinden:

„Am 12. Juni [1906] gelangten die Missionare auf ihrem Missionsfelde an, besuchten zunächst die Christen beider Missionen [Nyangao und Lukuledi] und hielten Umschau, einen geeigneten Platz zur Neugründung zu finden. Diese anfänglichen Arbeiten boten Mühen und Entbehrungen zur Genüge. [...] Am 15. August wurde am Ndanda vom Bischof der Platz zur Neugründung benediziert und nun begannen die notwendigen Vorarbeiten: Ausroden des Platzes, Einrichtung einer Ziegelei, Beschaffung von Bauholz.“ (KVZ 47, 946: 05.11.1906)

Zusätzlich zu den körperlich anstrengenden Arbeiten hatten die Missionare auch mit weiteren Folgen des Krieges zu kämpfen. Während der Hungersnot in Ungoni, wo die Benediktiner Stationen Peramiho und Kigonsera zerstört worden waren, stellten sie ihre fürsorglichen Qualitäten unter Beweis, die sowohl in geistlichem Beistand²⁷⁴ als auch – und das war für die afrikanische Bevölkerung wahrscheinlich viel wichtiger – in Barmherzigkeit bestanden.

„Seit November [1906] wird täglich von der Mission in Peramiho an die Armen und zumal die Kinder Getreide verabreicht. Freilich kann man nicht alle befriedigen, denn es kommen ganze Scharen, und wenn man glaubt, sie abgefertigt zu haben, so stellen sich am nächsten Tage nur noch um so mehr ein. Mit kleinen Körbchen kommen sie angerückt, manche schon wankend und hinkend vor Schwäche.“ (KVZ 48, 314: 13.04.1907)

Die ‚humanitäre Hungerhilfe‘ – wie es heute wohl genannt würde – mutete beinahe wie eine nicht enden wollende Fließbandarbeit an, die geduldig jeden Tag aufs Neue erledigt wurde. Auch in anderen Berichten zur Hungersnot wurde die Verteilung von Nahrungsmitteln als reibungs-

²⁷² Dies traf besonders auf diejenigen zu, die in der kirchlichen bzw. militärischen Hierarchie unten standen. Das Offizierskorps dagegen hatte im Deutschen Reich eine gesellschaftlich hohe Stellung, dementsprechend konnte von einem entbehrungsreichen Leben – vergleichbar mit dem eines einfachen Gefreiten – nicht die Rede sein. Vgl. Nipperdey 1992:230-238.

²⁷³ Vgl. das Beispiel des Bruders M. Berger aus Lukuledi in Kapitel 5.2.

²⁷⁴ Vgl. u. a. KVZ 47, 946: 05.11.1906.

loser Ablauf beschrieben.²⁷⁵ Ganz so einfach und automatisch funktionierte die Versorgung der Hungernden sicherlich nicht, hatte doch die Missionsstation selbst Probleme, Nahrungsmittel zu besorgen. „Im Umkreise von weit über fünf Stunden ist kein Reis mehr aufzutreiben.“ (KVZ 48, 143: 18.02.1907) schrieb ein Missionar aus dem Bezirk Mahenge im November 1906 und in den Folgemonaten verschlimmerte sich die Lage erheblich.

Laut *Kölnischer Volkszeitung* bewiesen die Missionare rund um *Maji Maji* ihre Tugenden Bekehrungswillen, Gottvertrauen, Idealismus, Fürsorge und Barmherzigkeit. Nun konnte man sich fragen, inwiefern sie damit die Erwartungen der AfrikanerInnen an sie erfüllen konnten. Von der Nähe und dem Kontakt zu einer Mission versprachen sich lokale Autoritäten unter anderem diplomatischen Schutz gegenüber der Kolonialverwaltung, was Landfragen, Steuern und Arbeitsrekrutierungen betraf.²⁷⁶ Und gerade dies hatten die Missionare vor *Maji Maji* nicht zu erfüllen vermocht, hatten sie doch ihre Aufgabe als Vertreter des Gouvernements wahrgenommen und sich damit auf die Seite des Kolonialapparates gestellt. Was die *KVZ* als selbstverständlich empfand, war genau der richtige Angriffspunkt für den *Vorwärts*.

„Und wenn die Missionare noch als Förderer und Stützer eines solchen Ausbeutungssystems auftreten, so kann man es den Eingeborenen auch nicht verübeln, wenn sie das Heidentum einem solchen Ausbeuterchristentum vorziehen.“ (VOR 22, 206: 03.09.1905)

Die sozialistische Zeitung brandmarkte damit Missionare als Kollaborateure des kapitalistischen Unterdrückungssystems in den Kolonien²⁷⁷, weshalb weder der gewaltsame Tod des Bischofs Spiß und seiner BegleiterInnen noch die Angriffe auf die Missionen verwunderlich wären. Denselben Schluss zog auch die *KVZ*, allerdings fügte sich diese Erkenntnis ganz anders in ihre Argumentation ein, denn sie suchte den Fehler nicht bei der Mission selbst.

„Die Missionare, die im Innern des Landes leben, waren der Gefahr natürlich auch hier wieder zunächst ausgesetzt; möglich, daß sie, indem sie pflichtgemäß zum Gehorsam gegen die Regierung mahnten, sich bei manchen Leuten mißliebig machten, aber die Aufregung richtet sich doch keineswegs in erster Linie gegen sie, sondern gegen die Weißen überhaupt.“ (KVZ 46, 882: 24.10.1905)

Die *Kölnische Volkszeitung* schien in der Funktion der Mission als verlängertem Arm des Gouvernements nicht den tatsächlichen Grund für die Übergriffe zu sehen, auch nicht in der religiösen Zugehörigkeit oder der Missionstätigkeit. Vielmehr führte sie dafür allein eine ‚rassische‘ Einteilung an, mit deren Hilfe die afrikanischen Krieger ihre Opfer angeblich definierten.²⁷⁸ Dies entsprach nicht der von der Zeitung selbst konstruierten Täter-Opfer-Realität, die zum einen

²⁷⁵ Vgl. KVZ 48, 314: 13.04.1907 und KVZ 48, 320: 15.04.1907.

²⁷⁶ Vgl. Nestvogel 1987:63.

²⁷⁷ Vgl. auch VOR 23, 176: 01.08.1906.

²⁷⁸ Vgl. auch KVZ 46, 808: 30.09.1905 und KVZ 46, 882: 24.10.1905.

komplexer gestrickt war und zum anderen von der Religionszugehörigkeit wesentlich bestimmt wurde. Genau genommen lag hierin ein ziemlich subtiles Othering, das die Realitäts-Definition der *KVZ* zur Norm erhob und die afrikanischen Krieger als ‚minderwertig‘ beurteilte. Dies wurde umso offensichtlicher, zog man eine Textstelle zu Rate, die sechs Wochen vorher abgedruckt wurde:

„Trotz der Ermordung unserer Missionare, sowohl der neuesten bei Liwale, wie der älteren zu Pugu und den Mordtaten in der Südsee bleibt als missionsgeschichtliche Tatsache zu Recht bestehen, daß dem katholischen Missionar von den Natur- und Halbkulturvölkern nichts zuleide geschieht, wenn diese erst den caritativen, religiösen und kulturellen Zweck seines Kommens erkannt haben. So verfuhr erst im letzten Dezennium die Sita und Mangoni auf ihrem Raubzuge, so die Wahehe. Ja selbst die deutschen Soldaten waren als Begleiter des Missionars bei den gegnerischen Wahehe in Sicherheit, indes sie sonst während des jahrelangen erbitterten Krieges erbarmungslos niedergemacht wurden, wo es ging.“ (KVZ 46, 745: 09.09.1905)

Die getöteten Missionare stellten die Ausnahme dar, die folgende Regel bestätigen sollte: Sobald bekannt geworden sei, welcher Art die ‚Kulturmission‘ sei, sähe die kolonisierte Bevölkerung keinen Grund mehr, Missionare und ihre Begleiter – seien es auch deutsche Soldaten im Krieg – anzugreifen. Hieraus ließ sich schließen, dass die Zugehörigkeit zur Mission zum Kriterium erhoben wurde, von Kolonisierten nicht als Opfer und gleichzeitig auch nicht als Teil des Kolonialapparats markiert zu werden. Die Erkenntnis der ‚positiven Kulturmission‘ war es, die den Kriegern des *Maji Maji* gefehlt hatte. Damit wurden sie erneut in die Kategorie der ‚Heiden‘ eingeordnet, die gegen die ‚Zivilisation‘ kämpften – diesmal geschah die Rollenzuweisung aber durch die überhöhte Selbstdefinition der Mission.

Aus Sicht der *Kölnischen Volkszeitung* versprach sich die (christliche) afrikanische Bevölkerung während *Maji Maji* nur eines von den Missionen: Schutz vor den gewalttätigen Überfällen der Krieger. Doch die Stationen waren, da man mit der afrikanischen Bevölkerung „im tiefsten Frieden“ (KVZ 46, 808: 30.09.1905) gelebt hatte, nur wenig befestigt und die Missionare geringfügig bewaffnet.²⁷⁹ Nyangao und Lukuledi im Lindibezirk, Peramiho in Ungoni wurden von den Geistlichen fluchtartig verlassen, während die Station in Kigonsera (Ungoni) zumindest für einige Tage zur nächtlichen Zuflucht für AfrikanerInnen wurde.²⁸⁰ Einzig die Mission in Ilonga (Usagara) konnte die Schutzfunktion erfüllen, wie einem Brief des Paters Ludwig vom November 1905 zu entnehmen war.

„Eigentlich sollte ich den Ort des Datums umändern und schreiben ‚Verschanztes Lager von Ilonga‘, denn diese Bezeichnung wäre die richtige. Mehr als 3 000

²⁷⁹ Vgl. u. a. KVZ 46, 1023: 10.12.1905.

²⁸⁰ Vgl. KVZ 46, 999: 03.12.1905.

Schwarze sind hierin geflüchtet: Frauen und Kinder haben in der Kirche eine sichere Zufluchtstätte; die Männer umgeben unseren Hügel mit Stacheldraht und Dornengestrüpp. Wo man nur hinschaut, sieht man Gewehre, Lanzen, Bogen und Pfeile. Ein unbeschreiblicher Lärm ertönt von allen Seiten, und darin mischt sich das Blöken zahlreicher Herden, welche die Leute mit auf die Mission gebracht haben.” (KVZ 47, 31: 12.01.1906)

Diese Menschen waren nicht nur für eine Übernachtung gekommen, sondern hatten alles Notwendige für ein alltägliches Leben mitgebracht – sie waren darauf eingerichtet, längere Zeit auf der Station zu bleiben. Die militärische Ausstattung der Mission an Gewehren wurde durch die Waffen der afrikanischen Männer vervollständigt. Das Vertrauen in die Wehrhaftigkeit der Mission und ihrer Angehörigen wurde nicht enttäuscht, denn alle Angriffsversuche der Krieger wurden abgewehrt und die Station blieb in Takt.²⁸¹ In diesem Einzelfall waren die Erwartungen der AfrikanerInnen nicht enttäuscht worden und deshalb hatte wohl die Station Ilonga als einzige im Kriegsgebiet in der Zeit nach *Maji Maji* eine „außerordentliche Zunahme an erwachsenen Katechumen“ (KVZ 48, 214: 11.03.1907) zu verzeichnen. Die anderen zerstörten Missionen hatten das Vertrauen der Bevölkerung eingebüßt und standen vor großen Schwierigkeiten, AfrikanerInnen zum Besuch der Missionsschule zu überreden.²⁸² Erst die Hungersnot in Ungoni bewirkte, dass das Ansehen der Missionare dort wieder anstieg, denn die ‚humanitäre Hungerhilfe‘ war für diejenigen, die keine Möglichkeit zur Flucht in andere, fruchtbare Gebiete hatten, überlebensnotwendig und so hatten die Stationen wieder Zulauf.

Soviel der *Kölnischen Volkszeitung* über die katholischen Missionen in ‚Deutsch-Ostafrika‘ zu entnehmen war, so wenig interessierte sich der *Vorwärts* für sie. Weder Bedauern über die Ereignisse noch ausgedehnte Kritik an Missionaren waren im Zusammenhang mit *Maji Maji* zu finden. Lediglich der Tod des Bischofs Spiß konnte die Redaktion zu einer Stellungnahme anregen. Der Benediktiner Bischof hatte gemeinsam mit zwei Ordensbrüdern und zwei Schwestern eine Kommunionreise ins Innere des Landes vornehmen wollen. Bei seiner Abreise aus der Küstenstadt Kilwa war er durch das Bezirksamt anscheinend mehrmals vor Unruhe im Land gewarnt worden. Er hatte einige Tage abgewartet und sich dann dennoch auf den Weg gemacht. Am 14. August 1905 – nach einer Wanderung von etwa einer Woche – waren die fünf Ordensmitglieder durch afrikanische Krieger in der Nähe von Liwale getötet worden. Am Vortag war der Militärposten Liwale von afrikanischen Verbänden eingenommen worden.²⁸³ Diese historischen Fakten, vor allem die zeitliche Abfolge, waren im August 1905 noch nicht vollständig bekannt und boten damit ein weites Feld für Spekulationen und Anschuldigungen. Der *Vorwärts* eröffnete die Debatte um das Verhalten des Bischofs:

²⁸¹ Vgl. KVZ 48, 214: 11.03.1907.

²⁸² Vgl. KVZ 47, 946: 05.11.1905.

²⁸³ Vgl. u. a. Götzen 1909:66-72.

„Trotzdem hätte im Bezirk Kilwa vielleicht der letzte Anlaß zur Erhebung gefehlt, wenn nicht die katholischen Missionare trotz der Warnung des Gouvernements ihre Reise nach dem unruhigen Hinterland angetreten hätten! Sie haben ihre Unbesonnenheit ja schwer genug gebüßt, aber das macht die Tatsache nicht ungeschehen, daß durch den aufdringlichen Uebereifer [sic] namentlich der katholischen Missionare auch hier wieder einmal eine koloniale Katastrophe heraufbeschworen worden ist, die dem deutschen Volke Millionen kostet!“ (VOR 22, 194: 20.08.1905)

An diesem kurzen Ausschnitt war nicht nur die Beurteilung der konkreten Ereignisse abzulesen, sondern auch die allgemeine Haltung zur Missionstätigkeit in den Kolonien.²⁸⁴ Zwar wurden Unbesonnenheit, Aufdringlichkeit und Übereifer konkret den katholischen Missionaren zugeschrieben, die Betonungen „namentlich“ und „wieder einmal“ (ibid.) deuteten aber die Universalität dieser Vorwürfe an. Den der missionarischen Tätigkeit angeblich immanenten Eigenschaften waren laut *Vorwärts* die Intensität und die Ausdehnung des Krieges anzulasten. Ein späterer Artikel der *Täglichen Rundschau* bestätigte die Ansichten der sozialistischen Zeitung²⁸⁵ und ging sogar noch weiter: Die Missionare hätten durch ihre eigene Tötung den Angriff auf Liwale verursacht, denn in Erwartung der darauf folgenden militärischen Strafe hätten sich die afrikanischen Krieger nur so genügend Waffen aneignen können.²⁸⁶ Diese Anschuldigungen konnte die *KVZ*, die der katholischen Mission ja sehr nahe stand, nicht auf sich beruhen lassen und veröffentlichte nicht weniger als fünf Artikel zur Rechtfertigung der Missionare.²⁸⁷ Die Einzelheiten dieser Verteidigung boten kaum neue Aufschlüsse, sie stellten lediglich eine klare Parteinahme dar. Der *Vorwärts* beließ es bei der einen Stellungnahme und erwähnte die Reise des Bischofs kein weiteres Mal. Ebenso brachte er die Zerstörung der Stationen nur als sachliche Meldung²⁸⁸ und enthielt sich jedes weiteren Kommentars bzw. einer Erörterung der Ursachen und Umstände der Angriffe. Die sozialistische Zeitung ignorierte die Mission in Bezug auf das Kriegsgeschehen und sprach ihr weder eine positive noch eine negative Rolle im *Maji Maji* zu.

²⁸⁴ Vgl. auch Schröder 1968:169.

²⁸⁵ Der *Vorwärts* druckte Teile dieses Artikels als Selbstbestätigung ab. Vgl. VOR 22, 199: 26.08.1905.

²⁸⁶ Die wichtigsten Argumente des Textes aus der *Täglichen Rundschau* wurden in der *KVZ* abgedruckt. Vgl. *KVZ* 46, 745: 09.09.1905.

²⁸⁷ Vgl. *KVZ* 46, 745: 09.09.1905; *KVZ* 46, 765: 15.09.1905; *KVZ* 46, 773: 18.09.1905; *KVZ* 46, 794: 25.09.1905 und *KVZ* 46, 837: 09.10.1905.

²⁸⁸ Vgl. VOR 22, 206: 03.09.1905.

Dieser Standpunkt entsprach in gewisser Weise dem der deutschen Regierung, wollte man dies an der Anerkennung von Kriegsschäden messen. Für die Verluste der Missionen während *Maji Maji* – die vier im Vikariat Dar es Salaam zerstörten Stationen hatten immerhin einen Schaden von 163 000 Mark zu verzeichnen²⁸⁹ – wurden keinerlei Entschädigungen seitens der deutschen Regierung gezahlt, wie das beispielsweise für geschädigte SiedlerInnen geschah. Als Ausgleich bot das Gouvernement Zwangsarbeit afrikanischer Gefangener an, die von den Missionen erwartungsgemäß abgelehnt wurde.²⁹⁰ Erstaunlicherweise wurde das Thema der Entschädigung von der *Kölnischen Volkszeitung* komplett ausgespart und nicht diskutiert – lediglich die Verluste waren in einem Missions-Jahresbericht abgedruckt und in einem Reichstagsprotokoll waren die Angaben zur Entschädigung zu finden.

Das Resümee aus *Maji Maji* für die Missionen zog Pater Clemens Künster in einem Artikel über die Kriegsfolgen – im speziellen über die beginnende Hungersnot und die ‚humanitäre Hilfe‘ der Missionare:

„Wenn nun auch der Krieg schlimme Folgen hatte und tiefe Wunden geschlagen, so hat er doch auch ein Gutes, daß die Leute eingesehen haben, was sie an der Mission haben, und diese Einsicht ist der Same, der aus den Trümmern der Zerstörung neues Leben hervorgehen läßt.“ (KVZ 47, 946: 05.11.1906)

Diese abschließende Betrachtung war nicht nur von hochgradigem Zynismus geprägt, sondern konnte als Beurteilung des Krieges im Sinne der *KVZ* verstanden werden. Im Krieg der ‚Heiden‘ gegen die ‚Zivilisation‘ hatten die ‚Heiden‘ offensichtlich verloren und mussten nun einsehen, dass ihr zukünftiger Weg nicht an der ‚Kulturmission‘ – und am Christentum – vorbeiführen würde.

Die christliche ‚Kulturmission‘ hatte allerdings in ‚Deutsch-Ostafrika‘ eine ernst zu nehmende Konkurrenz, was Religion und Bildung betraf: den Islam. Im Rahmen von *Maji Maji* ging die *KVZ* auf diese Situation ein und zeigte ein ambivalentes Bild des Islam. Der islamischen Gefahr für die Sicherheit in der Kolonie²⁹¹ wurden Muslime als Fluchthelfer der Missionare gegenüber gestellt. Während der allgemeinen Suche nach den Kriegsursachen nahm die *Kölnische Volkszeitung* den islamischen Namen eines Beteiligten zum Anlass, auf das Konkurrenzproblem aufmerksam zu machen.

„Es ist bemerkenswert, daß dieser Mohamadi bin Kungulio, wie sein Name zeigt, offenbar Mohammedaner ist. Die Warnung der Missionare vor dem Islam, den die Regierung in Ostafrika viel zu sehr gehätschelt und gefördert hat, wird dadurch neu-

²⁸⁹ Vgl. KVZ 48, 214: 11.03.1907.

²⁹⁰ Vgl. KVZ 49, 255: 21.03.1908.

²⁹¹ Vgl. u. a. KVZ 46, 731: 04.09.1905 und KVZ 47, 946: 05.11.1906.

erdings gestützt. Die Deutsch-Ostafrikanische Ztg. hegt den Verdacht, daß die indischen und arabischen, also mohammedanischen Ausbeuter der Negerbevölkerung, nachdem sie diese aufs höchste erbittert, durch Ränke gegen die Europäer die Gefahr von sich abzuwenden suchten. Freilich haben, wie wir sahen, auch Härten bei der Ausführung an sich berechtigter Maßnahmen der Regierung dazu mitgewirkt, um bei der eingeborenen Bevölkerung einen günstigen Nährboden für die Hetzereien der Zauberer zu schaffen, aber den größeren Teil der Schuld werden wir doch den Volksausbeutern, den Indiern [sic] und Arabern, und der geheimen Wühlarbeit islamitischer Aufwiegler beizumessen haben. Möchte die Kolonialverwaltung daraus wenigstens die Lehre entnehmen, daß sie mit dem bisherigen System, das den Islam begünstigte und der wucherischen Ausbeutung der Neger keine Schranken setzte, endlich brechen muß.” (KVZ 46, 882: 24.10.1905)

Trotz der Einschränkung, dass Regierungsmaßnahmen zum Ausbruch der Gewalttätigkeiten beigetragen hätten, ging die Schuldzuweisung eindeutig an Muslime und deren Verhalten: Sie hätten sowohl durch Ausbeutung als auch durch Aufwiegelung zu *Maji Maji* beigetragen. Daran mitschuldig – so sah es die *Kölnische Volkszeitung* – war die Regierung, denn sie habe Warnungen der Missionare nicht ernst genommen und deshalb weiterhin den Islam gefördert anstatt ihm Schranken zu setzen. Aus diesem Grund forderte die *KVZ* eine Änderung des Systems, was in diesem Fall hieße, die Akidate abzuschaffen und das Bildungssystem in die Hände der Missionen zu übergeben. Wie so oft sollte in dieser Argumentation eine direkte Quelle aus der Kolonie, die *Deutsch-Ostafrikanische Zeitung*, Garant für Authentizität sein. Für spitzfindige LeserInnen zeigte sich aber, dass der Artikel der *DOAZ* nicht so sehr den Islam im Visier hatte:

„In Mohorro befindet sich allerdings seit kurzem ein gewisser Mohamadi bin Kungulio, der Sohn eines mächtigen Sultans am mittleren Rufiji (Kungulio), in Gewarhsam, der seinerzeit infolge vieler Uebergriffe [sic] und Vergehen durch die Regierung seines Einflusses entkleidet worden ist. Dieser wird vom Bezirksamt in Mrogoro beschuldigt, die Jumben in Kilossa zum Aufstand aufgewiegelt zu haben.” (DOAZ, zit. nach KVZ 46, 882: 24.10.1905)

Es handelte sich hier weder um das spezifische Verhalten eines Muslimen, das als ursächlich für *Maji Maji* gesehen wurde, noch um eine Förderung, die einem Muslimen vom Gouvernement zuteil geworden war. Die Betonung der *DOAZ* lag eher darauf, dass Mohamadi bin Kungulio als Sohn eines Sultans dafür sorgen wollte, die ursprüngliche Machtfülle wiederherzustellen. Diese Textstelle hatte also nur den Namen als Stichwort für die Argumentation der *KVZ* hergegeben. Ein anderes Bild zeichnete beispielsweise Pater Leo, der zusammen mit den Flüchtlingen aus Nyangao in Muslimen willige Fluchthelfer gefunden hatte:

„Ein freundlicher Araber brachte zu unserer Erquickung Matafu (Kokosnußmilch). [...] Wir ruhten bis gegen 1 Uhr in der arabischen Moschee. Ein Baniane (indischer Abstammung) gab uns Tee und Matafu, zuletzt noch Reis und Fisch, was letzteres

wir unseren hungerigen [sic] Begleitern überlieBen, die im Nu Reis und Fisch verzehrt hatten.“ (KVZ 46, 817: 03.10.1905)²⁹²

Die fliehenden Missionare waren nicht abgewiesen worden, sie hatten zu essen und trinken bekommen und sogar Schutz und Ruhe des muslimischen Gotteshauses, der Moschee, genossen. Eine solche Beschreibung muslimischen Verhaltens stand im offenen Gegensatz zu den Äußerungen der KVZ, deren Redaktion die „prinzipielle Gegnerschaft des Islam gegen die christliche Kultur und Zivilisation und seine perfiden Grundsätze gegen alle Nichtmohammedaner“ (KVZ 46, 731: 04.09.1905) proklamierte, ebenso wie die Aussagen des Pater Lamberty aus Ilonga, der die Nicht-Beteiligung des Islam am Krieg bekräftigte:

„Die Geschichte des Araberaufstandes, die Kämpfe Wißmanns gegen Buschiri lieBen eher die Vermutung aufkommen, daß der fanatische Haß der Mohammedaner gegen die Christen über kurz oder lang die Schwarzen zur Empörung gegen die deutsche Regierung reizen würde. [...] Die aufrührerischen Massen suchten nach Westen und Norden hin alle Volksstämme mit sich zu reißen – und der Islam hatte kein Wörtchen mitgeredet; an ihn hatten sich die kriegslustigen Stämme nicht gewandt, um Rat und Hilfe zu erfliehen. Mehr noch, den Mohammedanern wurde übel mitgespielt und glücklich konnte sich der Araber preisen, der mit einem blauen Auge davon kam. [...] Nein, diesmal waren die Araber nicht dabei. Das Heidentum hatte sich zum Kampfe gegen die christliche Zivilisation aufgerafft [...] Auf jeden Fall waren die Rädelsführer von ihrem Siege über die Weißen und Ausländer überzeugt.“ (KVZ 46, 1026: 11.12.1905)

Zwar sprach der Pater von der generellen Gegnerschaft des Islam zum Christentum, doch in Bezug auf *Maji Maji* konnte er sie nicht als Ursache oder Triebkraft ausmachen. Er schrieb vom Kampf des „Heidentums“ gegen die „christliche Zivilisation“ (ibid.) und subsummierte unter seinem Begriff der ‚Zivilisation‘ anscheinend auch Muslime, die er als Opfer der afrikanischen Krieger ausgemacht hatte. Denn schließlich waren es die „Weißen und Ausländer“ (ibid.), denen der Krieg galt.

Diese beiden Beispiele eines positiven Image des Islam konnten zwar eine Differenzierung zwischen der Religion des Islam, dem Verhalten von Muslimen und den Ereignissen des *Maji Maji* unterstützen, waren aber die Ausnahme in der KVZ und stammten ausschließlich aus der Feder von Missionaren in ‚Deutsch-Ostafrika‘, die möglicherweise aufgrund der Distanz von den politischen Vorgängen im Deutschen Reich wenig Ahnung hatten. Die Redaktion der *Kölnischen Volkszeitung* hingegen kannte das ökonomische Interesse der Missionsgesellschaften an einem ihnen vorbehaltenen Platz im Kolonialprojekt: Der Bildungssektor bot die besten Möglichkeiten zur christlichen Missionierung der afrikanischen Bevölkerung, deren Arbeitskraft auf den Missionen benötigt wurde. Die Konkurrenten auf diesem Feld waren Koranschulen²⁹³

²⁹² Ein Baniane gehörte der Banjan, der indischen Kaste der Kaufleute, an.

²⁹³ Koranschulen waren vor allem an der ostafrikanischen Küste vielbesucht.

und Regierungsschulen. Von vornherein stand allerdings fest, dass die islamischen Schulen keine wirkliche Konkurrenz darstellten, denn die Chancen einer christlichen Missionierung von Muslimen waren verschwindend gering.²⁹⁴ So wurde der Versuch gemacht, den Bildungsbereich dem Einfluss der Kolonialregierung zu entziehen und ihn stattdessen zum Vorzugsgebiet christlicher Missionierung zu erklären.²⁹⁵ Aus diesem Grund wurde immer wieder die Betonung darauf gelegt, dass in den weltlichen Regierungsschulen der Islamisierung der Bevölkerung Vorschub geleistet werde.²⁹⁶ In diese Argumentation passte eine Beteiligung des Islam bzw. von Muslimen an *Maji Maji* hervorragend²⁹⁷, wurde damit doch deutlich gemacht, wie schädlich andere religiöse Einflüsse als die christlichen für die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Kolonie sein konnten. Im allgemeinen, nicht aber auf *Maji Maji* bezogen, sah der *Vorwärts* ebenfalls im Islam eine Gefahr²⁹⁸, doch kannte auch er die Hintergründe einer anti-islamischen Argumentation. Die ökonomischen Interessen der katholischen Mission erörterte die sozialistische Zeitung sehr ausführlich.

„Die Kirche verbindet mit der Missionstätigkeit sehr reale, materielle Zwecke. [...] Angesichts der gegen die Kirche gerichteten Bewegung der Massen hat auch die heutige Missionstätigkeit den Zweck, der Kirche neue ökonomische Hilfsquellen [sic] zu verschaffen. Auch die katholische Missionsstation von heute ist Plantage und zu ihrer Bebauung verwendet man Eingeborene, die zwar nach deutschen Rechtsbegriffen freie Leute, im Rahmen der afrikanischen Rechtsverhältnisse aber Sklaven sind. [...] Also eine Klosterwirtschaft mit Hörigen und Leibeigenen, wie sie im Mittelalter auch in Deutschland bestand.“ (VOR 24, 164: 17.07.1907)²⁹⁹

Derart beschrieben waren die Missionare mit Plantagenbesitzern und ihren Methoden der Ausbeutung gleichgesetzt worden. Damit verwehrte ihnen der *Vorwärts* jeglichen moralischen Anspruch auf ‚Kulturmission‘. Missionare waren folglich nichts anderes als Kolonisatoren im Ordensgewand.

²⁹⁴ Dies schätzte auch die *KVZ* so ein. Vgl. *KVZ* 47, 946: 05.11.1906.

²⁹⁵ Das Ziel der Missionen, sich den Bildungssektor in den Kolonien anzueignen, wurde auf dem Kolonialkongress 1905 klar benannt – sowohl von der katholischen als auch von der protestantischen Mission. Vgl. *KVZ* 46, 836: 09.10.1905. Vgl. u. a. Smith 1978:142 und Becker 1987:92.

²⁹⁶ Vgl. u. a. *KVZ* 46, 707: 27.08.1905 und *KVZ* 46, 837: 09.10.1905. Vgl. auch Smith 1978:104.

²⁹⁷ Es war dabei gleichgültig, welcher Art diese Beteiligung ausfiel: Seien es die ‚ausbeuterischen‘ Verhaltensmuster muslimischer Händler, die den Krieg hervorgerufen haben sollten, oder verschwörerische Intrigen und Organisationshilfe.

²⁹⁸ Vgl. VOR 22, 235 (Bbl.1): 07.10.1905.

²⁹⁹ Bei der „gegen die Kirche gerichteten Bewegung der Massen“ konnte es sich in diesem Zusammenhang nur um die Sozialdemokratie handeln.

5.4. Kolonisatoren und Kollaborateure

Obwohl Missionare sich nicht als Kolonisatoren bezeichnen lassen wollten, hatte der *Vorwärts* mit seiner Einschätzung durchaus recht. Wenn man sich darauf besinnt, was der Begriff *Kolonisator* beinhaltet, so scheinen drei Aspekte wichtig: der Beitrag zur Kolonisation, reale Macht über kolonisierte Menschen und die selbstdefinierte Zugehörigkeit zur ‚höheren Rasse‘. Selbstverständlich ist auch dies nur eine vereinfachte Schematisierung, wie wir noch sehen werden. Missionare jedenfalls erfüllten diese drei Voraussetzungen: Sie sorgten für die Um-erziehung der AfrikanerInnen zu kolonisierten Objekten, sie verfügten rund um ihre Stationen über religiöse, wirtschaftliche und juristische Macht und sie gehörten nach ihrem Ermessen einem ‚Kulturvolk‘ an. Doch nicht um die geistlichen Kolonisatoren soll es in diesem Kapitel gehen, sondern um die weltlichen und ihre Handlanger.

Die Kolonialadministration beschäftigte sich mit der Durchsetzung und Verbreitung kolonialer Verordnungen und Gesetze und verfügte über das Gewaltmonopol, das durch die Kolonialtruppe gesichert war. Die dritte oben eingeführte Voraussetzung – die Zugehörigkeit zur ‚höheren Rasse‘ – erfüllten nur die deutschen Beamten. Andere Ebenen der Verwaltung waren mit arabischen und afrikanischen Beamten besetzt. Sie waren zwar beteiligt an der Kolonisation und befanden sich in einer Machtposition, doch waren sie gleichzeitig kolonisierte Menschen, die unter deutscher Herrschaft standen. Nach Ansicht der Herrschenden waren sie verschiedenen ‚Kulturstufen‘ zuzuordnen, die sämtlich ‚niedriger‘ waren als die der ‚weißen Rasse‘. Aus diesem Grund konnte man nicht unbedingt von Kolonisatoren sprechen, vielmehr waren dies Handlanger des Kolonialsystems, die diesem System selbst unterworfen waren. Wo die Kolonialadministration nicht allzu präsent war, nahm die europäische Siedler- und Pflanzergemeinschaft deren Stellung ein und übte ihre selbstdefinierte Herrschaft – zumeist wesentlich brutaler – aus. Von der Kolonialregierung hatte sie deshalb dennoch wenig zu fürchten, sollten doch gerade ihre landwirtschaftlichen Erträge die Rentabilität der Kolonie beweisen. Auch die SiedlerInnen und PflanzlerInnen beschäftigten Schwarze Kollaborateure zur Aufrechterhaltung von ‚Recht und Ordnung‘ auf ihren Farmen und Pflanzungen. Im Handelssektor waren Kolonisatoren selbst wenig sichtbar, denn deutsche Handelsgesellschaften ließen sich in ‚Deutsch-Ostafrika‘ gerne von arabischen, vor allem aber von indischen Händlern vertreten. Ihnen oblag der Ausbau des Handels mit dem Deutschen Reich wie auch des kolonialen Binnenhandels. Ihre Macht über andere Kolonisierte lag vor allem im Kreditwesen, das im beginnenden 20. Jahrhundert in ‚Deutsch-Ostafrika‘ noch nicht staatlich geregelt war. Eine weitere Gruppe der

Handlanger waren europäische Handwerker und Arbeiter³⁰⁰, die zum Bahnbau in der Kolonie angestellt waren. Zwar trugen diese Männer durch ihre Arbeit zur wirtschaftlichen Erschließung der Ressourcen bei und sie sollten auch das Bild der ‚weißen Rasse‘ verkörpern, aber ihr Machtverhältnis zu den Kolonisierten war durch ihre eigene Abhängigkeit vom deutschen Arbeitgeber eingeschränkt. Wollte man sozialistische Maßstäbe anlegen, wurden diese Arbeiter ebenso wie die Kolonisierten ausgebeutet, allerdings auf anderem Niveau.

Ein Blick in die beiden Zeitungen zeigte, dass mit Personen der Kategorie Kolonisator kaum positive Images verbunden wurden, weder in Bezug auf *Maji Maji* noch in allgemein die Kolonialpolitik betreffenden Artikeln. Die *Kölnische Volkszeitung* sah in ihnen Konkurrenten der Missionen auf dem Bildungs- bzw. Lohnarbeitssektor³⁰¹ und dem *Vorwärts* verbot es sich aus politischen Gründen grundsätzlich, den Agenten des Kapitalismus in irgendeiner Weise das Wort zu reden. Staatliche wie private Kolonisatoren und deren Kollaborateure wurden für Unterdrückung und Ausbeutung der Kolonisierten ebenso wie für ihre eigene Unfähigkeit kritisiert.

Die Aussagen der *KVZ* bezüglich der privaten Kolonisatoren waren spärlich und kritisierten zu meist oberflächlich die Handelsgewohnheiten arabischer und indischer Händler.³⁰² Obwohl offensichtlich auch europäische Siedler und Pflanzer Ziele der Gewalt waren³⁰³, befasste sich die Zeitung nicht damit, deren Kolonisierungspraktiken zu erörtern oder darin einen Grund für den Krieg zu suchen. Das war nicht weiter ungewöhnlich, hätte dies doch für die *Kölnische Volkszeitung* eine Aufweichung der Darstellung eines ausschließlich kulturell-religiös begründeten Krieges bedeutet und die Frage nach einer sozialrevolutionären Komponente des *Maji Maji* aufgeworfen. Diese Frage allerdings wurde vom *Vorwärts* gestellt, indem er etliche konkrete Beispiele aus dem privaten Sektor der Kolonisation mit dem Krieg in Zusammenhang brachte. Zu Beginn von *Maji Maji* bezog die sozialistische Zeitung – ebenso oberflächlich wie die *KVZ* – Stellung gegen den kolonialen Handelssektor, zusätzlich aber auch gegen europäische Arbeitsmigranten:

„Die weißen Händler haben es auch hier verstanden, sich zum Teil äußerst verhaßt zu machen. Dies beweist die Meldung der ‚Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung‘ vom 29. April d. J., die über die Einlieferung dreier weißer Händler berichtete, die hunnenmäßig geraubt und bei ihren Beutezügen siebenundvierzig Eingeborene hatten über die Klinge springen lassen! Und nicht nur die Händler, sondern auch die als Handwerker und Bahnarbeiter importierten Südeuropäer, namentlich Griechen, haben ihr Teil zur Erbitterung der Eingeborenen beigetragen. Las man doch letzthin

³⁰⁰ Juhani Koponen wies vor allem Griechen als Subunternehmer der deutschen Bahnbaugesellschaften (z. B. Philipp Holzmann und Co.) aus. Vgl. Koponen 1995:410. Vgl. auch VOR 22, 194: 20.08.1905.

³⁰¹ Auf dem Bildungssektor waren dies die Beamten in den Regierungsschulen, während private Farmen und Pflanzungen mit den Missionen um Arbeitskräfte kämpften.

³⁰² Vgl. *KVZ* 46, 698: 24.08.1905; *KVZ* 46, 721: 01.09.1905 und *KVZ* 46, 882: 24.10.1905.

³⁰³ Vgl. *KVZ* 46, 689: 21.08.1905 und *KVZ* 726: 02.09.1905.

ebenfalls in der ‚Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung‘: ‚Andererseits aber mußte das infolge des Bahnbaues hereinströmende südeuropäische Proletariat, heruntergekommen und mittellos, nur zu sehr geeignet sein, aus Not die notwendige strenge Scheidewand zwischen Schwarz und Weiß zu verwischen oder aber, was noch schlimmer ist, die weiße Farbe in den Augen der Eingeborenen verächtlich zu machen. [...]‘ Was an Aufreizung durch die weißen Händler und die südeuropäischen Proletarier noch fehlte, das wurde durch die Araber und Inder nachgeholt. Die Zeitschrift ‚Die deutschen Kolonien‘ führte in ihren letzten Nummern durch die Feder eines Landeskenners bittere Klagen über das Auftreten der arabischen und indischen Händler, die die Eingeborenen besonders ausbeuteten und gleichzeitig gegen die Weißen aufhetzten.“ (VOR 22, 194: 20.08.1905)

Sowohl das Handelsgewerbe europäischer Händler als auch das Verhalten europäischer Arbeitsmigranten wurden als rufschädigend für die ‚weiße Rasse‘ eingestuft. Der *Vorwärts* fühlte sich nicht einmal berufen, für die angegriffenen Proletarier Partei zu ergreifen oder etwas zu ihrer Verteidigung hervorzubringen. Man konnte erahnen, dass die ‚Rassensolidarität‘ über die Solidarität des Proletariats gestellt wurde, besonders weil hier diejenigen gebrandmarkt wurden, die sich über ‚Rassenschranken‘ hinwegsetzten. Die Einordnung von arabischen und indischen Händlern in die Hierarchie erfolgte nach altbekanntem Schema: Sie waren auf einer ‚Kulturstufe‘ oberhalb der AfrikanerInnen und unterhalb der EuropäerInnen angesiedelt, ihnen wurde abgesehen von wirtschaftlicher Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung vor allem Hinterlist unterstellt.³⁰⁴ Auffällig an diesem Artikel war, dass der *Vorwärts* ausnahmslos aus bürgerlichen Quellen zitierte und kein Wort dieser Texte hinterfragte oder kommentierte.

Spannender waren die Einzelbeispiele, anhand derer der *Vorwärts* seine Position gegenüber SiedlerInnen und vor allem PflanzerInnen klarmachte.³⁰⁵ Am besten gelang dies in einem zweiteiligen Artikel, der sich im Februar 1908 mit einer amtlichen Denkschrift über die Lage in ‚Deutsch-Ostafrika‘ beschäftigte. Der erste Part legte den Zynismus offen, den die amtlichen Beurteilungen der Auswirkungen des *Maji Maji* – Vertreibung, Hunger und Seuchen – in sich trugen.³⁰⁶ Im zweiten Teil fragte sich die Redaktion, welche „Kulturwohltaten“ (VOR 25, 34: 09.01.1908) die afrikanische Bevölkerung für den Preis von Ausrottung und Tod erhalten habe. Unter dem Titel „Der Segen der Arbeit“ (ibid.) fand man ein System privater Plantagen beschrieben, das vor allem darauf beruhte, durch restriktive Regelung von Arbeitszeit und Lohn die ArbeiterInnen auf einen möglichst langen Zeitraum an die Plantage zu binden. Im weiteren machte der *Vorwärts* Angaben über das „Arbeiterbeschaffungssyndikat“ (ibid.), dessen Praxis Züge des Sklavenhandels trug.³⁰⁷ Aus all diesen Informationen, die aus dem Regierungsbericht

³⁰⁴ Diese Zusammenstellung von Anschuldigungen – wirtschaftliche Ausbeutung und Hinterlist – ähnelte stark antisemitischen Argumenten. Vgl. Kapitel 3.1.

³⁰⁵ Vgl. VOR 23, 254: 31.10.1906; VOR 24, 229: 01.10.1907 und VOR 24, 241: 15.10.1907.

³⁰⁶ Vgl. VOR 25, 33: 08.02.1908.

³⁰⁷ Zur Praxis der Beschaffung von Arbeitskräften für die Plantagen in ‚Deutsch-Ostafrika‘ vgl. Tetzlaff 1970:233f.

zu ‚Deutsch-Ostafrika‘ teils zitiert, teils exzerpiert wurden, zog der *Vorwärts* den folgenden Schluss:

„Man begreift deshalb die patriotische Begeisterung, mit der das Kapital nach Afrika drängt. Es schlägt dort Wege der Ausbeutung ein, die ihm in Europa durch die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, die Arbeitergesetzgebung und die Kriminalgesetzgebung verlegt worden sind. Die Abwesenheit von alledem, was in Europa die kapitalistische Ausbeutung zügelt, bildet den Inbegriff der kapitalistischen Kultur in Afrika!“ (VOR 25, 34: 09.02.1908)

Von einem Drang des Kapitals nach Afrika konnte nicht wirklich die Rede sein, scheuten doch viele vor dem Risiko von Investitionen zurück. Daran änderte auch ein Bankier Dernburg als Staatssekretär des Reichskolonialamtes wenig – das Großkapital blieb weitgehend zurückhaltend.³⁰⁸ Das wusste auch die Redaktion des *Vorwärts*, haderte sie doch immer wieder mit Risikoscheu und Investitionsmüdigkeit des Kapitals, die durch Staatsfinanzen – d. h. Steuern – ausgeglichen werden mussten.³⁰⁹ Deshalb ließ sich hinter der „patriotische[n] Begeisterung“ (ibid.) der Wunschtraum eines jeden ausgeprägten Kapitalisten erkennen: eine gewinnbringende Produktion ohne die Einschränkungen durch soziale Rücksichten. Dass eine solche im Deutschen Reich respektive in Europa nicht möglich war, war das Verdienst der politischen Aktivitäten von Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Arbeiterbewegung. Man könnte also hinter dieser Schlussfolgerung ein gewisses Maß an Stolz auf die Errungenschaften der Sozialdemokratie vermuten; das agitatorische Element bzw. die Aufforderung zum Widerstand gegen den Kapitalismus waren darin eingeschlossen.

Das Hauptaugenmerk legten beide Zeitungen allerdings auf die staatlichen Kolonisatoren und ihre Handlanger. Sowohl das deutsche System kolonialer Verordnungen als auch die Durchführung der Kolonisation mithilfe arabischer und afrikanischer Beamten standen auf dem Prüfstand. Die staatliche Untersuchung der Kriegsursachen, d. h. den daraus resultierenden Bericht des Gouverneurs Götzen, nahm die *Kölnische Volkszeitung* kritiklos hin, stützten die Ergebnisse doch ihre Kritik an der Kolonialverwaltung und zogen denselben Schluss wie die katholische Zeitung, dass es sich letztendlich um ein „Reagieren des Buschnegers gegen die vordringende Kultur“ (KVZ 47, 90: 01.02.1906) handelte. Der *Vorwärts* kommentierte die Denkschrift damit, „daß selbst nach der Ansicht des Gouverneurs die Unterdrückung und Knechtung der Eingeborenen die Ursache des Aufstandes gewesen ist!“ (VOR 23, 26: 01.02.1906). Trotz des regierungsfreundlichen Stillhaltens der *KVZ*, traf insgesamt für ihre Analyse der Ursachen tatsächlich der Kommentar des *Vorwärts* besser zu, auch wenn eine solch deutliche Formulierung von der Zentrumszeitung nicht zu erwarten war.

³⁰⁸ Vgl. Gründer 2000:239 und Schröder 1968:148.

³⁰⁹ Vgl. z. B. VOR 24, 222:22.09.1907.

Die kritisierten Komponenten der deutschen Kolonialverordnungen waren das Rechts- und Strafsystem³¹⁰, die Steuern und vor allem die Hüttensteuer³¹¹, die kommunalen Baumwollfelder³¹² und die Zwangsarbeit³¹³. Für beide Zeitungen standen Hüttensteuer, Baumwollanbau und Zwangsarbeit in direktem Zusammenhang miteinander und mit *Maji Maji*. Während der *Vorwärts* häufig nur mit allgemeiner Systemkritik aufwartete³¹⁴, bemühte sich die *Kölnische Volkszeitung* um genaue Erörterung der Probleme:

„So ist es z. B. durchaus zu begrüßen, daß man sich in Ostafrika alle Mühe gibt, den Anbau der Baumwolle zu fördern. Aber der Befehl zur Anlage von Baumwollpflanzungen, der im September vorigen Jahres erging, traf die Leute zu einer Zeit, als sie mit der Vorbereitung ihrer eigenen Felder zur Aussaat beschäftigt waren. Auch war das aufgegebene Feldmaß – 600 Quadratmeter für jede Hütte – zuviel für das erste Jahr. Dazu kommt, daß, weil das Feld für die Baumwollpflanzungen auf einen größeren Bezirk zusammengelegt wurde, die Eingeborenen oft drei Stunden Weges und mehr zur Arbeitsstätte zurückzulegen hatten. Viel Unzufriedenheit erregte auch, daß die Leute auf die Entschädigung für diese Arbeit ein ganzes Jahr warten sollten. Immerhin ist es verständlich, daß man durch diese Maßnahme der Verschwendung vorzubeugen suchte; aber man hätte dann wenigstens die Hüttensteuer solange stunden und dann von dem Arbeitslohn abziehen können. Vielfach veranlaßte die Arbeit auf den Baumwollpflanzungen auch die Leute, für sich selbst kleinere Felder als sonst zu bestellen, so daß ein Mangel an Lebensmitteln für sie in Aussicht stand. Das ist nun sicher eine Kopflösigkeit, für die das arbeitsscheue Volk von Rechts wegen nur sich selbst verantwortlich machen dürfte. Natürlich wird aber die Regierung verantwortlich gemacht, weil sie die Arbeit in den Baumwollpflanzungen anordnete.“ (KVZ 46, 882: 24.10.1905)

Nach anfänglicher Beteuerung, wie positiv die Unterrichtung im Baumwollanbau für die afrikanische Bevölkerung sei, zerplückte die *Kölnische Volkszeitung* förmlich das gesamte Projekt. Schon der erste Kritikpunkt hätte genügt, das Vorhaben als solches zu verwerfen, denn wann, wenn nicht zur Zeit der Aussaat hätten die Felder angelegt werden sollen. Ohne Beeinträchtigung des üblichen landwirtschaftlichen Ablaufs war die Einführung einer *cash crop* Kultur – oder jeder anderen zusätzlichen Anbaufrucht – nicht durchführbar, doch so weit ging die *KVZ* in ihren Überlegungen nicht. Ebenso wenig erkannte sie den Zusammenhang zwischen den Regelungen der Regierung – Zeitpunkt der Einführung, Übergröße des zu bewirtschaftenden Feldes, weite täglich zurückzulegende Entfernungen zum Feld – und der Einschränkung der Subsistenzproduktion. Für letzteres machte die *KVZ* die ‚Arbeitsscheu‘ der afrikanischen Bevölkerung verantwortlich, ohne auch nur einen Gedanken an die realen Möglichkeiten zur Bewältigung eines

³¹⁰ Vgl. VOR 22, 194: 20.08.1905.

³¹¹ Vgl. KVZ 46, 698: 24.08.1905 und KVZ 46, 882: 24.10.1905.

³¹² Vgl. KVZ 46, 808: 30.09.1905; KVZ 46, 882: 24.10.1905 und KVZ 48, 798: 15.09.1907.

³¹³ Vgl. KVZ 46, 698: 24.08.1905; KVZ 46, 882: 24.10.1905 und KVZ 48, 798: 15.09.1907. Vgl. VOR 23, 146: 27.06.1906; VOR 24, 197: 24.08.1907 und VOR 25, 34: 09.02.1908.

³¹⁴ Vgl. VOR 22, 206: 03.09.1905; VOR 23, 26: 01.02.1906; VOR 23, 146: 27.06.1906; VOR 23, 214: 14.09.1906 und VOR 24, 197: 24.08.1907.

solchen Tagesablaufs zu verschwenden.³¹⁵ Auch die Kritik an der Entlohnung der ArbeiterInnen hätte Grund genug gegeben, den kommunalen Baumwollanbau in Frage zu stellen, denn welchen Anreiz und welchen Wert sollte eine Arbeit haben, die erstens die Nahrungsmittellage gefährdete und zweitens weder angemessen noch zeitnah entlohnt wurde. Die unverminderte Eintreibung der Hüttensteuer schließlich musste von der afrikanischen Bevölkerung zwangsläufig als extreme Härte interpretiert werden – eine Ansicht, die der *KVZ* auch nicht fern lag. Mit der letzten Bemerkung jedoch warf die *KVZ* sämtliche angestellten Überlegungen über Bord und bescheinigte die Rechtmäßigkeit des Baumwollvorhabens, denn an ihrer aktuellen Lage hätte die afrikanische Bevölkerung selbst Schuld. Hätte die *Kölnische Volkszeitung* ihre eigene Kritik ernstgenommen, so hätte sie die Einstellung oder zumindest eine komplette Revision und Neuordnung des Baumwollprojektes fordern müssen.

Wesentlich forscher und konsequenter trat die *KVZ* auf, wenn es um das mit den Kommunalfeldern und Steuern verbundene Problem der Zwangsarbeit ging. Der auffälligste und wohl wirksamste Artikel hierzu arbeitete mit Beispielen aus der Kolonialgeschichte und stellte Vergleiche zu den Methoden anderer Kolonialmächte an:

„Die Kolonialgeschichte ist in dieser Beziehung sehr lehrreich. [...] Wie Spanien, so führte Portugal noch 1758 die Zwangsarbeit ein; beide Länder haben den Verlust des Kolonialbesitzes nicht in letzter Linie dieser Maßregel zu verdanken. Da war England klüger; von seinen mittelafrikanischen Kolonien haben nur Sierra Leone und Gambia Zwangsarbeit, und auch dies nur in geringem Umfange; [...] Frankreich erhebt Steuern und Zwangsarbeit nur in den entwickeltsten Gebieten. [...] Die deutsche Kolonialpolitik dagegen hat die Fronarbeit. [...] Neben der direkten Zwangsarbeit besteht aber in Ostafrika noch eine indirekte, um die Steuern abzutragen.“
(*KVZ* 46, 921: 07.11.1905)

Die Verluste Spaniens und Portugals auf dem mittel- und südamerikanischen Subkontinent dienten als warnendes Beispiel und wiesen auf die verborgenen Befürchtungen hin, auch das Deutsche Reich könnte seiner Kolonialgebiete verlustig gehen.³¹⁶ Dagegen wurden England und Frankreich als Maßstab gesetzt: In einigen ihrer Kolonien gab es zwar auch Zwangsarbeit, doch erstens war sie eingeschränkt und zweitens wurde sie nur in Gebieten angewandt, die aufgrund ihrer ‚Entwicklungsstufe‘ – also dem Grad der implementierten kolonialen Abhängigkeit – dafür geeignet waren. In den deutschen Kolonien, in diesem Fall in ‚Deutsch-Ostafrika‘, wurden allerdings solch ‚erfolgsversprechende‘ Regelungen nicht eingehalten, wenn auch hier von der *KVZ* nicht weiter ausgeführt. Dem oben zitierten Abschnitt folgte eine Analyse, inwiefern die kolo-

³¹⁵ Die Analyse der *KVZ* entbehrte auch jeglicher Einsicht in die arbeitsteilige Organisation der Landwirtschaft in afrikanischen Gesellschaften. Diesen Punkt konnte man allerdings der Redaktion nicht unbedingt anlasten, da diesbezügliche Informationen sicherlich kaum vorhanden waren und so auch nicht willentlich ignoriert werden konnten.

³¹⁶ Schon Anfang September hatte die *Kölnische Volkszeitung* vor ausufernden Kriegen ‚fern der Heimat‘ gewarnt und dafür Spaniens koloniale Verluste herangezogen. Vgl. *KVZ* 46, 742: 08.09.1905 und Kapitel 5.1.

nialen Verordnungen rechtmäßig verfügt worden waren, und die *KVZ* kam zu dem Schluss, dass sowohl Bezirksamtsmänner als auch der Gouverneur unrechtmäßig gehandelt hatten. Und so rief die *Kölnische Volkszeitung* nach einer Reform des Schutzgebietsgesetzes, die eine Einengung des Ordnungsrechts und eine Ausdehnung der Rechte des Reichstages beinhaltete. Diese Forderungen gingen weit über die Dimensionen der Kolonialpolitik hinaus: Es war der Anspruch auf die Ausnutzung des politischen Systems im Deutschen Reich und sogar auf eine Veränderung zugunsten der parlamentarischen Rechte.³¹⁷

Die Durchsetzung kolonialer Verordnungen wie Steuereintreibung und Beaufsichtigung der Baumwollfelder besorgten – zumeist arabische – Akiden. Sie und ihr Besitz wurden die ersten Opfer des Krieges,³¹⁸ was zur Folge hatte, dass zuerst bei ihnen Fehler gesucht und gefunden wurden. Wie so oft fasste sich der *Vorwärts* eher allgemein in seinen Anschuldigungen und sprach von „grober Vergewaltigung der Eingeborenen“ (VOR 22, 206: 03.09.1905) durch die von der Regierung eingesetzten Unterbeamten.³¹⁹ In dem schon einmal zitierten Artikel zum Regierungsbericht über ‚Deutsch-Ostafrika‘ benannte die Redaktion die Verfehlungen im einzelnen zwar auch nicht, klärte aber immerhin über das Zustandekommen der Konflikte zwischen AfrikanerInnen und Akiden auf:

„Zweite Wohltat: geordnete Zustände. Die Eingeborenen hatten ihre Stammesverfassung unter der Herrschaft ihrer Häuptlinge. Dieser Zusammenhang war der kolonisierenden Regierung unbequem. Sie ersetzte deshalb die Häuptlinge durch ‚Akiden‘, farbige Beamte aus fremden Stämmen. Diese Akidenwirtschaft führte zu der schlimmsten Bedrückung und Ausbeutung und war anerkanntermaßen eine der Ursachen des Aufstandes.“ (VOR 25, 34: 09.02.1908)

Die Zerstörung der lokalen Machtverhältnisse und die Rückendeckung der deutschen Kolonialregierung mit ihren Machtmitteln hatten die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die ortsfremden Akiden von den ehemaligen Autoritäten nichts zu fürchten hatten und eine Gelegenheit bekamen, das Verwaltungssystem zur Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung zu ihrem eigenen Vorteil zu nutzen.

Die *Kölnische Volkszeitung* hingegen benannte die Verfehlungen der Akiden explizit und fügte sie ins Bild der deutschen Kolonialverwaltung ein. Die Härte der Steuereintreibungen hätten sehr wohl die Akiden zu verantworten, doch die Steuern selbst waren die Idee und das Werk der Ko-

³¹⁷ Vgl. auch *KVZ* 46, 743: 08.09.1905 und *KVZ* 48, 25: 09.01.1907. Die Forderung nach Änderung des Schutzgebietsgesetzes wurde im März 1906 auch im Zusammenhang mit dem Herero-Nama-Krieg im Reichstag erhoben. Vgl. Becker 1987:92 und Pehl 1934:66.

³¹⁸ Vgl. VOR 22, 224: 24.09.1905; *KVZ* 46, 689: 21.08.1905; *KVZ* 46, 701: 25.08.1905; *KVZ* 46, 726: 02.09.1905.

³¹⁹ Vgl. auch VOR 22, 194: 20.08.1905.

lonialadministration.³²⁰ Die Übergriffe der Kolonial-Kollaborateure, die die Aufsicht über die kommunalen Baumwollfelder³²¹ führten, wurden von der *KVZ* verharmlost.

„Wahrscheinlich wird es die Erbitterung darüber gewesen sein, daß man die bisher arbeitsscheuen Wilden veranlaßte, gemeinsam Baumwollfelder anzulegen und unter behördlicher Aufsicht zu bearbeiten. Die schwarzen Akiden, eine Art Bezirksbürgermeister, werden im Diensteifer vielleicht manchmal zu weit gegangen sein, und auf einmal brach das Feuer unter der Asche hervor.“ (KVZ 46, 808: 30.09.1905)

Wichtiger für die *KVZ* war es, die Unbeliebtheit der beaufsichtigten Arbeit auf den Kommunalfelder hervorzuheben, die aus einer vermeintlichen Faulheit der afrikanischen Bevölkerung resultierte. Die Geringfügigkeit der Schuld der Akiden wurde dadurch deutlich, dass rigorose Behandlung der ArbeiterInnen als „Diensteifer“ (ibid.) bezeichnet wurde und angeblich nur selten, wenn überhaupt, vorkam. Erneut waren es die kolonialen Verordnungen, die die wichtigere Rolle spielten, womit die Zeitung – trotz der Verharmlosung von Misshandlungen – nicht ganz unrecht hatte.

Die Entscheidungen, wie die Kolonie verwaltet und wirtschaftlich erschlossen werden sollte, lagen letztlich in den Händen des Gouverneurs, dessen Person im Zuge des *Maji Maji* zum Teil erheblich in der Kritik stand. Hatte die *Kölnische Volkszeitung* zu Beginn des Krieges Gouverneur Götzen noch gelobt und sich dem positiven Urteil „landeskundige[r] Afrikaner“ (KVZ 46, 687: 20.08.1905) angeschlossen, so keimten erste Zweifel an ihm auf, als er kurz nach dem Tod des Bischofs Spiß noch immer nur von „Unsicherheit“ (KVZ 46, 692: 21.08.1905) in der Kolonie sprach. Einige Tage später übernahm die *KVZ* bezüglich des Gouverneurs unkommentiert den Wortlaut ihrer Konkurrenz, der *Kölnischen Zeitung*:

„Gegen den Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Grafen Götzen, erhebt die Köln. Ztg. schwere Vorwürfe, indem sie behauptet, die Unruhen seien dadurch wirksam gefördert wenn nicht hervorgerufen worden, daß die nötige Fühlung zwischen der deutschen Verwaltung und den Eingeborenen fehlte. Daran sei aber der Gouverneur schuld, der seinen Beamten das Herumreisen in ihrem Bezirk nach Möglichkeit einschränkte.“ (KVZ 46, 701: 25.08.1905)

Zwar drückte sich die *KVZ* noch vorsichtig aus, indem sie von einer Behauptung sprach, doch man durfte das Fehlen eines Kommentars oder einer Gegenargumentation als Zustimmung verstehen. Nicht allein dieses Indiz war es, das die Anschuldigungen der *Kölnischen Zeitung* auch zu denen der *KVZ* machen konnte. Drei Tage vor diesem Artikel hatte sich die *KVZ* lautstark gewundert, weshalb der Krieg für die deutschen Kolonisatoren so unerwartet gekommen war.³²² Die fehlende Tuchfühlung der Kolonialadministration zur Bevölkerung bot da eine treffliche Er-

³²⁰ Vgl. KVZ 46, 882: 24.10.1905 und KVZ 46, 698: 24.08.1905.

³²¹ Vgl. u. a. Götzen 1909:238 und Tetzlaff 1970:213f.

³²² Vgl. KVZ 46, 692: 22.08.1905.

klärung. Wie sehr dieser Zustand vom Gouverneur durch seine Finanzpolitik verschuldet war, wurde – auch in den folgenden Tagen und Wochen – nicht weiter erörtert. Der *Vorwärts* nutzte eine andere Gelegenheit zum Angriff auf Götzen. Anfang September, als der Krieg und die Ursachensuche in vollem Gange war, druckte er die Zusammenfassung eines Interviews des Gouverneurs ab.³²³ Darin bezeichnete Götzen den Krieg als „Auflehnung des bedrängten Heidentums gegen alle fremde Kultur, Steuerzahlung und Arbeitsleistung“ (VOR 22, 206: 03.09.1905) und spielte die im kolonialen System liegenden Ursachen herunter. Der *Vorwärts* enthielt sich nicht des Kommentars:

„Man wird nicht behaupten können, daß diese Auslassungen des Grafen Götzen ein besonderes Verständnis für die Behandlung der Eingeborenen verriet. Graf Götzen findet es scheinbar ganz in Ordnung, daß die Eingeborenen durch Europäer, Araber, Inder und die von der Regierung eingesetzten Unterführer ausgebeutet und mißhandelt werden. Auch das Vorschußgeben und das nachherige gewaltsame Eintreiben der Außenstände [...] hält Graf Götzen anscheinend für eine Form der Kolonialwirtschaft, an der nichts geändert werden könne. [...] Graf Götzen hat bezeichnenderweise keinerlei Vorschläge gemacht, wie den Mißständen in Zukunft abzuhelpen sei. Das einzige Mittel gegen solche Verzweiflungsaufstände der Eingeborenen erblickt er in einer stärkeren und beweglichen Schutztruppe, [...] Daß ein solcher Mann für den Posten des Kolonialdirektors ausersehen worden ist, eröffnet wirklich keine günstigen Aussichten auf die künftige Verwaltung unserer Kolonien.“ (VOR 22, 206: 03.09.1905)

Der Vorwurf der Unfähigkeit zog sich durch den ganzen Text: Götzen fehle jedes Gespür für die Leitung und Verwaltung einer Kolonie und ihrer Bewohner – seien es nun die unterdrückten AfrikanerInnen oder die unterdrückenden Kolonisatoren und ihre Helfer. Seine Ideen zur Lösung von Problemen erstreckten sich lediglich auf militärische Gewalt, wodurch er ein „Ausbeutungssystem“ (ibid.) aufrechterhalte. Es war nur zu verständlich, dass er für den *Vorwärts* mit solchen ‚Qualifikationen‘ einer der ungeeignetsten Männer für den Posten des Kolonialdirektors war. Götzen wurde damit in die Kategorie der Ausbeuter und Unterdrücker, die das kapitalistische Kolonialsystem formten und stützten, eingeordnet.

Zu dieser Kategorie gehörten auch die deutschen Kolonialbeamten; der *Vorwärts* nahm von ihnen allerdings so gut wie keine Notiz. Auch die *Kölnische Volkszeitung* beschäftigte sich nicht eingehend mit ihnen, machte aber immerhin einen Versuch, dieses Thema anzusprechen. Anlass dazu gab ein Artikel des britischen *Standard*, der Gouverneur Götzen und seine Kolonialadministration stark in Schutz nahm und den Krieg im Süden ‚Deutsch-Ostafrikas‘ explizit nicht auf die Fehler deutscher Beamten zurückführen wollte. Stattdessen betonte er Sturheit und Unverständnis, die AfrikanerInnen angeblich gegenüber kolonialen Regelungen hätten. Die unter-

³²³ Vgl. das Originalinterview des Korrespondenten Toeppen in BLA 23, 432: 02.09.1905. Die Zusammenfassung des *Vorwärts* entsprach den Hauptargumenten des Originalartikels im Wortlaut.

schiedlichen Reaktionen deutscher und britischer Kolonialbeamten darauf seien es, die Erfolg und Misserfolg des Kolonialismus ausmachten.

„Die Deutschen handeln in solchen Fällen schnell und entscheidend, und aus diesem Grunde werden sie oft als ‚Wakali Sana‘, d.h. sehr feurig, beschrieben, während der Engländer, der manchmal langsamer ist und mehr Geduld hat und der weniger militärisch mit den Eingeborenen verkehrt, als ‚Polepole‘, d.h. milde, bezeichnet wird. [...] Der Standard ist der Ansicht, daß der Stock und der ‚Kiboko‘ wahrscheinlich die schuldige Veranlassung der Unruhen nicht nur in Ostafrika, sondern auch in Westafrika seien und daß es ein Fehler gewesen sei, immer wieder Militärs in die Kolonien zu senden, denen es zwar nicht an Festigkeit, wohl aber an der nötigen Geduld fehlte. Es werde vielleicht gut sein, wenn Deutschland Männer ernenne, die unter den Eingeborenen gelebt hatten. Emin Pascha habe bewiesen, wie wertvoll es sei, Eingeborene taktvoll zu behandeln.“ (KVZ 46, 777: 19.09.1905)

Obwohl dieser Abschnitt so klang, als ob nun doch den deutschen Beamten eine ursächliche Schuld an *Maji Maji* angelastet würde, war dem genau besehen nicht so: Die Schuld war im Deutschen Reich zu lokalisieren, denn dort wurde die Personalauswahl für die Kolonien getroffen, die nach Ansicht des Autors zu militärisch ausfiel. Und so wünschte sich der *Standard* – und die *Kölnische Volkszeitung* mit ihm³²⁴ – den Übergang zur Zivilregierung in den Kolonien, die weit bessere Ergebnisse versprach. Eine solche Veränderung in den Kolonien konnte nicht allein dort stattfinden, sie brauchte auch andere Voraussetzungen in der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes und damit in der Kolonialpolitik des Deutschen Reiches.

5.5. Militärische Machtdemonstration

Doch zunächst hatte man andere Probleme als eine Reorganisation des deutschen Kolonialwesens, denn die deutsche Herrschaft musste in beinahe einem Drittel der Kolonie wiederhergestellt werden. Die damit verbundenen Schwierigkeiten ergaben sich aus den begrenzten militärischen Kapazitäten. Die Kolonialtruppe umfasste zu Beginn des Krieges nur ungefähr 2 000 Soldaten, sie war weit über die gesamte Kolonie verstreut und man zweifelte an der Loyalität der afrikanischen Soldaten. Außerdem war die Mobilität des Militärs stark eingeschränkt, denn im Kriegsgebiet fehlte die notwendige Infrastruktur, namentlich die Eisenbahn. Dies konnte zum Teil durch den Einsatz der Marine wettgemacht werden, deren Kreuzer vor der Küste ‚Deutsch-Ostafrikas‘ lagen.³²⁵ Die militärische Machtdemonstration und die erneute Unterwerfung der

³²⁴ Schon einen Monat früher hatte die *KVZ* aus der vermeintlichen Uneinigkeit zwischen den afrikanischen Gesellschaften geschlossen, dass es in ‚Deutsch-Ostafrika‘ nicht zu einem flächendeckenden Krieg wie in ‚Deutsch-Südwestafrika‘ kommen würde. „Wenn das aber der Fall ist, dann sollte man der Einführung der Zivilverwaltung in Deutschostafrika doch erst recht kein Bein stellen.“ (KVZ 46, 658: 11.08.1905)

³²⁵ Vgl. Koponen 1995:230.

afrikanischen Gesellschaften gelang schließlich aufgrund der Überlegenheit der deutschen Waffen und der völligen Zerstörung aller Lebensgrundlagen der Bevölkerung.

Für die *Kölnische Volkszeitung* war die unmittelbare militärische Reaktion auf die Angriffe der afrikanischen Kriegerverbände selbstverständlich:

„Es versteht sich von selbst, daß alles geschehen muß, um die gestörte Ordnung wiederherzustellen und dem Gouverneur diejenigen Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, die er verlangt.“ (KVZ 46, 687: 20.08.1905)

Der Vorwärts hingegen schlug eine alternative Lösung vor:

„Wäre es nun angesichts noch unübersehbarer Verwickelungen und Schwierigkeiten und in Anbetracht des noch unerledigten Kriegsabenteuers in Südwestafrika nicht richtiger, erst einmal die Ursachen des Aufstandes zu untersuchen und dann den Versuch zu machen, durch Verhandlungen die Eingeborenen zur Niederlegung der Waffen zu veranlassen, statt gleich mit der gepanzerten Faust dreinzuschlagen?! Die erschlagenen Missionare werden nicht wieder zum Leben erweckt, auch wenn man Hunderte von Eingeborenen niederschießt. Ihre geistlichen und politischen Freunde können zudem doch unmöglich glauben, daß ein solches Blutvergießen, ein solcher Rachezug im Sinne des Christentums und der Ermordeten wäre? Wohl aber sollte das Zentrum erwägen, daß ein blutiger, aber nicht völlig erfolgreicher Rachezug die ganze Kolonie in Flammen setzen könnte. Käme es aber zu einem solchen Aufstand, so wäre gegen seine Niederwerfung die Unterjochung der Hereros und Hottentotten nur ein Kinderspiel. Noch also wäre Zeit, drohendes Unheil abzuwenden!“ (VOR 22, 196: 23.08.1905)

Die anfänglich dürftige Informationslage ließ die Redaktionen der Zeitungen in Unklarheit über die tatsächliche Lage in ‚Deutsch-Ostafrika‘, Unsicherheit und vor allem Angst griffen um sich – Angst vor einem weiteren ausgedehnten Kolonialkrieg wie dem in ‚Deutsch-Südwestafrika‘. Dies mag einer der Gründe gewesen sein, weshalb der *Vorwärts* auf eine Beilegung des Konfliktes ohne Waffengewalt drängte. Einen anderen Grund konnte man in der grundsätzlich antimilitaristischen Haltung der Sozialdemokratie³²⁶ sehen. Der Vorschlag von Ursachenforschung und Verhandlungen zu einem Waffenstillstand hatte pazifistische Züge, er zeugte aber vermutlich weniger von Friedensliebe als vielmehr von ökonomischen Interessen. Sie allerdings machten einen Teil des antimilitaristischen Gedankens aus, denn ein mit Kriegskosten belastetes, unzufriedenes deutsches Proletariat könnte angesichts der enormen Staatsschulden die Ruhe im Hinterland gefährden.³²⁷ Der Leserschaft gab der *Vorwärts* ein bürgerliches Argument an die Hand, das gleichzeitig eine Ermahnung an das Zentrum war: Eine Rächung der toten Missionare

³²⁶ Im *Vorwärts* z. B. in einem Artikel mit dem Titel *Wider die militaristische Unkultur!* dokumentiert. Vgl. VOR 23, 215: 15.09.1906. Vgl. Schröder 1968:165.

³²⁷ Dass die ökonomischen Interessen einen Teil des antimilitaristischen Gedankens ausmachten, wurde ebenso in *Wider die militaristische Unkultur!* belegt. Dem Kernsatz „Der Militarismus ist der schlimmste Feind der Kulturentwicklung“ (VOR 23, 215: 15.09.1906) folgte die Aufzählung, was diverse Kriege – auch Kolonialkriege – das Deutsche Reich und seine Steuerzahler gekostet hatten. Vgl. VOR 23, 215: 15.09.1906.

sei mit der christlichen Lehre nicht vereinbar und wäre nicht im Sinne der Getöteten. Und für den Fall, dass diese Begründung das Zentrum nicht überzeugen sollte, legte die Zeitung nach und warnte vor einem flächendeckenden Krieg. Ein solch „drohendes Unheil“ (ibid.) konnte selbst das Zentrum nicht wollen. Die Reaktion der dem Zentrum nahestehenden Zeitungen blieb aus, auch die *Kölnische Volkszeitung* ging mit keinem Wort auf diese direkte Ansprache ein. Möglicherweise bewirkte die Verweigerung, auf eine Diskussion um die Art der Konfliktlösung einzugehen, dass der *Vorwärts* fortan keine weiteren Versuche unternahm, Alternativen zum Kolonialkrieg zu thematisieren. Oder aber der Redaktion war klar geworden, dass in einer kritischen Kriegsberichterstattung das größere agitatorische Potential lag.

Am Anfang der Kriegsberichterstattung stand die Einschätzung des Gegners und der eigenen militärischen Stärke. Die Beurteilung der afrikanischen Krieger wurde schon in einem früheren Kapitel analysiert, hier soll es um das deutsche Militär gehen, besser gesagt um die ‚Kaiserliche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika‘. Sie bestand nach den Informationen der *KVZ* zu etwa zehn Prozent aus deutschen Soldaten (Offizieren), die anderen 90 Prozent waren afrikanischer Herkunft.³²⁸ Mangels eigener Erfahrung in und mit den Kolonien berief sich der *Vorwärts* auf den Nationalliberalen Arning, um über die kolonialen Streitkräfte zu informieren, und druckte dessen Ansichten unkommentiert ab:

„Dr. Arning schreibt nun heute in demselben Blatte [Tägliche Rundschau]: ‚[...] Ich schrieb am 30. Mai, daß das heute unzweifelhaft unzuverlässige schwarze Material der Schutztruppe den Anforderungen nicht genügen würde, die ein zukünftiger größerer Aufstand an sie stellen wird. In dem Küstengebiet kann man unsere deutschen Matrosen wohl zeitweise verwenden; unmöglich aber ist es, im Innern Deutsch-Ostafrikas mit weißen Soldaten einen längeren Krieg zu führen. [...] Nur eine starke farbige Schutztruppe ist zu verwenden, die mit einem großen Prozentsatz solcher Mannschaften durchsetzt ist, die außerhalb des deutschen ostafrikanischen Gebietes ausgehoben sind.‘“ (VOR 22, 195; 22.08.1905)

Arning bot eine rassistische Einteilung der Kolonialtruppe an, die der *Vorwärts* übernahm. Diesmal wurde die Kategorie ‚Rasse‘ mit militärischer Einsatzfähigkeit kombiniert: Schwarze Soldaten wurden per se als illoyal und kriegsuntauglich eingestuft. Weiße Soldaten galten wohl als verwendbar, ein längerer Einsatz in tropischem Klima konnte ihnen aber nicht zugemutet werden. Die „farbige Schutztruppe“ (ibid.) sollte aus Afrikanern anderer Kolonien bestehen. Sie verfügten anscheinend über Klimatauglichkeit und militärische Fähigkeiten, ihre besondere Qualität war die Herkunft. Durch ihre Ortsfremdheit wäre Solidarisierungsbestrebungen mit der afrikanischen Bevölkerung vorgebeugt, die als größte Gefahr für die Armee gesehen wurden. Für den Maji-Maji-Krieg wurden sudanesishe Söldner in Äthiopien angeworben.

³²⁸ Vgl. *KVZ* 46, 712: 29.08.1905.

Die *Kölnische Volkszeitung* schrieb den in ‚Deutsch-Ostafrika‘ rekrutierten Soldaten „nur geringe soldatische Tugenden“ (KVZ 46, 692: 22.08.1905) zu und bedauerte den Mangel an „Sudanesen“ (ibid.). Die befürchtete Untreue der Askari³²⁹ dokumentierte sie anhand des Angriffs auf Liwale, der am 13. August 1905 stattgefunden hatte:

„Die Situation wird noch unerfreulich dadurch gestaltet, daß allem Anscheine nach auf die farbigen Mannschaften in der Schutztruppe kein rechter Verlaß ist. [...] Verdächtig ist schon der Umstand, daß von der Besatzung der Station Liwale, die von den Aufständischen bekanntlich genommen wurde, einzig und allein der kommandierende deutsche Feldwebel gefallen ist. Die Besatzung bestand, wie es heißt, außer ihm nur aus farbigen Polizeisoldaten, und es liegt die Annahme nahe, daß dieselben mit den Aufführern gemeinsame Sache gemacht haben.“ (KVZ 46, 698: 24.08.1905)

Gegen diese Darstellung sprachen die historischen Fakten, denn in Liwale hatte kein Mensch, der der deutschen Regierung freundlich gesinnt war, überlebt – erst recht nicht in einer Uniform.³³⁰ Möglicherweise lagen noch keine genaueren Nachrichten vor oder es war nur der Tod des deutschen Feldwebels gemeldet worden, die gefallenen Askari hingegen nicht. Wahrscheinlich aber musste die militärische Niederlage gerechtfertigt werden, stellte sie doch auch eine Einbuße an Überlegenheit dar. Die Angst davor, deutsche Soldaten könnten innerhalb ihrer eigenen Kompanie von Afrikanern hintergangen werden, fügte sich außerdem sehr gut in die unsichere Stimmung ein. Die *KVZ* verstärkte sogar den Eindruck, die deutschen Soldaten wären ringsum von Feinden umgeben, indem sie die kolonialen Streitkräfte auch zahlenmäßig in loyale und illoyale Männer einteilte.

„Das farbige Personal besteht aus 5 Offizieren, 126 Unteroffizieren und 1340 Gemeinen. Von den Farbigen sind bei ausbrechenden Unruhen nur die Gefreiten und die zum Stamme der Sudanesen gehörenden, ungefähr 630 Mann, als zu uns gehörig zu betrachten.“ (KVZ 46, 698: 24.08.1905)

Diesen Zahlen zufolge waren es nur knapp 43 Prozent der afrikanischen Soldaten, die nach der Meinung der *KVZ* als loyal galten.³³¹ Zusammen mit den 220 Weißen Soldaten ergab das gerade einmal die Hälfte der vorhandenen Mannschaften, während folglich die andere Hälfte der Streitmacht potentielle Gegner waren.³³² Für die Kriegsführung in einem feindlich gesinnten, unweg-

³²⁹ *Askari* = swahili für *Soldat*.

³³⁰ Vgl. Iliffe 1979:172 und Götzen 1909:66f.

³³¹ Vgl. auch den Nachweis der Truppenstärke in KVZ 46, 712: 29.08.1905. Der *Vorwärts* hatte ebenfalls die Zusammensetzung der Schutztruppe veröffentlicht, allerdings nicht unter dem Kriterium der Loyalität. Vgl. VOR 22, 196: 23.08.1905.

³³² Eine Rehabilitation erfuhren die afrikanischen Soldaten in der *KVZ* im Wahlkampf 1906/7: „In Ostafrika hat man während der letzten Aufstände mit den schwarzen Askaris recht gute Erfahrungen gemacht.“ (KVZ 48, 25: 09.01.1907) Die Intention hinter diesem Satz lag aber nicht darin, ein früher vermitteltes Bild gerade zu rücken, sondern in der politischen Forderung nach Ersatz eines Teils der Schutztruppe in ‚Deutsch-Südwestafrika‘ durch Polizeitruppen – aus ökonomischen Gründen.

samen Land war dies eine Horrorvorstellung. Nach den ersten militärischen Erfolgsmeldungen³³³ gab allerdings es nur noch wenig Grund für derartige Befürchtungen und so wurde kein Wort mehr darüber verloren.³³⁴ Vielmehr mussten nun die Bemühungen der Kolonialtruppe um Wiederherstellung der kolonialen Ordnung im Vordergrund stehen.

Die anfänglichen Probleme der Kriegsführung – die zu geringe Stärke der Streitkräfte³³⁵ und die fehlende Flexibilität³³⁶ – wurden von beiden Zeitungen in kurzen Meldungen angesprochen, während spätere Schwierigkeiten, wie das Klima, tropische Krankheiten, Versorgungs- und Kommunikationsmängel³³⁷, nicht in den Berichten auftauchten. Zwei Gründe könnten dafür verantwortlich gemacht werden: Fern der Kolonie mussten die Anfangsprobleme eine wesentlich größere Gefährdung des Kriegserfolgs darstellen als die späteren Schwierigkeiten. Ab Oktober 1905 war die deutsche Offensive erfolgreich und der Sieg der deutschen Truppen schien nur noch eine Frage der Zeit. Außerdem waren es gerade die Verstärkung der Kolonialtruppe und der Not-Einsatz der Marine, die das Deutsche Reich offensichtlich Geld kosten würden. Die finanziellen Folgen von klimabedingten Änderungen militärischer Einsatzpläne³³⁸ oder einer prekären Ernährungslage der Truppe³³⁹ waren hingegen nicht so direkt nachvollziehbar und deshalb auch politisch nicht unbedingt wirksam auszunutzen. Der *Vorwärts* jedenfalls machte sich sofort daran, die Kosten für die Verstärkung der Truppe in ‚Deutsch-Ostafrika‘ vorsorglich zu berechnen.

„Uebrigens [sic] wird uns bereits das kleine Korps von 220 Mann ein Heidengeld kosten. Die Kosten für unsere Südwestafrikatruppe belaufen sich nach den Etats auf

³³³ Vgl. KVZ 46, 686: 20.08.1905; KVZ 46, 689: 21.08.1905; KVZ 46, 713: 29.08.1905 und KVZ 46, 726: 02.09.1905.

³³⁴ Die Idee einer aus Söldnern bestehenden Kolonialarmee, die während *Maji Maji* – aber ohne eindeutigen Bezug dazu – diskutiert wurde, lehnten beide Zeitungen vehement ab. Die *Kölnische Volkszeitung* äußerte vor allem rechtliche Bedenken, war doch schon die Stellung der Schutztruppe gesetzlich problematisch. Vgl. KVZ 46, 712: 29.08.1905. Der *Vorwärts* verband mit diesem Gedanken dagegen einen weiteren Schritt der deutschen Weltpolitik, der zu unweigerlichen Konflikten mit anderen Kolonialmächten, namentlich England und Frankreich, führen müsste. Außerdem hatte die sozialistische Zeitung die Befürchtung, dass eine Söldnerarmee auch zur Aufstandsbekämpfung im Deutschen Reich verwendet werden könnte. Vgl. VOR 23, 132: 10.06.1906.

³³⁵ Vgl. u. a. VOR 22, 194: 20.08.1905; VOR 22, 195: 22.08.1905; VOR 22, 199: 26.08.1905 und KVZ 46, 686: 20.08.1905; KVZ 46, 713: 29.08.1905.

³³⁶ Abhilfe verschaffte der Einsatz der Marine zu Beförderungsdiensten und von Marinesoldaten für die Feldzüge in den Matumbibergen. Vgl. VOR 22, 194: 20.08.1905; VOR 22, 196: 23.08.1905; VOR 22, 199: 26.08.1905; VOR 22, 201: 29.08.1905 und KVZ 46, 686: 20.08.1905; KVZ 46, 689: 21.08.1905; KVZ 46, 701: 25.08.1905.

³³⁷ Vgl. Johannes 1906 in DOAZ 8, 45 (Bbl.1): 10.11.1906 u. 46: 17.11.1906. Auch Johannes 1906/7 in DOAZ 8, 50: 15.12.1906.

³³⁸ Im Dezember 1905 war z. B. der Luwego (Bezirk Mahenge) so stark angeschwollen, dass Versuche, über den Fluss zu setzen, mehrere Soldaten das Leben kostete und schließlich die Kompanie Wangenheim zur Umkehr zwang. Vgl. Götzen 1909:169f. Zu klimabedingten Beeinträchtigungen der militärischen Einsätze vgl. auch Johannes 1906 in DOAZ 8, 45 (Bbl.1): 10.11.1906.

³³⁹ Major Johannes schrieb z. B. über den Marsch seiner Kompanie von Liwale nach Songea: „Besonders anerkennenswert wurde die Leistung der Truppe dadurch, daß die Verpflegung eine ganz ungenügende war. Von dem täglich gelieferten Pfund Reis war ein Teil durch Regen verdorben. [...] Auch im eigentlichen Ungoni war die Verpflegung nicht ausreichend, da die Aufständischen Zeit genug hatten, ihre Vorräte in Sicherheit zu bringen.“ (Johannes 1906 in DOAZ 8, 42: 20.10.1906).

28 M. pro Kopf und Tag. Kosteten uns unsere ostafrikanischen Truppen ebensoviel, so machte das pro Tag 6160 M., für 6 Monate also bereits 1 108 800 M.! Diese Kosten sind vom Reichstag nicht bewilligt worden. Trotzdem denkt Bülow scheinbar gar nicht daran, den Reichstag einzuberufen!“ (VOR 22, 198: 25.08.1905)

Das „kleine Korps“ (ibid.) bedeutete für die Kolonialtruppe eine Verdoppelung der Weißen Soldaten und eine beträchtliche Erhöhung ihrer Schlagkraft, brachten sie doch modernste Waffen mit. Im Vergleich zu den bis zu 15 000 Mann, die in ‚Deutsch-Südwestafrika‘ eingesetzt waren, handelte es sich allerdings um ein verschwindend kleines Kontingent, folglich um einen relativ geringen Betrag, den das Deutsche Reich dafür aufbringen musste. Die Erwartung eines über einjährigen Krieges³⁴⁰ rechtfertigte eine Hochrechnung der Kosten auf sechs Monate und darin lag nun das agitatorische Moment: Für proletarische LeserInnen musste ein Betrag von über einer Million Mark eine unvorstellbar große Summe sein. Von einem Staat, der für soziale Belange keine Mark freiwillig ausgeben wollte, horrenden Schulden machte und noch dazu eine Steuererhöhung nach der anderen beschloss, konnte man eine Mitbestimmung der Bevölkerung bei einem solchen Betrag selbstverständlich einfordern.³⁴¹ Für die Regierung war es ebenso selbstverständlich, dieser Forderung nicht nachzugeben.³⁴²

Einstweilen machten sich die Kolonialtruppe und die Marinedetachements an ihre schwierige Aufgabe. Da eine flächendeckende Besetzung des Kriegsgebiets nicht möglich war, versuchte man, den afrikanischen Kriegsverbänden an Brennpunkten zu begegnen und so die wenigen Europäeransiedlungen zu schützen. In offenen konfrontativen Gefechten war die deutsche Truppe der zahlenmäßigen Überlegenheit ihrer Gegner nur deshalb gewachsen, weil sie Maschinengewehre zur Verfügung hatte, mit denen auf die angreifenden Krieger gefeuert wurde. Götzen schrieb später darüber: „Von außerordentlicher, effektiver wie moralischer, Wirkung waren überall die Maschinengewehre. Man kann wohl sagen, daß alle größeren Erfolge im wesentlichen ihrem Feuer zuzuschreiben sind.“ (Götzen 1909:246) Von dieser wichtigsten und entscheidenden Waffe nahm die *Kölnische Volkszeitung* nahezu keine Notiz, schon gar nicht von ihrem zerstörerischen Potential. Das Wort *Maschinengewehr* tauchte lediglich bei Truppenauflistungen auf.³⁴³ Selbst Siege in Gefechten gegen eine große Überzahl an afrikanischen Kriegern wurden nicht ausdrücklich auf den Gebrauch dieser Waffe zurückgeführt.

„Schon bei der ersten Salve stutzten die Angreifer, sahen sich verwundert an und wichen zurück. Warum? Weil wiederum kein Wasserstrahl sie begrüßte, wohl aber das Blei ihnen in die Glieder fuhr und manchen niederstreckte. Auf die Salve folgte

³⁴⁰ Vgl. VOR 22, 196: 23.08.1905.

³⁴¹ Vgl. auch VOR 22, 199: 26.08.1905.

³⁴² Vgl. Kapitel 5.1.

³⁴³ Vgl. u. a. KVZ 46, 726: 02.09.1905.

Schnellfeuer und die 3 000 wichen wirklich im freien Felde vor den elf unerschrockenen, mutigen Soldaten zurück.“ (KVZ 46, 1026: 11.12.1905)

Ausschlaggebend für den militärischen Erfolg war mit Sicherheit das „Schnellfeuer“ (ibid.), das nur aus dem Lauf eines Maschinengewehrs kommen konnte. Man darf aber nicht vergessen, dass die Leserschaft nicht zwangsläufig diese Waffe damit verband, war sie doch erst seit 1900 in den Armeen in Verwendung und noch in der Probephase. Deshalb vervollständigte auch Götzen seine Beurteilung der Waffe mit dem Satz: „Die Stimmen, welche dieser Waffe im Buschkrieg und unter der Behandlung von Farbigen keine Zukunft versprechen wollten, sind heute verstummt.“ (Götzen 1909:246) Nein, das wichtige des Textes war nicht das Maschinengewehr, viel einprägsamer und imponierender war das Heldentum, das aus einer militärischen Erziehung resultierte: elf Helden gegen 3 000 ‚Wilde‘! Das waren Soldaten, die ihren Mut bewiesen und gegen einen übermächtigen Gegner gesiegt hatten. Im Kontext dieses Ausschnittes nämlich hatte Pater Lamberty ganz ausführlich Anwendung und vermeintliche Wirkung des *Maji* beschrieben und sich über den ‚Aberglauben‘ mokiert. Mit dieser Gefechtsbeschreibung stärkte er das Bild der Unterlegenheit der afrikanischen Krieger aufgrund dieses ‚Aberglaubens‘ und des Heldentums der ‚Schutztruppe‘.

Der *Vorwärts* ging mit der Verwendung des Wortes *Maschinengewehr* ebenso vorsichtig um und erwähnte die Waffe nur in Kompanie-Aufstellungen³⁴⁴. Betrachtete man die wenigen von amtlicher Stelle übernommenen Gefechtsberichte, so konnte man stets vom zahlenmäßig überlegenen Gegner lesen, der mit großen Verlusten seinerseits zurückgeschlagen worden war.³⁴⁵ Aber kein Hinweis war zu finden, weshalb diese Siege gelungen waren. Nach Beginn der deutschen Großoffensive steigerte sich die Zahl der Toten auf afrikanischer Seite schlagartig. Nun begann der *Vorwärts*, sich wieder auf seinen anfänglich gezeigten Pazifismus und seine Solidarität mit den Kolonisierten zu besinnen, und schrieb von „Blutbäder[n], die man bereits unter den Eingeborenen angerichtet hat[te]“ (VOR 22, 269: 16.11.1905). Als im Zuge der Diskussionen um die Kolonialskandale des Jahres 1906 die *Usambara Post* – an den sozialdemokratischen Abgeordneten Georg Ledebour gerichtet – behauptete, die Taten kolonialer Helden wögen die Untaten einzelner Kolonisatoren um ein Vielfaches auf, reagierte der *Vorwärts* empört:

„Die Zahl der bei dem ostafrikanischen Aufstand ermordeten Weißen läßt sich an einer Hand abzählen – dafür sind bis jetzt schon mehrere Tausend Eingeborene niedergeknallt worden! [...] Man sieht mit welchem Rechte Genosse Ledebour erklärte, daß durch die Kolonialpolitik die ‚Bestialisierung in das Volk hineingetrieben‘ werde!“ (VOR 23, 118: 23.05.1906)

³⁴⁴ Vgl. VOR 22, 196: 23.08.1905.

³⁴⁵ Vgl. VOR 22, 196: 23.08.1905 und VOR 22, 201: 29.08.1905.

Der *Vorwärts* ignorierte, dass sich die *Usambara Post* in ihrem Artikel auf die zahlreichen Kolonialskandale bezog und nicht auf Kolonialkriege. Die sozialistische Zeitung legte fulminant los und drehte den Spieß um, indem sie die kolonialen Helden als Ausnahmen deklarierte und stattdessen *Maji Maji* zum Regelfall machte. Die Relation zwischen den Verlusten beider Seiten wies auf den Charakter der Gefechte hin: sie waren erbarmungslose Massaker der Kolonialtruppe an den afrikanischen Kriegsverbänden. Zusammen mit einer Auflistung weiterer Grausamkeiten, die von deutschen Militärs in den Kolonien begangen worden waren, fungierte die Kriegsführung während *Maji Maji* als Beweis dafür, dass der Kolonialismus auf deutsche Soldaten Auswirkungen hatte: Er führe zu Verrohung und Unmenschlichkeit – Attribute, die ‚zivilisierten‘ Menschen nicht gut zu Gesicht standen.³⁴⁶ Eine Kritik an der ‚Zivilisiertheit‘ deutscher Soldaten (oder Kolonisatoren) konnte durchaus als Generalkritik am Kolonialismus gewertet werden, setzte dieses Argument doch an der Basis kolonialen Denkens an. Einen Monat später setzte der *Vorwärts* die Kriegsführung in ‚Deutsch-Ostafrika‘ ins Verhältnis zu den Kolonialskandalen und nutzte damit den Maji-Maji-Krieg zum Angriff auf konkurrierende Partei:

„Denn was bedeutet die ganze Puttkamerei schließlich gegen die ungeheuerliche Kriegsführung in Südwestafrika und Ostafrika! [...] Und als in Ostafrika der Aufstand ausbrach, als auch dort die grauenhafte Blutarbeit begann, die jetzt noch ungemindert fortdauert, dachten Zentrum und Freisinn ebensowenig daran, diesen Metzeleien Einhalt zu tun. [...] Mögen Hunderte von Millionen verpulvert werden, mögen Zehntausende von Eingeborenen auf der Strecke bleiben – Zentrum und Freisinn klammern sich an kleinliche Einzelfälle dieses unerhörten Systems und renommieren dann noch im Lande herum, daß sie der Regierung endlich das Versprechen abgerungen haben, das – Kolonialamt zu reorganisieren! [...] Sie machen sich, gewollt oder ungewollt, nur zu Hehlern und Begünstigern aller kolonialen Barbareien, die eine Fortführung unserer bisherigen Kolonialpolitik unausbleiblich mit sich bringen muß!“ (VOR 23, 146: 27.06.1906)

Die Anschuldigungen gegen den Gouverneur Jesco von Puttkamer (Kamerun) – vornehmlich ging es um Korruption – erhitzen in jenem Frühsommer die Gemüter und besonders das

³⁴⁶ Schon in den ersten Jahren der deutschen Kolonialherrschaft waren die „barbarisierenden Rückwirkungen einer kapitalistischen Kolonialpolitik auf Europa“ (Schröder 1968:157) von der Sozialdemokratie angesprochen worden. Nach dem Wahlkampf 1907 beschäftigte sich eine sozialdemokratische Broschüre mit dem Thema. Vgl. Schröder 1968:157f.

Zentrum und die linksliberale Freisinnige Partei forderten eine lückenlose Aufklärung. Nach Meinung des *Vorwärts* hatten sie damit einen falschen Schwerpunkt gesetzt – ein größerer Weitblick hätte sie dazu führen müssen, gegen die gnadenlose Kriegsführung der deutschen Truppen in den Kolonien zu protestieren. Deshalb wären die beiden Parteien an den Genoziden in ‚Deutsch-Südwestafrika‘ und ‚Deutsch-Ostafrika‘ mitschuldig. Der *Vorwärts* bezeichnete sie als heuchlerisch, da sie die Revision des Kolonialsystems propagiert, sich aber an Detailproblemen – wie dem Fall Puttkamer – aufgehalten hätten, anstatt endlich zu erkennen, „daß die kapitalistische Kolonialpolitik ohne schwerste Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen, ohne brutales Regiment der weißen Herrenrasse ganz unmöglich ist.“ (ibid.) Doch auch diese Angriffe halfen nichts, die Sozialdemokratie blieb allein mit ihrer Forderung nach einer – wie auch immer gearteten – ‚humanen‘ Kriegsführung. Eine Einstellung der Kampfhandlungen in ‚Deutsch-Ostafrika‘ zog der *Vorwärts* inzwischen nicht mehr in Betracht.³⁴⁷

Die offenen Gefechte, die stets im Hagel der Maschinengewehrsalven endeten, gehörten zu diesem Zeitpunkt schon der Vergangenheit an, denn die afrikanischen Kriegverbände hatten ihre konfrontative Taktik aufgegeben. Der Guerillakrieg bot ihnen die einzige Möglichkeit, die Kämpfe weiterzuführen. Davor hatte der *Vorwärts* schon früh gewarnt³⁴⁸ und lenkte nun die Aufmerksamkeit auf die Methoden der *counter insurgency*, die die Kolonialtruppe anwandte. Der oben zitierten Generalkritik folgte einen Tag später ein Beispiel, das die „ganz besondere Barbarei der Kriegsführung“ (VOR 23, 147: 28.06.1906) darstellte. Ein vom *Vorwärts* kommentierter Text der *DOAZ* diente als Grundlage:

„Im Songea-Distrikt nämlich war seitens der Europäer zwischen das Pulver der 71er Askari-Munition Dynamit gesteckt worden; solche Patronen waren dann absichtlich an sichtbaren Plätzen niedergelegt und von den Auführern zu ihrem eigenen Verderben benutzt worden. [...] Um Unfälle bei den Askaris zu vermeiden war die Parole ausgegeben, aufgefundene 71er Patronen nicht zu gebrauchen.‘ ‚Europäer‘ (die ‚Ostafr. Ztg.‘ sagt leider nicht, ob es uniformierte Europäer waren, was doch, da es sich um Askari-Munition handelte, sehr wahrscheinlich ist) haben den Eingeborenen gegenüber die Methode der Raubzeugverteilung zur Anwendung gebracht! Eine solche Barbarei stellt denn doch alles in den Schatten, was bisher auf dem Gebiete kolonialer Kriegsführung überhaupt geleistet worden ist. Denn selbst die Verwendung von Dum-Dum-Geschossen durch die Engländer, über die sich seinerzeit die ganze gesittete Welt entrüstete, erscheint noch beinahe human gegen eine solch tückische Methode hinterlistiger Menschenverteilung!“ (VOR 23, 147: 28.06.1906)³⁴⁹

Für den *Vorwärts* sprach aus der Verwendung derart manipulierter Munition eine ungekannte außerordentliche Grausamkeit der Weißen, von deren Zugehörigkeit zur Kolonialtruppe aus-

³⁴⁷ Hingegen forderte die Sozialdemokratie im Dezember 1906 für ‚Deutsch-Südwestafrika‘ einen Verhandlungsfrieden anstelle der Fortführung des Herero-Nama-Kriegs. Vgl. Becker 1987:96.

³⁴⁸ Vgl. VOR 22, 201: 29.08.1905 und VOR 22, 206: 03.09.1905.

³⁴⁹ Vgl. auch Kapitel 5.2.

gegangen werden konnte, waren doch die Askari vor dem Gebrauch der Munition gewarnt worden. Die Wirkung der präparierten Patronen musste derjenigen der damals umstrittenen Dumdumgeschosse³⁵⁰ ziemlich ähnlich gewesen sein. Die Empörung des *Vorwärts* über diese Vorgänge drückte zwar seine Solidarisierung mit den Kolonisierten aus, viel deutlicher aber wurde eine De-Solidarisierung mit Weißen Soldaten der kolonialen Streitkräfte: Sie hatten eine Kriegsmethode angewandt, die keinerlei Heldentum, Mut oder militärische Überlegenheit erforderte, sondern Tücke und Hinterlist verriet. Ihr Verhalten widersprach jeglicher Ehrenhaftigkeit.³⁵¹

Wesentlich größere Auswirkungen für die afrikanische Bevölkerung hatte allerdings die Taktik der verbrannten Erde, mit der die Kolonialtruppe das Rückgrat der Guerillabewegung brechen wollte und konnte. Die Zerstörung der Dörfer und Nahrungsvorräte sowie die Verhinderung des Feldbaus – Ernte wie Aussaat – vernichteten die Lebensgrundlagen der Subsistenzproduktion.³⁵² Über das planmäßige Vorgehen, um eine Unterwerfung zu erreichen, erschienen weder in der *Kölnischen Volkszeitung* noch im *Vorwärts* Berichte. Lediglich das Resultat daraus – die langanhaltende Hungersnot – wurde thematisiert, vor allem in der *KVZ*.

„Wohl ist der Krieg seit Anfang 1906 ziemlich beendet, allein das Kriegsrecht dauerte in einzelnen Teilen noch bis um April und Mai fort. Während dieser Monate, welche die geeignetsten zum Anbau gewesen wären, konnten die Leute ihre Felder nicht bestellen; ferner wurden nachher die Leute noch am Feldbau verhindert durch die Hilfskrieger [sic], die nicht selten aus eigener Willkür und noch nach Beendigung des Krieges die Leute verfolgten und nie recht zur Ruhe kommen ließen [...] So kam es, daß die Ernte im Vorjahre recht gering und auch bald aufgezehrt war. Schon im Oktober 1906 konnte man allenthalben große Teuerung bemerken. Doch war damals die Lage noch nicht so schlimm, denn im Matengo-Gebiet am Nyasse-See war eine sehr ergiebige Ernte gewesen und die Leute holten und kauften dort nach Bedarf. Doch wurde dieses Land später von der Regierung gesperrt und die dortigen Vorräte von derselben für das Militär aufgekauft, und so war nun die Quelle versiegt.“ (KVZ 48, 314: 13.04.1907)

Der Missionsbericht der *KVZ* schrieb die Hungersnot nicht der planmäßigen Vernichtung durch die Kolonialtruppe zu, sondern dem eigenmächtigen Handeln sogenannter ‚Hilfskrieger‘ nach Beendigung des Krieges.³⁵³ Das Militär war hier auf andere Weise verantwortlich für die Aus-

³⁵⁰ Dumdumgeschosse wurden 1890 erstmals in Dam Dam (Kalkutta) im englischen Arsenal hergestellt. Sie haben eine sprenggeschossartige Wirkung und verursachen große Wunden. 1907 wurde ihre Verwendung durch die Haager Landkriegsordnung völkerrechtlich verboten.

³⁵¹ Der Wahrheitsgehalt dieser Meldung ließ sich nicht nachprüfen. Auch der *Berliner Lokal-Anzeiger* zitierte den Text aus der *DOAZ*. Vgl. BLA 24, 319: 26.06.1906. Aus dem Bericht des Major Johannes, der die Feldzüge in Ungoni befehligte, war von einer Manipulation der Askari-Munition nicht zu lesen. Der Artikel des *Vorwärts* stellte als einziger das Image des heldenhaften Soldaten der Schutztruppe in Frage. Er konnte seine Agitationszwecke erfüllen, weil die Leserschaft im Deutschen Reich Informationen aus den Kolonien kaum nachprüfen konnte.

³⁵² Vgl. u. a. Johannes 1906 in *DOAZ* 8, 43 (Bbl.1): 27.10.1906 und Paasche 1907:327-336.

³⁵³ Diese Betrachtungsweise blendete jedoch aus, dass schon in den Monaten November 1905 bis Januar 1906 die Aussaat verhindert worden war und die ersten Opfer des Hungers im Mai 1906 zu verzeichnen waren. Vgl. Johannes 1906 in *DOAZ* 8, 43: 27.10.1906 und Johannes 1906/7 in *DOAZ* 8, 51: 21.12.1906.

dehnung des Hungers: Der einzige zugängliche und gut versorgte Nahrungsmarkt war ungeachtet der sichtbaren Versorgungsengpässe gesperrt und leergekauft worden.³⁵⁴ Auf anderen Märkten wurden die Nahrungsmittelaufkäufe – wie auch die *KVZ* zu berichten wusste³⁵⁵ – mit der Verpflegung der Kriegsgefangenen begründet, doch was wie Humanität gegenüber den Häftlingen aussah, geschah aus ökonomischen Überlegungen: Die Gefangenen hatten Zwangsarbeit zu verrichten und so wurden auch nur arbeitsfähige Männer und Frauen ernährt.³⁵⁶ Diesen Zusammenhang sparte die *KVZ* aus, schließlich hielt sie die Gefangenschaft der am Aufstand Beteiligten für rechtmäßig³⁵⁷ und stellte ihre Behandlung als fair dar.³⁵⁸

Der *Vorwärts* hingegen beurteilte den Umgang des Militärs mit den Gefangenen keineswegs als fair:

„Jedem Fremden, so heißt es in der Zuschrift, fielen die Kolonnen von Gefangenen auf, die in Gruppen von 12 bis 20 Personen, durch anderthalbmeterlange eiserne Ketten zusammengeschlossen, unter der Aufsicht eines zur Polizeitruppe gehörigen Askaris öffentliche Arbeiten verrichteten. [...] Diese Gefangenen seien größtenteils Kriegsgefangene aus dem letzten Feldzug. Der Gewährsmann teilt ferner mit, daß ihm von einem Sachverständigen versichert worden sei, daß dem letzten Aufstand mindestens 150 000 Eingeborene zum Opfer gefallen seien. Tausende von Gefangenen seien wie die Fliegen auf dem Transport nach der Küste an Krankheiten, Erschöpfung, ungenügender Ernährung und Ueberanstrengung gestorben! Außerdem seien manchmal in Kilwa über hundert in einer Woche aufgeküpft worden, ‚immer gleich dutzendweise‘. Es sei auffallend, daß gerade in Kilwa die auf der Kolonialstudienreise befindlichen Reichstagsabgeordneten nicht an Land gegangen seien, obwohl hier alle möglichen Vorbereitungen für den Empfang getroffen waren, sondern daß sie sich in der englischen Kolonie und auf der englischen Ugandabahn die nötige Kolonialbegeisterung geholt hätten!“ (VOR 23, 291: 14.12.1906)

Dass die Strafarbeit in Ketten und unter militärischer Aufsicht geleistet werden musste, mochte vielleicht wenig Widerspruch erregt haben. „Tausende von Gefangenen“ (ibid.), die auf dem Transport starben, zeugten jedenfalls nicht von einer guten Versorgung und dutzendweise Hinrichtungen klangen eher nach Massenexekutionen denn nach Urteilen aus ‚gerechten‘ Verfahren. Die Unrechtmäßigkeit, die der Autor und auch der *Vorwärts* darin sahen, wurde durch die Tatsache deutlich, dass diese Zustände den Vertretern des Deutschen Reiches vorenthalten worden waren. Halb verhungerte Kettensträflinge und vielfache Hinrichtungen liefen der Intention einer solchen Studienreise zuwider, denn die Abgeordneten sollten von der Rentabilität und der ‚Kulturmission‘ des Kolonialismus überzeugt werden.³⁵⁹

³⁵⁴ Vgl. Iliffe 1979:199.

³⁵⁵ Vgl. *KVZ* 48, 143: 18.02.1907.

³⁵⁶ Vgl. Bald 1970:70.

³⁵⁷ Vgl. *KVZ* 57, 946: 05.11.1906.

³⁵⁸ Vgl. *KVZ* 48, 320: 15.04.1907.

³⁵⁹ Vgl. Kundrus 2003a:32 und Kapitel 3.1.

Der *Vorwärts* kam letztendlich zu dem Schluss, dass in *Maji Maji* eine kollektiv unternommene, unbegrenzte Vernichtung von AfrikanerInnen durch die deutsche Kolonialtruppe zu begreifen war, die sämtliche individuellen Untaten à la Peters weit in den Schatten stellte.³⁶⁰ So diente neben dem Völkermord in ‚Deutsch-Südwestafrika‘ auch *Maji Maji* als Begründung für die sozialdemokratische Kolonialresolution, die sich grundsätzlich von Kolonialpolitik distanzierte.³⁶¹

6. Schlussbetrachtung

Maji Maji - wenn das kein Krieg war, was war es dann? Im Deutschen Reich war *Maji Maji* eine Projektionsfläche für Positionierungen und Forderungen der wilhelminischen Parteipresse.

Die vorgelegte Inhaltsanalyse der *Kölnischen Volkszeitung* und des *Vorwärts* aus den Jahren 1905 bis 1908 erschloss eine Fülle an Details zur Berichterstattung über den Maji-Maji-Krieg in ‚Deutsch-Ostafrika‘. Zur abschließenden Beurteilung der gewonnenen Erkenntnisse werden im Kontext der einführenden Teile der Arbeit die wesentlichen Punkte zusammengefasst.

Die Epoche, die in der europäischen Geschichte das Zeitalter des Imperialismus genannt wird, war im Deutschen Reich entscheidend von der Persönlichkeit Kaiser Wilhelms II. geprägt. Seine Macht und sein Prestige drückten sich vor allem in der Militarisierung des öffentlichen Lebens, im Flottenbau und im Kolonialbesitz aus. Er fungierte als Identifikationsfigur einer noch jungen deutschen Nation, deren kulturelle und wirtschaftliche Überlegenheit er repräsentieren sollte und wollte. Auf politischer Ebene aber füllte der Kaiser die ihm verfassungsmäßig verliehene Machtposition nicht aus.³⁶² Stattdessen gewann der Reichstag kontinuierlich an Einfluss, die beiden größten Parteien im Parlament waren Massenorganisationen: Das Zentrum vertrat die Interessen des katholischen (Bildungs-)Bürgertums, die Sozialdemokratie hingegen hatte seine Wählerschaft im Proletariat und strebte eine klassenlose Gesellschaft an. Die Befugnisse des Reichstags lagen im Legislativrecht und im Budgetrecht, welches auch in der Kolonialpolitik die Mitbestimmung der parlamentarischen Vertreter sicherte.³⁶³ Das Zentrum unterstützte im allgemeinen die deutsche Kolonialpolitik, auch wenn die Partei häufig Methoden und Ausmaß der kolonialen Aktivitäten kritisierte. Die politische Mitte der Sozialdemokratie zeichnete sich auf diesem politischen Feld durch einen schon im *Erfurter Programm* angelegten Dualismus aus: Der theoretischen grundsätzlichen Ablehnung des Kolonialprojektes standen praktische Eingriffe

³⁶⁰ Vgl. VOR 24, 153: 04.07.1907.

³⁶¹ Vgl. VOR 24, 197: 24.08.1907.

³⁶² Vgl. Kapitel 2.1.

³⁶³ Vgl. Kapitel 2.2.

in die Politik zur Verbesserung des kolonialen Systems gegenüber. Der revisionistische Parteiflügel stellte die ‚Rassensolidarität‘ allerdings über die Solidarität des Proletariats und trat für eine sozialistische Kolonialpolitik ein.³⁶⁴

Die Präsenz des Kolonialbesitzes und des Kolonialismus in der deutschen Öffentlichkeit zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeigte sich in unterschiedlichen Sphären. Dem Bemühen, dieser Vielfalt gerecht zu werden, ist der Versuch geschuldet, den Begriff Öffentlichkeit aufzuteilen. Die Trennung einer bürgerlichen Öffentlichkeit nach Habermas von einer proletarischen in Anlehnung an Negt und Kluge barg allerdings historische, theoretische und systematische Probleme, die im Rahmen dieser Arbeit nicht gelöst werden konnten. Dennoch war die Aufteilung sinnvoll: Die *Kölnische Volkszeitung*, das Organ des Zentrums, war auf das katholische (Bildungs-)Bürgertum zugeschnitten, das eine Parlamentarisierung des bestehenden politischen Systems anstrebte. Der von der Sozialdemokratie herausgegebene *Vorwärts* hingegen bediente ein proletarisches Publikum, dem die Ablösung des kapitalistischen Systems durch eine sozialistische Demokratie am Herzen lag.³⁶⁵

Die besondere Affinität des (Bildungs-)Bürgertums für das koloniale Projekt erklärte sich aus der Verknüpfung von Kolonialismus und Nationalismus, befand sich die deutsche Gesellschaft doch im Prozess der nationalen Identitätsbestimmung. Diese Entwicklung orientierte sich an zwei Diskursen: Was beinhaltete eine ‚deutsche Kultur‘? Was benötigte eine Nation, um das Prestige einer europäischen Großmacht zu erlangen? Die außerparlamentarischen Organisationen, die das Kolonialprojekt offensiv unterstützten, widmeten diesen beiden Fragen ihre Aufmerksamkeit – allen voran die Deutsche Kolonialgesellschaft. Sie bediente sich verschiedener Mittel wie z. B. Kolonialkongressen, Lichtbildschau und Ausstellungen, um die bürgerliche Bevölkerung mit den Ideen des Kolonialismus vertraut zu machen. In Konkurrenz zu diesen kolonialistischen Aktivitäten stand das derzeit einzige Massenmedium, die Presse. Die grundsätzliche Position der *Kölnischen Volkszeitung* zur Kolonialpolitik entsprach der politischen Linie des konservativen Flügels der Zentrumspartei. Die *KVZ* engagierte sich für eine ‚Kulturmission‘ in den Kolonien und unterstützte die Interessen der katholischen Missionen.³⁶⁶

In der proletarischen Öffentlichkeit hingegen stand die auf dem sozioökonomischen Status basierende Identität im Vordergrund. Auf der Basis der internationalen Solidarität des Proletariats konnte sich durch die Massenorganisation der Sozialdemokratie eine *Gegenwelt* zur bürgerlichen Gesellschaft entwickeln. Ein besonderes Kolonialinteresse war hier nicht vorhanden, denn die

³⁶⁴ Vgl. Kapitel 2.3.

³⁶⁵ Vgl. Kapitel 3.

³⁶⁶ Vgl. Kapitel 3.1.

Etablierung einer nationalen Identität stand nicht im Vordergrund und die Kolonisierten konnten als PartnerInnen im antikapitalistischen Kampf wahrgenommen werden. Dennoch erzielten die dem Kolonialismus zugrundeliegenden Ideologien auch in der proletarischen Öffentlichkeit ihre Wirkung, nicht zuletzt aufgrund der Aktivitäten kolonialbegeisterter Kreise aus dem Bürgertum. Diese hatten zwar keinen direkten Zugang zur proletarischen Öffentlichkeit, nutzten aber den urbanen Raum als agitativen Bereich, denn dort begegneten sich beide Wirklichkeiten zwangsläufig. So zogen beispielsweise Völkerschauen breite Bevölkerungsschichten an und rassifizierte Reklame warb meist für Produkte aus den Kolonien wie Kakao oder Tabak. Das Medium Presse, das die proletarische Öffentlichkeit bediente, war in die Organisation der Sozialdemokratie integriert, da die Presse als ideales Mittel zur Bildung der Massen angesehen wurde. Das Zentralorgan der Sozialdemokratie, der *Vorwärts*, vertrat die Positionen der Parteimitte. Folglich wurde das Kolonialprojekt einer Generalkritik unterzogen, aber auch einzelne Vorstöße zur Reformierung der Kolonialpolitik gemacht. Die Auseinandersetzungen auf diesem politischen Feld, die es zwischen den Parteiflügeln gab, wurden außerdem in der Zeitung ausgetragen.³⁶⁷

Bis in die Gegenwart hinein lässt sich die enge Verbindung von Kolonialismus und Nationalismus auf verschiedenen Ebenen ablesen: Wenn im kollektiven Gedächtnis der deutschen Gesellschaft *etwas* aus der deutschen Kolonialperiode bekannt ist, so ist dies der Herero-Nama-Krieg, der in ‚Deutsch-Südwestafrika‘ geführt wurde. Dort waren deutsche SiedlerInnen und deren Landbesitz zu verteidigen, dort waren etwa 15 000 deutsche Soldaten beteiligt, dort war die ‚nationale Ehre‘ durch einen Völkermord beschmutzt worden. Obwohl in ‚Deutsch-Ostafrika‘ die Ausmaße des Genozids im Maji-Maji-Krieg ungleich größer waren, ist dieser in Vergessenheit geraten. Dort herrschte kein nationales Interesse vor. Dort waren keine deutschen SiedlerInnen in Gefahr, dort waren nur etwa 500 deutsche Marinesoldaten eingesetzt, dort war kein offizieller Befehl für die Vernichtung gegeben worden.³⁶⁸

Am Vorabend des *Maji Maji* im Juli 1905 glaubten sich die deutschen Kolonisatoren in ‚Deutsch-Ostafrika‘ in einem friedlichen ‚Schutzgebiet‘. Die militärische Konsolidierung der Herrschaft war weit fortgeschritten und hatte bestehende soziale Machtstrukturen durch das Kolonialsystem untergraben. Die Kolonialadministration verwaltete die Kolonie mittels Verordnungen, deren wichtigste die Hüttensteuer und den kommunalen Baumwollanbau betrafen. Zur Durchsetzung dieser Verordnungen bediente sich die Kolonialmacht arabischer und afrikanischer Akiden oder lokaler Autoritäten. Die Missionen unterstützten die koloniale Durchdringung ‚Deutsch-Ostafrikas‘ im Sinne der *persistent persuasion*, sie übernahmen Verwaltungsaufgaben

³⁶⁷ Vgl. Kapitel 3.2.

³⁶⁸ Vgl. Kapitel 4.

in Gebieten, in denen noch keine Administration aufgebaut war. Die tradierten Macht-, Sozial- und Wirtschaftsstrukturen der afrikanischen Gesellschaften wurden durch das gesamte System kolonialer Inwertsetzung enorm geschwächt.³⁶⁹

Die Forschung zu *Maji Maji* wurde entscheidend von den grundlegenden Forschungen der Historiker Iliffe und Gwassa geprägt. Ausgehend von den Ergebnissen dieser Untersuchungen erkannte Iliffe in *Maji Maji* einen gemeinsamen antikolonialen Kampf, der das Ende der präkolonialen afrikanischen Gesellschaften markierte. *Maji* spielte dabei als vereinendes Element eine wichtige Rolle in der Entwicklung einer gemeinsamen nationalen Identität. Sunseri hingegen stellte sich gegen eine nationalistisch aufgeladene Interpretation: sie behindere konkurrierende Vorstellungen des Krieges und ignoriere Beweise, die dafür sprachen, *Maji Maji* als soziale Krise auf lokaler Ebene zu verstehen. Wright konzentrierte ihre Forschung zu den Ursachen des Krieges auf die Dynamik, die beim Zusammentreffen einer Phase des gesellschaftlichen Umbruchs und neuer religiöser Leitfiguren entsteht. Hierin sah sie das entscheidende Moment für den Kriegsausbruch. Monson wiederum begriff *Maji Maji* in größerer zeitlicher Dimension als Komplex, der inner- und intergesellschaftliche Allianzen und Identitäten, geschlechterspezifische Kriegserfahrung und die Zerstörung ökonomischer und ökologischer Lebensgrundlagen umfasste. Aus den verschiedenen Interpretationsansätzen ist zu erkennen, dass die simple Dichotomie, die ein antikapitalistischer nationaler Kampf beinhaltet, für *Maji Maji* nicht zutreffend ist. Vielmehr müssen die lokalen Bedingungen, wie beispielsweise Sozialstrukturen, Machtverhältnisse, ökonomisch-ökologische Lebensumfelder oder religiöse Vorstellungen, in einem zeitliche gestreckten Rahmen untersucht werden, um zu Ergebnissen zu kommen, die die vielfältigen Ursachen und Auswirkungen des *Maji Maji* berücksichtigen. Eine universelle Interpretation des *Maji Maji* kann – wie auch bei der Untersuchung anderer Kriege – nicht das Ziel sein.³⁷⁰

Die in der Geschichtswissenschaft noch immer weitverbreitete Bezeichnung des *Maji Maji* als Aufstand zeugt davon, wie selten die historische Aufarbeitung des Komplexes eine Revision erfahren hat. In der Kolonialismus-Forschung – sei sie nun auf die Peripherie oder die Metropole fokussiert – wäre es an der Zeit, auch in dieser Begrifflichkeit eine Neubewertung vorzunehmen. Eine bewusste Einordnung des *Maji Maji* als Krieg heißt, die genozidalen Ausmaße der deutschen Kriegsstrategie anzuerkennen und zu benennen. Noch wichtiger ist aber: es bedeutet, sich auch hier vom Gepäck des kolonialen Denkens zu trennen.³⁷¹

³⁶⁹ Vgl. Kapitel 4.1.

³⁷⁰ Vgl. Kapitel 4.2.

³⁷¹ Vgl. Kapitel 4.3.

Das vorliegende Quellenstudium der deutschen Parteipresse, genauer gesagt der *Kölnischen Volkszeitung* und des *Vorwärts*, zeigte für den Zeitraum zwischen 1905 und 1908 eine doppelte Marginalisierung des Maji-Maji-Kriegs: Die Debatte um Kolonialismus war nur ein Randschauplatz in den Diskursen des wilhelminischen Kaiserreichs und innerhalb der Diskussionen um das koloniale Projekt wurde *Maji Maji* von Themen wie dem Herero-Nama-Krieg, den Kolonialskandalen und der Errichtung eines Reichskolonialamts verdrängt.³⁷²

Bei der Inhaltsanalyse der *KVZ* konnte festgestellt werden, welche Schwerpunkte die Redaktion der *KVZ* in der Berichterstattung zum Maji-Maji-Krieg setzte: Im Vordergrund standen die Interessen der katholischen bzw. christlichen Missionen, deren Fürsorge für die afrikanische Bevölkerung als absolute Notwendigkeit erachtet wurde. Außerdem wurden die Umstände, die als Ursachen für den Krieg galten, dazu genutzt, das deutsche Kolonialsystem zu kritisieren und einen größeren Einfluss des Reichstags auf die Kolonialpolitik einzufordern.³⁷³ Die *KVZ* revidierte ihre Einschätzung und Bewertung des *Maji Maji* infolge der Ereignisse in ‚Deutsch-Ostafrika‘, in den anderen Kolonien und im Deutschen Reich. In den ersten beiden Wochen des August 1905 betrachtete die *KVZ* in Anlehnung an die amtlichen Meldungen *Maji Maji* als lokale Unruhen, die nicht weiter bedrohlich wirkten. Die Zeitung begriff, dass sie die gewalttätigen Auseinandersetzungen unterschätzt hatte, als der Tod des Benediktiner Bischofs Spiß Mitte August bekannt wurde. Die Nachricht löste Befürchtungen aus, es könne sich um einen weiteren ausgedehnten Kolonialkrieg handeln. Die Artikel der folgenden zehn Tage zeugten von einer panischen Stimmung, die in die Forderung nach Einberufung des Reichstags mündeten. Für die *KVZ* war *Maji Maji* das Indiz einer verfehlten Kolonialpolitik ohne System. Zusätzlich stellte der geographisch weit entfernte Krieg eine Gefahr für das Deutsche Reich und seine Stellung im Weltgefüge dar. Nach den ersten militärischen Erfolgen der Kolonialtruppen in ‚Deutsch-Ostafrika‘ geriet der Maji-Maji-Krieg in den Hintergrund. Letztendlich teilte die *Kölnische Volkszeitung* die Auffassung Gouverneur Götzens und bewertete *Maji Maji* als Krieg der ‚heidnischen Naturvölker‘ gegen die christliche ‚Zivilisation‘.³⁷⁴

³⁷² Vgl. Kapitel 5.

³⁷³ Vgl. Kapitel 5.

³⁷⁴ Vgl. Kapitel 5.1.

Kolonialistisches Denken zeichnete sich vor allem in den Missionsberichten zu *Maji Maji* ab. Zunächst betonte die *KVZ* ganz allgemein die Erziehungspflicht der Mission gegenüber den als Kinder dargestellten AfrikanerInnen. Im Zuge der Beschreibung von Kriegshandlungen konstruierten die Autoren ihre koloniale Realität, die augenscheinlich aus Angriffen der afrikanischen Kriegerverbände auf Missionsstationen bestand. Die Kategorie ‚Rasse‘ diente zur Einteilung in agierende und reagierende Menschen, die Kategorie Religionszugehörigkeit wurde zur Trennung von nicht-christlichen Tätern und christlichen Opfern verwendet. Das Schema, das durch diese Kombination entstand, wurde durch die gleichzeitige Ausblendung der militärischen Vorgänge, die von deutscher Seite ausgingen, verstärkt: Weiße agierende christliche Opfer, Schwarze reagierende christliche Opfer und Schwarze reagierende nicht-christliche Täter waren am *Maji Maji* beteiligt, Weiße Täter traten nicht auf. Selbst Weiße Missionare, die auf afrikanische Angreifer schossen, wurden als Opfer, die sich aktiv verteidigten, dargestellt. Es blieb offen, inwiefern diese Denkstruktur auf die afrikanischen Soldaten der kolonialen Streitkräfte zutraf.³⁷⁵

Die Charakterisierung der katholischen Missionare war in der *Kölnischen Volkszeitung* wie erwartet durchweg positiv: Sie zeichneten sich durch ihren festen Glauben, den Missionierungseifer, ihre Barmherzigkeit und ihren Opfermut, der mit dem patriotischen Idealismus von Soldaten gleichgesetzt wurde, aus. Aus Sicht der *KVZ* vertraten und verteidigten Missionare einen Teil der nationalen deutschen Identität dadurch, dass sie den christlichen – in diesem Falle katholischen – Glauben unter der afrikanischen Bevölkerung verbreiteten. Der Erfolg ihrer Bemühungen wurde anhand des Maji-Maji-Kriegs herausgestellt, denn christliche AfrikanerInnen waren der Mission und der Regierung treu geblieben. Die ‚Kulturmission‘ in Form der christlichen Bekehrung erhielt eine besondere Bedeutung: Sie war die Garantie für den Frieden und die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie, in *Maji Maji* hatte sie sich als überlebensnotwendig gezeigt. Die *KVZ* verortete damit die Mission im Kolonialprojekt: Ihren Beitrag leistete sie in der Bildung und Missionierung der afrikanischen Bevölkerung. In diesem Bereich allerdings stand die Mission in Konkurrenz zur Regierung, deren Schulen als Brutstätten des Islam dargestellt wurden, also forderte die *KVZ* die Übertragung des kolonialen Bildungssektors auf christliche Missionen.³⁷⁶

Da die *Kölnische Volkszeitung* Missionare trotz ihrer Funktion im Kolonialprojekt nicht als Teil des Kolonialapparates verstand, konnte sie an der Kolonialverwaltung ‚Deutsch-Ostafrikas‘ und an der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes offen Kritik üben. Private Kolonisatoren

³⁷⁵ Vgl. Kapitel 5.2.

³⁷⁶ Vgl. Kapitel 5.3.

spielten in den Berichten zu *Maji Maji* keine Rolle. Zwar sprach sich die Zeitung im Sinne der ‚Kulturmission‘ für den kommunalen Baumwollanbau aus, doch sie sah Reformbedarf in der Durchführung, die für die afrikanische Bevölkerung unzumutbar sei. Den in ‚Deutsch-Ostafrika‘ praktizierten Zwang zur Arbeit sah die *KVZ* als ursächlich für *Maji Maji*. Aus dem Vergleich mit den Erfahrungen anderer europäischer Kolonialmächte folgerte sie, dass erzwungene Leistungen die Unzufriedenheit der Kolonisierten und deren Aufbegehren nach sich zogen. Die dafür verantwortlichen kolonialen Verordnungen wurden als unrechtmäßig betrachtet und so forderte die *KVZ* eine Revision des Schutzgebietgesetzes unter Wahrung und Ausweitung der Rechte des Reichstags. Die Verwaltungspraxis des Gouverneurs Götzen, in der ein weiterer Grund für den Krieg gesehen wurde, stellte die Redaktion der *KVZ* ebensowenig zufrieden wie die Personalwahl, die in der Kolonialabteilung im Deutschen Reich getroffen wurde. Deshalb war eine Neuordnung der Kolonialverwaltung ihrer Ansicht nach dringend notwendig.³⁷⁷

In den Augen der *Kölnischen Volkszeitung* war der Einsatz des Militärs zur ‚Befriedung des Schutzgebiets‘ völlig selbstverständlich, zur Wahrung des Rechts des Stärkeren sogar geboten. Das größte Hindernis auf dem Weg zum Sieg der Kolonialtruppe sah sie darin, dass afrikanische Soldaten ihre Loyalität zur deutschen Kolonialmacht aufgeben und den deutschen Offizieren in den Rücken fallen könnten. Die Gefahr sah die Zeitung weniger in rassischer Zugehörigkeit als vielmehr in lokalen Bindungen der Soldaten, die zu einer Solidarisierung mit den afrikanischen Kriegern führen könnte. Nach den ersten Erfolgen der Kolonialtruppe war die *KVZ* beruhigt, denn die Askari hatten sich als zuverlässig gezeigt. Ebenso selbstverständlich wie das militärische Vorgehen war der technologische Vorsprung des Militärs: Die verheerende Wirkung der Maschinengewehre wurde nicht thematisiert. Der Sieg der Kolonialmacht war aus der Sicht der *KVZ* dem Heldentum, das durch militärische Erziehung entstanden war, und dem ‚Aberglauben‘ der Afrikaner geschuldet. Ebenso unbeeindruckt zeigte sich die *KVZ* von der Vernichtungsstrategie der deutschen Kolonialtruppe, denn Hunger und Gefangenschaft wurden als unvermeidliche Folgen eines Krieges in Kauf genommen.³⁷⁸

Zusammenfassend: Die *Kölnische Volkszeitung* in seiner Funktion als Organ der Zentrumsparterie benutzte den Maji-Maji-Krieg als Projektionsfläche zur politischen Positionierung und zur Forderung politischer Veränderungen. Sie offenbarte sich als Befürworterin des Kolonialprojektes – abzulesen an der Verschränkung von Kolonialismus und Nationalismus in der Kriegsbericht-erstattung seitens der Mission, die das Christentum als einen Teil der nationalen deutschen Identität vertrat. Die *KVZ* arbeitete im Sinne ihres bürgerlichen Publikums auf eine Reform der

³⁷⁷ Vgl. Kapitel 5.4.

³⁷⁸ Vgl. Kapitel 5.5.

Kolonialpolitik hin – im Zuge dessen forderte sie die weitere Parlamentarisierung des bestehenden politischen Systems.

Anhand des Quellenstudiums im *Vorwärts* konnte herausgearbeitet werden, auf welche Themen sich die Redaktion der sozialdemokratischen Zeitung bei der Berichterstattung zu *Maji Maji* konzentrierte: Die Solidarisierung mit den Kolonisierten war die Grundlage für eine Kritik an Ausbeutung und Unterdrückung durch das kapitalistische Kolonialsystem. Der deutschen Kriegsführung, die der Durchsetzung dieser Ordnung diene, wurde mit Antimilitarismus und Appellen an die Moral begegnet. Außerdem beschäftigte sich der *Vorwärts* mit den Folgen des *Maji Maji* für das deutsche Proletariat, das die Kosten der militärischen Aktion in Form von Steuergeldern tragen würde.³⁷⁹ Im Verlauf des Krieges und im folgenden Jahr kam der *Vorwärts* zu unterschiedlichen Bewertungen des *Maji Maji*. Eine anfängliche Unterschätzung zeigte sich darin, dass bis Mitte August 1905 keine Meldung über Unruhen in ‚Deutsch-Ostafrika‘ veröffentlicht wurden. Der Überfall auf die katholische Missionsreise des Bischofs Spiß verdeutlichte die Lage in der Kolonie und die Zeitung reagierte mit Artikeln, die die Gefahr eines großen Kolonialkrieges, wie dem Herero-Nama-Krieg, heraufbeschworen. Unter Hinweis auf die zu erwartenden Kosten eines militärischen Einsatzes forderte sie die Einberufung des Reichstags ebenso wie eine diplomatische Lösung des Konfliktes, den sie auf die Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung zurückführte. Ab Mai 1906 konzentrierte sich der *Vorwärts* darauf, die erbarmungslose Kriegsführung der deutschen Kolonialtruppe zu kritisieren: Er thematisierte die unzähligen afrikanischen Opfer der Konfrontationen, die Methoden der *counter insurgency* und die Vernichtungsstrategie des Militärs. Im März 1908 zog die sozialdemokratische Zeitung Bilanz und ordnete *Maji Maji* als Kampf der unterdrückten, ausgebeuteten Kolonisierten gegen das kapitalistische Kolonialsystem ein.³⁸⁰

Die Distanz des *Vorwärts* zum Kolonialprojekt drückte sich in der Solidarisierung mit den Kolonisierten, die sich im Krieg gegen den Kapitalismus befanden, aus. Allerdings ging diese Parteiengreifung nicht über Sympathie hinaus: Die im Begriff Solidarität beinhaltete Gleichwertigkeit beider Seiten war durch die Einflüsse kolonialistischen Denkens nicht gegeben. Der *Vorwärts* benutzte die Kategorie ‚Rasse‘ zur Verstärkung des Bildes der unterdrückten, ausgebeuteten AfrikanerInnen, indem er die vermeintliche Wehrlosigkeit der ‚unterentwickelten Anderen‘ herausstellte. Durch ihre Auswahl der berichteten Ereignisse des *Maji Maji* und die Inszenierung ihrer kolonialen Realität entwickelte die Zeitung eine Einteilung von Tätern und Opfern, die sich an der Kategorie ‚Rasse‘ orientierte: Weißen agierenden Tätern standen Schwarze reagierende

³⁷⁹ Vgl. Kapitel 5.

³⁸⁰ Vgl. Kapitel 5.1.

Opfer gegenüber. Diese einfache Dichotomie machte es den proletarischen LeserInnen leicht, Parallelen zum sozialistischen Kampf gegen den Kapitalismus zu ziehen.³⁸¹

In seiner Berichterstattung zu *Maji Maji* brachte der *Vorwärts* seine grundsätzliche Ablehnung der Religion zum Ausdruck. Obwohl die Missionen besonders zu Beginn des Krieges stark in das Geschehen involviert waren und sich den Angriffen der afrikanischen Kriegsverbände ausgesetzt sahen, ignorierte die sozialistische Zeitung die Ereignisse weitgehend und äußerte sich lediglich zum Tod des Bischofs Spiß. Die Missionsreise diene als Beispiel für eine universelle Kritik an der Mission: Der *Vorwärts* nahm christliche Missionierungsbestrebungen als kulturelle Unterdrückung wahr und führte sie letztendlich auf ein ökonomisches Interesse zurück.³⁸²

Da der *Vorwärts* die Ausbeutung der kolonisierten Bevölkerung als Hauptursache des *Maji Maji* wahrnahm, griff er die Träger der wirtschaftlichen Ausbeutung der Kolonie an, private wie staatliche. Die privaten Kolonisatoren zeichneten sich durch die unterdrückerischen Methoden des Kapitalismus aus – Methoden, deren Anwendung aus Sicht des *Vorwärts* in Europa dank der Sozialdemokratie nicht mehr möglich war. Anderen privaten Kolonisatoren wurde Fehlverhalten vorgeworfen, das anhand der Einordnung in die Kategorie ‚Rasse‘ definiert war: Südeuropäische Bahnarbeiter beispielsweise fügten nach Ansicht der Zeitung dem Ansehen der ‚weißen Rasse‘ Schaden zu. Das staatliche System der Kolonisation, von den Strukturen der Verwaltung bis hin zu den gouvernementalen Verordnungen, identifizierte der *Vorwärts* als Ausweitung des Kapitalismus auf den afrikanischen Kontinent. Dementsprechend übte er generelle Kritik an der Kolonialadministration und individuelle an Gouverneur Götzen, der für sämtliche Aufgaben der Verwaltung und Leitung unfähig sei.³⁸³

Die staatliche Unterdrückung der kolonisierten Bevölkerung manifestierte sich für den *Vorwärts* am deutlichsten in der physischen Gewalt, mit der das Kolonialsystem durch den Maji-Maji-Krieg aufrechterhalten wurde. Die anfangs erhobene Forderung nach einer friedlichen Lösung gab der antimilitaristischen Haltung der Sozialdemokratie Ausdruck. Die ökonomischen Interessen, die dahinter standen, machten einen Teil des antimilitaristischen Gedankens aus: Die Kosten des Krieges würde vor allem das Proletariat tragen müssen, die daraus erwachsende Unzufriedenheit der deutschen SteuerzahlerInnen könnte angesichts der Staatsverschuldung die Ruhe im Deutschen Reich gefährden. Die Höhe der Kriegskosten blieb über den gesamten Zeitraum, in dem sich *Maji Maji* abspielte, ein Hauptargument. Der *Vorwärts* gab den Gedanken an eine Alternative zum Krieg schnell auf, die Kritik am Militäreinsatz jedoch nicht. In den ersten

³⁸¹ Vgl. Kapitel 5.2.

³⁸² Vgl. Kapitel 5.3.

³⁸³ Vgl. Kapitel 5.4.

Kriegswochen hatte er sich den allgemeinen Befürchtungen bzgl. der Loyalität der afrikanischen Soldaten angeschlossen, nach den Erfolgen der deutschen Großoffensive Ende des Jahres 1905 registrierte der *Vorwärts* allerdings, dass er sich vielmehr um die afrikanische Bevölkerung Sorgen machen musste. Die Relation zwischen den Verlusten beider Kriegsparteien machte die verachtenden Ausmaße des *Maji Maji* deutlich und diente als Beweis dafür, dass das Kolonialprojekt zu Verrohung und Unmenschlichkeit geführt habe. Die Massaker im Maji-Maji-Krieg machte sich der *Vorwärts* für einen Angriff auf das Zentrum und die Freisinnige Partei zunutze. Ihnen warf er vor, sich nur in humanistischen Phrasen zu ergehen und sich an Details der Kolonialpolitik abzarbeiten, anstatt zur Einsicht, die die Sozialdemokratie längst habe, zu kommen: nämlich, dass kapitalistische Kolonialpolitik nicht ohne Gewalt durchzuführen sei. Eine solche Erkenntnis würde die Parteien dazu befähigen, sich gegen die deutsche Kriegsführung (und die Kolonialpolitik) einzusetzen. Die Methoden der *counter insurgency*, die in der Phase des Guerillakriegs von Seiten der Kolonialtruppe angewandt wurden, lösten erneute Empörung beim *Vorwärts* aus ebenso wie die Behandlung von Kriegsgefangenen. In der Kriegsführung während *Maji Maji* erkannte der *Vorwärts* die kollektiv unternommene, unbegrenzte Vernichtung der afrikanischen Bevölkerung, die schließlich als Begründung für die Verabschiedung der sozialdemokratischen Kolonialresolution von 1907 diente.³⁸⁴

Zusammenfassend: Das sozialdemokratische Zentralorgan, der *Vorwärts*, nutzte die Projektionsfläche des Maji-Maji-Kriegs zur eigenen Positionsbestimmung und für politische Forderungen. Als offener Gegner des kapitalistischen Kolonialprojektes drückte der *Vorwärts* seine Sympathie für die Kolonisierten in ihrer Eigenschaft als vom Kapitalismus Unterdrückte aus, indem er sich gegen strukturelle und physische Gewalt aussprach. In der Forderung nach Abschaffung der Kolonialpolitik unter dem Hinweis auf *Maji Maji* und dessen Kosten bot der *Vorwärts* seinen proletarischen LeserInnen die Möglichkeit, Parallelen zu ziehen und weiter für die Abschaffung des Kapitalismus zu kämpfen. Eine Alternative zum Kapitalismus wurde auf der Folie *Maji Maji* nicht verhandelt. Allerdings zeigte die Verknüpfung kolonialen Denkens mit einer antikapitalistischen Position das langsame Aufkeimen der Idee einer sozialistischen Kolonialpolitik.

Die vorliegende Studie zur deutschen Parteipresse und ihrer Stellung zum kolonialen Projekt anhand des *Maji Maji* bot Erkenntnisse, die eine weitere Beschäftigung in diesem Themenfeld interessant erscheinen lassen. Verortet in der zentrumsorientierten Forschung zur deutschen Kolonialgeschichte eröffnen sich zwei Fragenkomplexe:

³⁸⁴ Vgl. Kapitel 5.5.

1. Inwiefern ist die These einer Verknüpfung von Kolonialismus und christlicher Identität als Teil einer nationalen deutschen Identität im kolonialen Diskurs verwendbar? Hier wären beispielsweise katholische Organisationen und Pressorgane interessant: Die Stellung der katholischen Minderheit im von Preußen dominierten Kaiserreich trug wesentlich zu einer nach innen orientierten konfessionellen Identifizierung bei. Gleichzeitig bemühten sich gerade die katholische Kirche und die Zentrumspartei, eine nationale Integration zu erreichen. Dafür musste die Wahrnehmung des Katholizismus als Teil einer nationalen deutschen Identität gestärkt werden. Etwas weiter gefasst böte sich eine Untersuchung der These anhand eines Vergleichs katholischer und protestantischer Missionsgesellschaften an.

2. Inwiefern ist die These einer Verknüpfung von Kolonialismus und Antikapitalismus tragfähig? Konnte das deutsche Kolonialvorhaben in seiner Eigenschaft als kapitalistisches Projekt als Folie für die Abgrenzung einer proletarischen Identität von einer bürgerlichen dienen? Inwiefern wurde die geforderte Abschaffung der Kolonialpolitik als Parallele zur angestrebten Abschaffung des Kapitalismus wahrgenommen? Und entgegengesetzt: Welche Integrationswirkungen hatte der Kolonialismus für das Proletariat dennoch? Der Gedanke an die Kriegsbegeisterung im August 1914 wirft die Frage auf, inwieweit die proletarische Identität nur als Ersatz für die verweigerte nationale Identität diene.

7. Bibliographie

7.1. Nachschlagewerke

Harenberg, Bodo 1996: Harenberg Kompaktlexikon in 3 Bänden. Dortmund: Harenberg Lexikon.

Höftmann, Hildegard; Irmtraud Herms 2000: Langenscheidts Handwörterbuch Swahili – Deutsch. Berlin/München/Wien et al.: Langenscheidt.

Mabe, Jacob E. (Hg.) 2003: Das kleine Afrika-Lexikon. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion (Hg.) 1997: DUDEN Band 5. Das Fremdwörterbuch. Mannheim/Leipzig/Wein/Zürich: Dudenverlag.

7.2. Quellen

Beer, M. 1907: „Literarische Rundschau“. In: VOR 24, 76 (Bbl.4): 31.03.1907.

Berliner Lokal-Anzeiger. Jahrgänge 23-26. 1905-1908. Berlin. (BLA)

Bureau des Reichstags (Hg.) 1907: Reichstagshandbuch. Zwölfte Legislaturperiode. Abgeschlossen am 3. April 1907. Berlin:93-99 (Schutzgebietsgesetz).

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung. Jahrgänge 7-10. 1905-1908. Dar es Salaam. (DOAZ)

Erzberger, Matthias 1906: Die Kolonial-Bilanz. Bilder aus der deutschen Kolonialpolitik auf Grund der Verhandlungen des Reichstags im Sessionsabschnitt 1905/06. Berlin: Germania.

Götzen, Gustav A. von 1906: „Denkschrift über die Ursachen des Aufstandes in Deutsch-Ostafrika 1905“. In: Reichstag Anlagen (RTA). 11. Legislaturperiode. 2. Session 1905/1906. Nr. 194. Berlin:1-11.

Götzen, Gustav A. von 1909: Deutsch-Ostafrika im Aufstand 1905/06. Berlin: Dietrich Reimer.

Johannes, Kurt 1906: „Das Detachement Johannes vom Oktober 1905 bis August 1906“. In: DOAZ 8, 42: 20.10.1906 – 46: 17.11.1906.

Johannes, Kurt 1906/7: „Das Expeditionskorps Johannes vom 11. März bis 3. Mai 1906“. In: DOAZ 8, 47: 24.11.1906 – 9, 1: 05.01.1907.

Kölnische Volkszeitung und Handels-Blatt. Allgemeiner Anzeiger für Rheinland-Westfalen (Kölnische Handelszeitung). Jahrgänge 46 – 49. 1905 – 1908. Köln. (KVZ)

Kolonialpolitisches Aktionskomité (Hg.) 1907: Schmoller, Dernburg, Delbrück, Schäfer, Sering, Schillings, Brunner, Jastrow, Penck, Kahl über Reichstagsauflösung und Kolonialpolitik. Offizieller stenographischer Bericht über die Versammlung in der Berliner Hochschule für Musik am 8. Januar 1907. Berlin: Wedekind.

Leue, August 1905: „Die Unruhen in Deutsch-Ostafrika“. In: BLA 23, 413 (Bbl.1): 23.08.1905.

Paasche, Hans 1907: Im Morgenlicht. Berlin: Schwetschke & Sohn.

Stollowsky, Otto 1912: „Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Aufstandes in Deutsch-Ostafrika im Jahre 1905/06“. In: Die deutschen Kolonien. Bd. 11 (1912). Berlin: Süsserrot:138-143, 170-173, 204-207, 237-239, 263-266.

Toeppen, Kurt 1906a: „Eine Gerichtssitzung in Deutsch-Ostafrika“. In: BLA 24, 52: 29.01.1906.

Toeppen, Kurt 1906b: „Brief aus Deutsch-Ostafrika“. In: BLA 24, 65: 05.02.1906.

Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialistischen Partei Deutschlands. Jahrgänge 22 – 25. 1905 – 1908. Berlin. (VOR)

7.3. Monographien

Bade, Klaus J. (Hg.) 1982: Imperialismus und Kolonialmission. Kaiserliches Deutschland und koloniales Imperium. Wiesbaden: Steiner.

Baer, Martin; Olaf Schröter 2001: Eine Kopffagd. Deutsche in Ostafrika. Spuren kolonialer Herrschaft. Berlin: Ch. Links.

Bald, Detlef 1970: Deutsch-Ostafrika 1900-1914. Eine Studie über Verwaltung, Interessengruppen und wirtschaftliche Erschließung (with an English Summary). München: Weltforum.

Bauer, Wilhelm 1930: Die öffentliche Meinung in der Weltgeschichte. Potsdam: Athenaion.

- Baumgart, Winfried 1986⁵ [1982]: Deutschland im Zeitalter des Imperialismus 1890-1914. Grundkräfte, Thesen und Strukturen. Stuttgart: Kohlhammer.
- Benninghoff-Lühl, Sibylle 1983: Deutsche Kolonialromane 1884-1914 in ihrem Entstehungs- und Wirkungszusammenhang. Bremen: Überseemuseum.
- Cardauns, Hermann 1910: Fünfzig Jahre Kölnische Volkszeitung. Ein Rückblick zum Goldenen Jubiläum der Zeitung am 1. April 1910. Köln: Bachem.
- El-Tayeb, Fatima 2001: Schwarze Deutsche. Der Diskurs um „Rasse“ und nationale Identität 1890-1933. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Fischer, Heinz-Dietrich 1981: Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480-1980. Synopse rechtlicher, struktureller und wirtschaftlicher Grundlagen der Tendenzpublizistik im Kommunikationsfeld. Düsseldorf: Droste.
- Fröhlich, Michael 1994: Imperialismus. Deutsche Kolonial- und Weltpolitik 1880-1914. München: dtv.
- Gründer, Horst 2000⁴ [1985]: Geschichte der deutschen Kolonien. Paderborn: Schöningh.
- Habermas, Jürgen 1993³ [1962]: Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Haffmans, Gerd (Hg.) 1991: Der Rabe. Magazin für jede Art von Literatur. Nr. 31. Zürich: Haffmans.
- Heyden, Ulrich van der 1993: Rote Adler an Afrikas Küste: die brandenburgisch-preußische Kolonie Großfriedrichsburg an der westafrikanischen Küste. Berlin: Brandenburgisches Verl.-Haus.
- Heyden, Ulrich van der; Joachim Zeller (Hg.) 2002: Kolonialmetropole Berlin. Eine Spurensuche. Berlin: Berlin Edition.
- Horstmann, Johannes (Hg.) 1987: Die Verschränkung von Innen-, Konfessions- und Kolonialpolitik im Deutschen Reich vor 1914. Schwerte: Katholische Akademie.
- Hussein, Ebrahim N. 1992³ [1969]: Kinjeketile. Dar es Salaam/Nairobi: Oxford University Press.
- Iliffe, John 1979: A Modern History of Tanganyika. Cambridge: Cambridge University Press.

- King'ala, Yusuf M. 1988: *Mwongozo wa Kinjeketile*. Nairobi: Stellagraphics Educational Books.
- Ki-Zerbo, Joseph 1978: *Histoire de l'Afrique Noire*. Paris: Hatier.
- Koponen, Juhani 1995: *Development for Exploitation. German Colonial Policies in Mainland Tanzania, 1884-1914*. Helsinki/Hamburg: Lit.
- Koszyk, Kurt 1966: *Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse. Teil II*. Berlin: Colloquium.
- Kundrus, Birthe 2003a: *Moderne Imperialisten. Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien*. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Kundrus, Birthe (Hg.) 2003b: *Phantasiereiche. Zur Kulturgeschichte des deutschen Kolonialismus*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Lange, Werner 1995: *Hans Paasches Forschungsreise ins innerste Deutschland. Eine Biographie*. Bremen: Donat.
- Lottes, Günther 1979: *Politische Aufklärung und plebejisches Publikum*. München: Oldenbourg.
- Mamozai, Martha 1989 [1982]: *Schwarze Frau, weiße Herrin. Frauenleben in den deutschen Kolonien*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Miehe, Gudrun; Katrin Bromber, Said Khamis, Ralf Grosserhode (Hg.) 2002: *Kala Shairi. German East Africa in Swahili Poems*. Köln: Rüdiger Köppe.
- Möhle, Heiko (Hg.) 1999: *Branntwein, Bibeln und Bananen. Der deutsche Kolonialismus in Afrika – eine Spurensuche in Hamburg*. Hamburg: Libertäre Assoziation.
- Negt, Oskar; Alexander Kluge 1972: *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Nipperdey, Thomas 1992: *Deutsche Geschichte 1866-1918. Zweiter Band. Machtstaat vor der Demokratie*. München: Beck.
- Noelle-Neumann, Elisabeth 2001⁶ [1980]: *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. München: Langen Müller.

- Oschilewski, Wather G. 1975: Zeitungen in Berlin. Im Spiegel der Jahrhunderte. Berlin: Haude & Spenersche Verlagsbuchhandlung.
- Pehl, Hans 1934: Die deutsche Kolonialpolitik und das Zentrum (1884-1914). Unter Benutzung der Akten des Reichsarchivs und des Auswärtigen Amtes aus dem Besitze des früheren Reichskolonialamts. Limburg a.d. Lahn: Limburger Vereinsdruckerei.
- Redeker, Dietrich 1937: Journalismus in Deutsch-Ostafrika 1899-1916. Ein Beitrag zur Geschichte der Presse in den früheren deutschen Kolonien. Frankfurt a.M.: Diesterweg.
- Rieger, Isolde 1957: Die wilhelminische Presse im Überblick 1888-1918. München: Pohl&Co.
- Rosenberger, Bernhard 1998: Zeitungen als Kriegstreiber? Die Rolle der Presse im Vorfeld des Ersten Weltkrieges. Köln/Weimar/Wien: Böhlau.
- Safari, Joseph F. 1972: Grundlagen und Auswirkungen des Maji-Maji-Aufstandes von 1905. Kulturgeschichtliche Betrachtungen zu einer Heilserwartungsbewegung in Tansania. Köln: Universität zu Köln. Diss.
- Schröder, Hans-Christoph 1968: Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der „Weltpolitik“ vor 1914. Teil I. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen.
- Seeberg, Karl-Martin 1989: Der Maji-Maji-Krieg gegen die deutsche Kolonialherrschaft. Historische Ursprünge nationaler Identität in Tansania. Berlin: Dietrich Reimer.
- Smidt, Karen 1995: „Germania führt die deutsche Frau nach Südwest“. Auswanderung, Leben und soziale Konflikte deutscher Frauen in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika 1884-1920. Eine sozial- und frauengeschichtliche Studie. Magdeburg: Otto-von-Buericke-Universität. Diss.
- Smith, Woodruff D. 1978: The German Colonial Empire. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Spellmeyer, Hans 1931: Deutsche Kolonialpolitik im Reichstag. Stuttgart: Kohlhammer.
- Stöber, Rudolf 1998: Die erfolgverführte Nation. Deutschlands öffentliche Stimmungen 1866 bis 1945. Stuttgart: Franz Steiner.

Tetzlaff, Rainer 1970: Koloniale Entwicklung und Ausbeutung. Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutsch-Ostafrikas 1885-1914. Berlin: Duncker & Humblot.

Thode-Arora, Hilke 1989: Für fünfzig Pfennig um die Welt. Die Hagenbeckschen Völkerschauen. Frankfurt a. M./New York: Campus.

7.4. Artikel und Einzelbeiträge

Abdul Karim bin Jamaldini o.J.: „Utenzi wa Vita vya Maji Maji“. In: Mische 2002:324-361.

Bade, Klaus J. 1982: „Imperialismus und Kolonialmission: das kaiserliche Deutschland und sein koloniales Imperium“. In: Bade 1982:1-28.

Baer, Martin; Olaf Schröter 2002: „Schädelsammler“. In: Heyden 2002:287-292.

Becker, Winfried: „Kulturkampf als Vorwand: Die Kolonialwahlen von 1907 und das Problem der Parlamentarisierung des Reiches“. In: Horstmann 1987:85-110.

Bley, Helmut 2003: „Der Traum vom Reich? Rechtsradikalismus als Antwort auf gescheiterte Illusionen im Deutschen Kaiserreich 1900-1918“. In: Kundrus 2003b:56-70.

Bücher, Karl 1906: „Das Zeitungswesen“. In: Hinneberg, Paul (Hg.) 1906: Die Kultur der Gegenwart. Ihre Entwicklung und ihre Ziele. Teil I. Abteilung I. Berlin/Leipzig: Teubner:481-517.

Ciarlo, David M. 2003: „Rasse konsumieren. Von der exotischen zur kolonialen Imagination in der Bildreklame des Wilhelminischen Kaiserreichs“. In: Kundrus 2003b:135-179.

Eckert, Andreas; Albert Wirz 2002: „Wir nicht, die Anderen auch. Deutschland und der Kolonialismus“. In: Conrad, Sebastian; Shalini Randeria (Hg.) 2002: Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. Frankfurt a.M./New York: Campus:372-392.

Epstein, Klaus 1959: „Erzberger and the German Colonial Scandals, 1905-1910“. In: The English Historical Review. Bd. 76. London/New York/Toronto: Longmans, Green and Co:637-663.

- Grosse, Pascal 2003: „Zwischen Privatheit und Öffentlichkeit: Kolonialmigration in Deutschland, 1900-1940“. In: Kundrus 2003b:91-109.
- Gründer, Horst 2002: „Der ‚Wettlauf‘ um Afrika und die Berliner Westafrika-Konferenz 1884/85“. In: Heyden 2002:19-23.
- Hennis, Wilhelm 1957: „Der Begriff der öffentlichen Meinung bei Rousseau“. In: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie. Band XLIII. Neuwied a. Rh./Berlin: Luchterhand:111-115.
- Iiffe, John 1967: „The Organization of the Maji Maji Rebellion“. In: The Journal of African History. Bd. 8 (1967). Nr. 3. Cambridge: Cambridge University Press:495-512.
- Laak, Dirk van 2003: „Ist je ein Reich so gut verwaltet worden?‘ Der imaginäre Ausbau der imperialen Infrastruktur in Deutschland nach 1918“. In: Kundrus 2003b:71-90.
- Laurien, Ingrid 1995: „‘That Homa Homa was worse, child!’ Berichte afrikanischer Zeitzeugen über den Maji Maji Aufstand in Deutsch-Ostafrika“. In: Heine, Peter; Ulrich van der Heyden (Hg.) 1995: Studien zur Geschichte des deutschen Kolonialismus. Pfaffenweiler: Centaurus:350-367.
- Loth, Wilfried 1987: „Zentrum und Kolonialpolitik“. In: Horstmann 1987:67-83.
- Monson, Jamie 1998: „Relocating Maji Maji: The Politics of Alliance and Authority in the Southern Highlands of Tanzania, 1870-1918“. In: The Journal of African History. Bd. 39 (1998). Nr.1. Cambridge: Cambridge University Press:93-120.
- Mwanzi, H. A. 1990: „African Initiatives and Resistance in East-Africa, 1880-1914“. In: Boahen, A. Adu (Hg.) 1990: UNESCO General History of Africa. Bd. 7. Africa under Colonial Domination 1880-1935. Berkeley: University of California Press:72-82.
- Nestvogel, Renate 1987: „Die Erziehung des ‚Negers‘ zum deutschen Untertan: Zur Kontinuität des herrschaftlich-elitären Umgangs mit anderen Völkern“. In: Nestvogel, Renate; Rainer Tetzlaff 1987: Afrika und der deutsche Kolonialismus. Zivilisierung zwischen Schnaps-handel und Bibelstunde. Berlin/Hamburg: Dietrich Reimer:55-82.
- Reinhard, Wolfgang 1978: „Sozialimperialismus‘ oder ‚Entkolonisierung der Historie‘? Kolonialkrise und ‚Hottentottenwahlen‘ 1904-1907“. In: Historisches Jahrbuch. Nr. 97/98. München/Freiburg: Karl Alber:384-417.

- Schulte-Althoff, Franz-Josef 1981: „Koloniale Reformpolitik und Partikularinteressen. Zur Diskussion über die Rolle der Inder in Deutsch-Ostafrika“. In: Saeculum. Nr.32. Freiburg: Karl Alber:146-171.
- Sunseri, Thaddeus 1997: „Famine and Wild Pigs: Gender Struggles and the Outbreak of the Maji Maji War in Uzaramo (Tanzania)“. In: Journal of African History. Bd. 38 (1997). Nr. 2. Cambridge: Cambridge University Press:235-259.
- Sunseri, Thaddeus 2000: „Statist Narratives and Maji Maji Ellipses“. In: International Journal of African Historical Studies. Bd. 33 (2000). Nr. 3. New York: Africana:567-584.
- Tetzlaff, Rainer 1982: „Die Mission im Spannungsfeld zwischen kolonialer Herrschaftssicherung und Zivilisierungsanspruch in Deutsch-Ostafrika“. In: Bade 1982:189-204.
- Trotha, Trutz von 1999: „Formen des Krieges. Zur Typologie kriegerischer Aktionsmacht“. In: Neckel, Sighard; Michael Schwab-Trapp (Hg.) 1999: Ordnungen der Gewalt. Beiträge zu einer politischen Soziologie der Gewalt und des Krieges. Opladen: Leske + Budrich:71-95.
- Wirz, Albert 1976: „Die deutschen Kolonien in Afrika“. In: Albertini, Rudolf von 1976: Europäische Kolonialherrschaft 1880-1940. Zürich: Atlantis:302-327.
- Wirz, Albert 2001: „Für eine transnationale Gesellschaftsgeschichte“. In: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft. Bd. 27 (2001). Nr. 3. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht: 489-498.
- Wright, Marcia 1995: „Maji Maji. Prophecy and Historiography“. In: Anderson, David; Douglas H. Johnson (Hg.): Revealing Prophets. London: Currey:124-142.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig ohne fremde Hilfe und nur mit den angegebenen Quellen und Hilfsmitteln verfasst habe.

Sonja Mezger